



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

„Mobilisierung ethnischer Zugehörigkeit im Wahlkampf“

Verfasserin

Gloria Graf

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Politikwissenschaft (Mag. phil.)

Wien, 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A300

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Politikwissenschaft

Betreuerin:

Univ.-Prof. Dr. Sieglinde Rosenberger

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	4
2. Theoretischer Rahmen.....	11
2.1 Vorbemerkung.....	11
2.2 Theoretisch-begriffliche Annäherung.....	11
2.3 Grenzziehungsperspektive (Boundary Making Approach).....	12
2.4 Identifikation und Kategorisierungspraxen.....	15
2.4.1 „Membership Categorization Analysis“ (nach Bergmann).....	16
2.5 „Strategien ethnischer Grenzziehungen“ (nach Wimmer).....	18
2.6 Einflussfaktoren auf Grenzziehungsstrategien.....	20
3. Skizzierung des Forschungsfelds.....	23
4. Prozess der Datenerhebung.....	25
4.1 Qualitative Leitfaden-Interviews.....	25
5. Die Wahlkampfstrategie der SPÖ.....	29
5.1 Ethnisierung im Einzelfall Saliuka.....	32
5.1.1 Situatives Selbstverständnis.....	32
5.1.2 Parteibindung.....	33
5.1.3 Politische Ambition.....	33
5.1.4 Wahlkampf.....	34
5.1.5 Vernetzung und Unterstützung.....	36
5.1.6 Fazit.....	37
5.2 Ethnisierung im Einzelfall Kilic.....	38
5.2.1 Situatives Selbstverständnis.....	38
5.2.2 Parteibindung.....	39
5.2.3 Politische Ambition.....	40
5.2.4 Wahlkampf.....	41
5.2.5 Vernetzung und Unterstützung.....	43
5.2.6 Fazit.....	45
5.3 Relevanz ethnischer Kategorien in der SPÖ.....	46
6. Die Wahlkampfstrategie der Grünen.....	48
6.1 Ethnisierung im Einzelfall Akkilic.....	50
6.1.1 Situatives Selbstverständnis, Parteibindung.....	50
6.1.2 Politische Ambition.....	51
6.1.3 Wahlkampf.....	52
6.1.4 Vernetzung und Unterstützung.....	53
6.1.5 Fazit.....	55
6.2 Ethnisierung im Einzelfall Yarkin.....	57
6.2.1 Situatives Selbstverständnis.....	57
6.2.2 Parteibindung und politische Ambition.....	57
6.2.3 Wahlkampf.....	58
6.2.4 Vernetzung und Unterstützung.....	60
6.2.5 Fazit.....	62
6.3 Relevanz ethnischer Kategorien bei den Grünen.....	63
7. Die Wahlkampfstrategie der ÖVP.....	65
7.1 Ethnisierung im Einzelfall Ekici.....	69
7.1.1 Situatives Selbstverständnis.....	69
7.1.2 Parteibindung.....	69

7.1.3 Politische Ambition.....	70
7.1.4 Wahlkampf.....	71
7.1.5 Vernetzung und Unterstützung.....	73
7.1.6 Fazit.....	73
7.2 Ethnisierung im Einzelfall Iscel.....	74
7.2.1 Situatives Selbstverständnis.....	74
7.2.2 Parteibindung, Politische Ambition	74
7.2.3 Wahlkampf.....	76
7.2.4 Vernetzung und Unterstützung.....	77
7.2.5 Fazit.....	79
7.3 Relevanz ethnischer Kategorien in der ÖVP.....	80
8. Die Wahlkampfstrategie der FPÖ.....	82
8.1 Ethnisierung im Einzelfall Dobrilovic.....	85
8.1.1 Situatives Selbstverständnis.....	85
8.1.2 Parteibindung.....	86
8.1.3 Politische Ambition.....	87
8.1.4 Wahlkampf.....	88
8.1.5 Vernetzung und Unterstützung.....	90
8.1.6 Fazit.....	91
8.2 Ethnisierung im Einzelfall Markovic.....	93
8.2.1 Situatives Selbstverständnis.....	93
8.2.2 Parteibindung.....	94
8.2.3 Politische Ambition.....	95
8.2.4 Wahlkampf.....	95
8.2.5 Vernetzung und Unterstützung.....	97
8.2.6 Fazit.....	99
8.3 Relevanz ethnischer Kategorien in der FPÖ.....	100
9. Resümee.....	102
10. Bibliographie.....	106
11. Tabellenverzeichnis.....	110
12. Appendix.....	111

1. Einleitung

Problemaufriss

Migration und Integration stellten bislang seit den 1990er Jahren polarisierende Kernthemen auf den Agenden österreichischer Parteien im Wahlkampf dar, die insbesondere seitens der FPÖ mobilisiert wurden und einen entscheidenden Faktor für den Aufstieg des dritten Lagers, im Kontext der Erosion traditioneller Wählerbindungen sowie klassischer Konfliktlinien (*dealignment*) bildeten. (Vgl. Mair/Müller/Plasser: 1999) Seit der Jahrtausendwende lässt sich zumindest im Kontext der Wiener Gemeinderatswahlen¹ neben dem Stimmenwerben mit dem „Ausländerthema“ ein neuer Trend beobachten: Menschen mit so genanntem Migrationshintergrund avancieren in der öffentlichen Wahrnehmung zunehmend vom reinen Objekt des Wahlkampfes zu politischen Subjekten, zu WählerInnen und Kandidierenden. In den letzten zehn Jahren wuchs dementsprechend das Interesse am Wahlverhalten² von Menschen, denen Migrationshintergrund zugeschrieben wird, während diese zugleich mehr und mehr Teil der politischen Klasse werden.

Medial als „Parallelwahlkampf“ oder „Kampf um die Ausländer“³ betitelt, war der Versuch der Wiener Parteien bei der Gemeinderatswahl 2010 die rund 200.000 Stimmen der WählerInnen mit Migrationshintergrund zu gewinnen insbesondere von der Inszenierung von QuereinsteigerInnen mit Migrationshintergrund gekennzeichnet. Prominentes Beispiel ist etwa der kroatischstämmige Schwimmstar Dinko Jukic, der für die ÖVP „breit die ex-jugoslawische Community ansprechen“⁴ sollte. Beobachtbar war eine Internationalisierung der Kommunalwahlen, durch die Hereinnahme außenpolitischer oder internationaler Themen, sowie die Auftritte der SpitzenkandidatInnen aller Parteien in Herkunftsländern der in Wien ansässigen, zugewanderten Bevölkerungsteile. Das „neu-entdeckte“ WählerInnenpotential wurde v.a. aus einer wettbewerbsstrategischen Perspektive als 'Zünglein an der Waage' betrachtet, während Fragen der politischen Partizipationsmöglichkeiten Zugewanderter und damit der demokratischen Legitimation in der medialen Öffentlichkeit kaum gestellt wurden.

Das Wahlrecht ist prinzipiell an den Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft gebunden. Seit

¹ Gegenstand einer von der Autorin durchgeführten teilnehmenden Beobachtung

² Erste österreichische Studien zum Wahlverhalten eingebürgerter Menschen entstanden um die Nationalratswahlen 2008 (Groll 2010: 58)

³ Madner, Martina im „Format“ 14.09.2010 (online: <http://www.format.at/articles/1036/524/277389/kampf-auslaender-fast-haelfte-wiener-wurzeln-ausland> (Zugriff: 7.12.2011))

⁴ Zitat Christine Marek, Vgl. http://www.youtube.com/watch?v=FaB-_7rH5OA (Zugriff: 14.10.2011)

1996 ist in Wien lebenden EU-BürgerInnen lediglich auf Kommunalebene die Möglichkeit gegeben, Bezirksräte mit zu bestimmen. Aufgrund der gestiegenen Anzahl von Einbürgerungen stellten wahlberechtigte Zuwanderer sowie deren Nachkommen, bei einer Gesamtzahl an Stimmberechtigten von etwa 1,1 Millionen bei der Wiener Gemeinderatswahl 2010 kein zu vernachlässigendes Potential dar. Eingebürgerte ZuwanderInnen aus Serbien und Montenegro sowie aus der Türkei zählen zu den größten stimmberechtigten Gruppen.

Tab.1: Ethnische Gruppen nach Anzahl Stimmberechtigter bei den Wiener Gemeinderatswahlen 2010

Serbien und Montenegro	35.814
Türkei	29.203
Tschechische Republik	17.013
Deutschland	14.046
Bosnien und Herzegowina	13.794
Polen	12.844
Ungarn	6.777
Rumänen	6.751
Philippinen	5.225
Iran	4.742
Ägypten	4.507
Kroatien	3357

Quelle: Amar Rajkovic, Iga Niznik: Der Kampf um die Ausländer. In: Biber, Sommer 2010: 23

Die Ansprache jener Wählerpotentiale wird zu einem Großteil von Kandidierenden mit den selben Wurzeln übernommen, die für ihre Parteien wichtige Ressourcen, etwa Netzwerke und Sprachkenntnisse, für den Zugang zu ethnischen (Wähler-)Gruppen bieten.

MigrantInnen als Akteure des politischen Geschehens und als Bindeglied zwischen zugewandertem Bevölkerungssegment und politischer Klasse wurden bereits 2002 im Rahmen einer Diplomarbeit von Alexandra Grasl erforscht. WählerInnen mit Migrationshintergrund und deren Wahrnehmung durch die österreichischen politischen Parteien waren außerdem Gegenstand einer Diplomarbeit, die 2010 von Verena Groll eingereicht wurde. (Vgl. Groll 2010) Grasl beschäftigt sich mit Partizipationsmöglichkeiten und Karrierewegen „ethnischer MandatsträgerInnen“ und konstatiert „demokratiepolitisch gesehen ein[en] Fortschritt“ (Grasl 2002: 174) in dem Werben der Parteien um die Stimmen eingebürgerter WienerInnen durch ethnische MandatsträgerInnen. Während Grasl für die Wiener Gemeinderatswahlen 2001 insgesamt 19 Kandidierende mit Migrationshintergrund zählte (Grasl 2002: 90) fanden sich auf den Stadtwahlvorschlägen der vier größten Wiener Parteien 2010 bereits 99 Personen nicht österreichischer Herkunft, wie eine Erhebung im Zuge der

vorliegenden Forschungsarbeit ergibt.

Allerdings können demokratiepolitische Defizite, die im österreichischen Rechtssystem gründen, welches politische Partizipationsrechte an den Besitz der Staatsbürgerschaft koppelt und durch das Abstammungsprinzip (*ius sanguinis*) im Inland geborene Menschen zu Angehörigen anderer Nationen macht, nicht durch die Mobilisierung ethnischer Wählerpotentiale gemindert werden. Vielmehr sind 2010 neben der weiterhin gültigen Kritik an der politischen Exklusion eines Teils der Bevölkerung, die Versuche der politischen Parteien, Menschen mit „Migrationshintergrund“ in Zeiten des Wahlkampfes in das politische Geschehen einzubinden, vor dem Hintergrund der Kritik an der Ethnisierung gesellschaftlicher und politischer Strukturen zu hinterfragen. Die Bildung von Wählersegmenten nach ethnischen Kriterien verleitet zur Vermutung, dass Herkunft bzw. ethnische Zugehörigkeit die zentrale identitäre Dimension eines Wählers ist, die ausschlaggebend für Interessen und für den Wahlentscheid wird. Dass Wählergruppen nach dem soziodemografischen Merkmal ihrer Herkunft destilliert werden, ergibt sich allerdings viel mehr aus der strategischen Kooperation politischer Parteien mit ethnisch strukturierten Organisationen, die als Repräsentanten jener Gruppen auftreten und als Akteure im Wahlkampfgeschehen eigene Interessen verfolgen.⁵

Solche Kooperationen sind durch den gegenseitigen Austausch von Fördermitteln und Öffentlichkeit bzw. die Nutzung von Netzwerken und Kommunikationsstrukturen zwischen Parteien und ethnischen (oder religiösen) Organisationen gekennzeichnet und wurden im Zuge einer Erhebung bezüglich der Gemeinderatswahlen 2010 exemplarisch zwischen der 'Islamischen Föderation Wien' und dem 'Serbischen Dachverband' mit der regierenden SPÖ, der die Verteilung von Ressourcen der Stadt Wien obliegt, erforscht. (Vgl. Alibali et.al 2010: 65) KandidatInnen die über eine Mitgliedschaft in einer Organisation verfügen, können als Schnittstelle zwischen Parteien und Vereinen gelten und erfahren seitens der Vereine in denen sie verankert sind mitunter Unterstützung im Wahlkampf, etwa durch Präsentationsmöglichkeiten im Rahmen von Veranstaltungen oder die Herausgabe von Wahlmaterialien. (Vgl. Meyer/Rosenberger 2011: 11 f.)

In diesem Zusammenhang spielt die Mobilisierung der Vergabe von Vorzugsstimmen eine wesentliche Rolle und war im Wiener Gemeinderatswahlkampf 2010 insbesondere seitens türkisch-stämmiger KandidatInnen festzustellen, was Meyer/Rosenberger auf ein politisches Klima, gezeichnet von einer starken Polarisierung hinsichtlich der Themen 'Migration' und 'Islam',

⁵ Zur Unterscheidung von ethnischen Gruppen und politischen Akteuren, die als deren Interessenvertretung auftreten, vergleiche die Kritik Roger Brubaker's an der mangelnden Differenzierung zwischen beiden in den Sozialwissenschaften, durch die ethnische Gruppen als homogene Kollektive mit einheitlichen Interessen vorgestellt werden, während es vielmehr klar zu bestimmende soziale Akteure (Organisationen und Individuen) sind, die in Verfolgung eigener Interessen im Namen jener Gruppen sprechen und diese dadurch erst (re-)formieren. (Vgl. Brubaker 2004; in: Taibl 2009)

zurückführen. Nennenswert ist beispielsweise der Wahlkampf der jungen Quereinsteigerin und Kopftuchträgerin Gülsüm Namaldi, die sich in ihrem, seitens der 'Muslimischen Jugend Österreichs' unterstützten Persönlichkeitswahlkampf als „Straches Albtraum“ positionierte und mit 5.601 Stimmen auf dem sechsten Platz des parteiübergreifenden Vorzugsstimmenrankings, noch vor den beiden Spitzenkandidatinnen der Grünen und der ÖVP, Maria Vassilakou und Christine Marek, landete. (Vgl. Meyer/Rosenberger 2010)

Starke Vorzugsstimmenergebnisse, die auch für die Wahlkämpfe Kandidierender anderer Herkunft charakteristisch waren, führen als Mittel des direkten Einzugs in den Gemeinderat, aufgrund des hoch angesetzten zu erreichenden Wertes selten zum gewünschten Erfolg. Vielmehr sind sie Ausdruck einer Mobilisierungsstrategie innerhalb ethnischer Netzwerke für die Aspekte geteilter Herkunft eine entscheidende Rolle spielen und können als Instrument der Stärkung der Position einzelner KandidatInnen innerhalb ihrer Parteien dienen. (Vgl. Meyer/Rosenberger 2010: 15, Vgl. Alibali et.al. 2010)

Erkenntnisinteresse und gesellschaftliche Relevanz

Hinter dem skizzierten Interesse an dem Wahlkampf migrantischer KandidatInnen steckt die Frage nach der Konstruktion von Eigen- und Fremdgruppen entlang ethnischer Differenzierungsmerkmale und der (Trans-)formation ethnischer Grenzlinien. Der verfolgte qualitative Forschungsansatz soll anhand verschiedener, vergleichbarer Fallstudien zum Wahlkampf von KandidatInnen mit Migrationshintergrund einen Beitrag zum Verständnis der Topographie und Charakterisierung ethnischer Grenzziehungen im Zuge der Wien-Wahlen leisten und damit in Auseinandersetzung mit begrifflich-theoretischen Konzepten Aufschluss über das Phänomen der Ethnizität in diesem Kontext liefern. Die Frage nach (systematisierbaren) Regelmäßigkeiten und Selbstverständnissen im Gebrauch ethnischer Kategorien in Wahlkampagnen kulminiert in folgenden globalen Forschungsfragen:

Welche Rolle spielt die Mobilisierung ethnischer Zugehörigkeit im Wiener Wahlkampf?

Welche Anreize seitens politischer Parteien zur Mobilisierung ethnisch definierter Kollektive und zur Konstruktion ethnischer Grenzlinien gehen in die Wahlkampfstrategien von KandidatInnen mit Migrationshintergrund ein?

Steht die politische Instrumentalisierung kultureller Unterschiede in Verbindung mit Identitätspolitik, mit Empowerment von Minderheiten, mit Partikularismus und ethnischem Nationalismus, mit sozialer Schließung oder Öffnung? Weisen Prozesse der Fremd- und Selbstzuschreibung – die im Wahlkampf situativ verstärkt und mit sozialer Bedeutung aufgeladen werden – auf Tendenzen der Politisierung von Ethnien oder einer „Ethnisierung“ politischer und gesellschaftlicher Strukturen hin?

Carsten Wieland definiert zunächst die „Politisierung von 'Ethnien'“ als eine Formierung von Ethnien durch soziale Akteure: „Menschen mit verschiedenen (tatsächlichen oder vermeintlichen) Merkmalen hinsichtlich ihrer Abstammung und hinsichtlich persönlicher Attribute, die sie gleichzeitig mit vielen anderen teilen (wie Religion, Sprache, Bräuche etc.), werden von Aktivisten mit politischen Zielen über eben jene Merkmale angesprochen und zu einem gruppenspezifischen Handeln veranlaßt, das sonst nicht in Frage käme“ (Wieland 2000: 18) Die Konstruktion ethnischer Kollektive wirkt auf politische und gesellschaftliche Strukturen zurück und führt zu einer „'Ethnisierung' der Politik“ (Wieland 2000: 18), die sich darin ausdrückt, dass politische Inhalte, Parteienkonstellationen und Strukturen durch ethnische Prinzipien (mit-)bestimmt werden. (ebd.)

Die Annahme traditioneller Modernisierungstheoretiker (Vgl. Esser 1988: 235) gesellschaftliche Zurechnung entlang ethnischer Kriterien wäre im Verschwinden begriffen, steht in Widerspruch zur sozialen Realität moderner Gesellschaften: „Neben dem Geschlecht und der Schicht ist die ethnische Zugehörigkeit offensichtlich zu einer zentralen Dimension der Strukturierung sozialer Ordnung und zu einem nahezu omnipräsenten Orientierungsrahmen für soziales Handeln in multikulturellen Gesellschaften geworden. Damit wird die Konstruktion der ethnischen und kulturellen Zugehörigkeit nicht nur zu einem neuen Fixpunkt von Selbstdefinition und Identitätsbeschreibungen, sondern häufig auch zu einem zentralen Abgrenzungs- und Ausschlusskriterium im Alltag.“ (Groenemeyer 2003: 8)

Identitäre Zuschreibungsprozesse sind zwar in alltäglichen Interaktionen von Individuen verankert, ausgedrückt und erlebt, aber gleichzeitig (gerade hinsichtlich Ethnizität) maßgeblich von politischen Entscheidungen und medialen Debatten beeinflusst.

„There are several ways that ethnicity is 'politically constructed' i.e., the ways in which ethnic boundaries, identities, cultures, are negotiated, defined, and produced by political policies and institutions (Nagel 1986): by immigration policies, by ethnically-linked resource policies, and by political access that is structured along ethnic lines.“ (Nagel 1994: 157)

Die Inhalte, die zur Konstruktion ethnischer (nationaler, religiöser, etc.) Identitäten herangezogen werden, mögen fiktiv sein, die möglichen Auswirkungen - etwa Ab- und Ausgrenzung, (ethnischer) Nationalismus, Rassismus – zeitigen allerdings sehr reale Konsequenzen für Individuen und Gruppen, die vom ungleichen Zugang zu Rechten und Institutionen, einer ungleichen Verteilung von Chancen und Ressourcen, über alltägliche Diskriminierungserfahrungen bis hin zu ethnischen Säuberungen reichen. Umgekehrt kann Ethnizität in sozialen Konflikten als Ressource situativ mobilisiert und im Kampf um die Verteilung von Ressourcen, Chancen und Rechten von Minderheitengruppen eingesetzt werden. (Vgl. Groenemayer 2003: 8)

Untersuchungsdesign / Methodik

Um sich den aufgeworfenen Forschungsfragen anzunähern wird ein Methodenmix angewandt. Zunächst wurde versucht anhand einer Literaturstudie ein begrifflich-theoretisches und operationalisierbares Konzept von Ethnizität zu entwickeln, um die Mobilisierung ethnischer Zugehörigkeit empirisch fassbar zu machen (Vgl. Kapitel). Danach wird das Forschungsfeld kurz umrissen und charakterisiert. In Folge verfährt die empirische Forschung anhand erhobener Primärdaten, deren Schwerpunkt eine vergleichende Einzelfallanalyse von acht KandidatInnen des Wiener Gemeinderatswahlkampfes darstellt.

Einzelfallanalysen

Da der Forschungsstand zur Thematik unter den theoretischen Prämissen kaum vorhanden ist, die komplexen Fragestellungen einigermaßen verschachtelt sind und sich auf mehrere Akteursebenen beziehen, verliert die Repräsentativität (bzw. Generalisierbarkeit) zugunsten einer detailreichen Erforschung des genannten Gegenstands in acht vergleichbaren Einzelfällen an Bedeutung. (Vgl. Alemann 1995: 302 f) Der in der Politikwissenschaft so zentrale Vergleich wird in dieser Untersuchung „als Gegenüberstellung von Einzelfällen interpretiert“. (Alemann 1995: 303)

„Die Einzelfallstudie ist [...] eine bestimmte Art, das Forschungsmaterial so zu ordnen, daß der einheitliche Charakter des untersuchten sozialen Gegenstandes erhalten bleibt. Anders ausgedrückt ist die Einzelfallstudie ein Ansatz, bei dem jede soziale Einheit als ein Ganzes angesehen wird.“ (Goode/Hatt 1972: 300; zit. n. Alemann 1995: 304)

Fallstudien, bei denen das erhobene Material oft „der Illustration theoretischer Überlegungen“ (Alemann 1995: 304) dient, verlangen nach einer ganzheitlichen Betrachtung der Untersuchungseinheiten und machen eine Kombination von Forschungsmethoden zumeist

unerlässlich. Methodenpluralismus verringert Fehlerquellen und ermöglicht eine Sättigung des Forschungsgegenstands. (Vgl. Alemann 1995: 305)

Qualitative Leitfaden-Interviews, Experteninterviews

Interviewt wurden acht Kandidierende anhand eines teilstrukturierten Gesprächsleitfadens, der viel Spielraum für die Eigendarstellung der GesprächspartnerInnen und nicht-antizipierte Themenkomplexe ließ. Die Interviews wurden größtenteils im Zeitraum 20. - 30. Mai 2011 geführt, dauerten in der Regel zwei Stunden und umfassen transkribiert jeweils zwischen 15 und 25 Seiten. Bereits im Vorfeld (im Zuge des Forschungspraktikums „Wählen in Wien“) wurden Experteninterviews mit Wahlkampfverantwortlichen der vier größten Parteien geführt; Im April 2011 wurde durch Telefonate und Internetrecherche eine weitere Datenerhebung zur Erstellung von Pools aller migrantischer KandidatInnen der Wiener Landesparteien durchgeführt. Darüber hinaus wurde mit Sekundärdaten (z.B. Internet, Textanalysen) gearbeitet.

2. Theoretischer Rahmen

2.1 Vorbemerkung

Ethnizität ist eine soziale Kategorie, anhand derer Menschen in alltäglichen Interaktionen Eigenschaften zuschreiben, die handlungsanleitend wirkt, und nicht zuletzt die politische Agenda beeinflusst. Durch die aktuelle politische Aufladung wird ein begrifflich-theoretisches Konzept von Ethnizität zwar um nichts greifbarer oder gehaltvoller, jedoch für die empirische Forschung als sozial und politisch relevante Praxiskategorie umso bedeutsamer. Als wissenschaftliche Analysekategorie ist sie nicht nur aufgrund der potentiellen inhaltlichen Bedeutungsbreite, sondern auch hinsichtlich essentialistischer Implikationen im Verständnis darunter subsumierter Phänomene mit Vorsicht zu behandeln. (Vgl. Wieland 2000) Brubaker weist etwa darauf hin, dass die so untersuchten Phänomene oft gar nichts mit dieser zu tun haben, sondern „sehr viel mit Phänomenen gemein haben, die man gewöhnlich nicht unter der Rubrik Ethnizität subsumiert“ (Brubaker 2007: 43) Die wissenschaftliche Forschung scheint mit dem unaufhebbaren Widerspruch konfrontiert zu sein, mit einer Analysekategorie operieren zu müssen, die zur Erfassung der sozialen Realität gar nicht taugt. Die Forschungsfrage nach der Mobilisierung ethnischer Zugehörigkeit im Wahlkampf benötigt dennoch eine begrifflich-theoretische Annäherung an ein operationalisierbares Verständnis einer zunächst inhaltsleeren Kategorie.

2.2 Theoretisch-begriffliche Annäherung

„Ethnicity is best understood as dynamic, constantly evolving property of both individual identity and group organization. [...] Ethnicity is the product of actions undertaken by ethnic groups as they shape and reshape their self-definition and culture; however, ethnicity is also constructed by external social, economic, and political processes and actors as they shape and reshape ethnic categories and definitions.“ (Nagel 1994: 152)

Ethnizität als Zugehörigkeitsgefühl und kollektive Identifikation

Ethnizität lässt sich auf einer kognitiv-affektiven Individualebene fassen als „a subjectively felt sense of belonging based on the belief in shared culture and common ancestry. This believe refers to cultural practices perceived as „typical“ for the community, to myths of a common historical origin, or to phenotypical similarities.“ (Wimmer 2008: 973)

Ethnizität, verstanden als „ethnische Identifikation“ eines Individuums, stellt also in ihrem

Ausdruck Bezug zu einem sichtbaren Kollektiv her und stützt sich dabei auf ein Repertoire kultureller Praktiken. (Jenkins 1997: 53) Welche Merkmale und Attributionen mobilisiert werden um die Zugehörigkeit zu einer Gruppe (*ingroup*) anzuzueigen ist prinzipiell variabel: Der „cultural stuff“ (Barth 1969: 15), d.h. Sprache, Ritual, Religion, Kleidungsstil, Geschichte usw. entspricht weder objektiv feststellbaren Differenzen, noch ist er an sich mit Deutungen und Wertungen belegt, ausschlaggebend ist vielmehr die subjektive Sinnhaftigkeit der Attributionen und Differenzkriterien, die für die „Propagierung von Vergemeinschaftung virulent werden.“ (Dahinden 2010: 2)

Während diese Definition Ethnizität zunächst im Dunkeln des individuellen Ermessens beheimatet lässt, sind verschiedenste Grade eines solchen subjektiven Zugehörigkeitsempfindens zu einem ethnisch definierten Kollektiv anhand Brubakers Begriffsarbeit differenzierbar, was für die empirische Forschung an späterer Stelle noch relevant sein wird. (Siehe Methodik-Kapitel)

2.3 Grenzziehungsperspektive (Boundary Making Approach)

Das für diese Forschung zentrale Paradigma des *boundary making approach* (Vgl. Wimmer 2008, Wimmer 2007, Dahinden 2010) kennzeichnet eine Forschungsrichtung innerhalb der Ethnizität als Resultat relationaler und dialektischer Grenzziehungsdynamiken betrachtet wird. Ethnische Gruppen entstehen im Zusammenwirken wechselseitiger Zuschreibungsprozesse von sozialen AkteurInnen unter den Bedingungen eines geteilten Kontexts und seiner Machtverhältnisse. Wenngleich konstruiert, sind ethnische Gruppen weder fiktiv noch willkürlich gebildet. Die Betonung des konstruierten Charakters ethnischer Grenzen verdeutlicht, dass ihre Realität nicht durch objektiv feststellbare Differenzen gegeben ist, sondern durch die situative und kontextabhängige Verwendung, Gestaltung und Wertung (vermeintlicher oder realer) Differenzen entsteht. (Vgl. Groenemayer 2003: 26f, Meyer 2002: 16f) „Individuen und Gruppen kämpfen darum, wem es erlaubt sein sollte zu kategorisieren, welche Kategorien benutzt werden sollen, welche Bedeutungen sie enthalten sollen und zu welchen Konsequenzen sie führen sollen.“ (Wimmer 2008b: 66) Im Mittelpunkt dieser Forschungsrichtung stehen somit Fragen nach der aktiven Herstellung sozialer Differenz und der Formierung sozialer Gruppen durch das Ziehen, Aufrechterhalten, Betonen, in Frage stellen, Überschreiten und Auflösen von Grenzen.

Zum Verständnis sozialer Grenzlinien (*social boundaries*)

Soziale Grenzlinien ergeben sich aufgrund unterschiedlicher Grade von sozialer Nähe oder Distanz (Öffnung oder Schließung) in den Beziehungen/sozialen Kontakten, die ein Akteur realisiert. Diese beruhen auf kognitiver Ebene darauf, wen man als ähnlich oder als fremd empfindet. Mit wem soziale Akteure (aufgrund unterschiedlich gefühlter Grade des Anderen/Fremden) in Kontakt treten (oder nicht) ist entscheidend dafür, welche sozialen Gruppen sich formieren (können) und welche Grenzen zwischen ihnen entstehen. (Vgl. Dahinden 2010: 6)

Wichtig ist für die Forschung eine Trennung zwischen symbolischen und sozialen Grenzziehungen vorzunehmen, da nur erstere im Blickpunkt dieser empirischen Erhebung stehen können. Symbolische Grenzen werden in alltäglichen Interaktionen wie in politischen Prozessen im Ringen um Kategorisierungspraxen verhandelt, wodurch sie sich verschieben können. Herrscht Einverständnis, ein bestimmter Grad an Institutionalisierung und Anerkennung symbolischer Grenzen, werden sie unter Umständen zu sozialen Grenzen zwingenden Charakters. (Dahinden 2010: 2) Ergebnis dieser Kategorisierungs- und Grenzziehungspraxen ist die Formation von Gruppen bzw. beruht umgekehrt die Kontinuität von Gruppen auf kontinuierlichen Praxen der Zuschreibung, Kategorisierung und Anerkennung (der Andersartigkeit oder Gleichheit), die in Abgrenzungen gegenüber anderen Gruppen stattfinden. Derartige Formen der Vergemeinschaftung können mit Dahinden als Ausdruck „sozialer Schließung verstanden werden, da Mitgliedschaft und Zugang klar definiert werden.“ (Vgl. Dahinden 2010: 2) Analog zu verschiedenen Graden des Zugehörigkeitsempfindens gibt es jedoch verschiedene Grade der sozialen Exklusion und „[s]oziale Schließung ist [...] kein universelles Merkmal ethnischer Gruppengrenzen.“ (Wimmer 2010: 109)

Daraus ergibt sich, dass ethnische Grenzziehungen als Prozesse der Konstruktion kollektiver Identität qua Vorstellungen von gemeinsamer Herkunft, geteilter Kultur (i.S.v. Werte, Traditionen, Bräuche, Kleidungsstile), Sprache, Religion, etc. gefasst werden können, die durch die (in-)direkte Thematisierung und Inszenierung ethnischer Zugehörigkeit anhand verbaler wie non-verbaler Marker identifizierbar sind. (Groenemayer 2003: 33) Wann immer derart eine *ingroup* definiert wird, ist implizit auch eine *outgroup* umrissen. Insofern ist Abgrenzung ein wesentliches Merkmal ethnischer Grenzziehungen. Durch die politische Instrumentalisierung ethnischer Grenzlinien erfolgt deren Reproduktion, Transformation und die Reaktualisierung ihrer sozialen Bedeutsamkeit. (Vgl. Groenemayer 2003: 26)

Zusammengefasst bedeutet das, dass symbolische Grenzziehungen (und in Folge die Verfestigung von Grenzen und sozialen Gruppen) unter Beteiligung mehrerer Akteure (Nationalstaaten, Medien, Parteien, Individuen, Mehrheitsbevölkerung, politische Unternehmer) dialektisch und in dynamischen Prozessen der Fremd- und Selbstzuschreibung konstruiert werden und unterschiedliche Ergebnisse hervorbringen.

Entsprechend der dargelegten theoretischen Prämissen und vor dem Hintergrund Roger Brubakers Kritik (Vgl. Brubaker 2007) an der wissenschaftlichen Verwendung unhinterfragter alltagsnaher Praxiskategorien (Ethnizität, Identität) wird damit die Aufmerksamkeit unter der Grenzziehungsperspektive auf die handelnden Akteure und ihre Praxen gelenkt, die im Gegensatz zu oftmals essentialistisch gedachten Kategorien wie Ethnizität empirisch erfassbar sind. „Werden ethnische Kategorien als unabhängige Variablen zur Beschreibung und Erklärung sozialer Zusammenhänge eingesetzt, wird die Kontingenz ihres Gebrauchs unsichtbar und die ethnischen Bezeichnungen werden essentialisiert.“ (Bergmann 2010: 167) Die Analyse beschäftigt sich also mit der Herstellung ethnischer Differenz, den zentralen Mechanismen des boundary-making: der Selbstzuschreibung zu ethnisch definierten Kollektiven sowie externen sozialen Kategorisierungen.

Selbst- und Fremdzuschreibung

Die (Eigen)dynamik ethnischer Grenzziehungen, die aus dem Wechselspiel von Fremd- und Selbstzuschreibung entsteht, bringt unvorhersehbare, stets wandelbare Resultate (woraus sich u.a. die Unmöglichkeit einer inhaltlichen Bestimmung von Ethnizität erklärt). Umgekehrt muss bei der Analyse aktueller Praxen von Grenzziehungen bedacht werden, dass diese nicht im 'luftleeren Raum' stattfinden, sondern – um Verständnis und Akzeptanz zu erlangen - immer an einen bereits gegebenen gesellschaftlichen Deutungskontext anschließen müssen (Vgl. Groenemayer 2003: 26), der von asymmetrischen Machtbeziehungen geprägt ist. Das verdeutlicht einen wesentlichen Unterschied zwischen Praxen der Fremd- und der Selbstzuschreibung: Etablierte soziale Kategorisierungen (Fremdzuschreibung), die erfolgreich in das Leben der Betroffenen intervenieren, funktionieren nur über entsprechende Machtpositionen (abhängig von Ressourcen) oder vorhandene Autorität (abhängig von Legitimation). Im Unterschied zur Selbstzuschreibung, die einen Adressatenkreis braucht, der die postulierte Differenzierung anerkennt, braucht Fremdzuschreibung nicht nur Adressaten, sondern macht den „Anderen“ zum Objekt des Definitionsprozesses. (Vgl. Jenkins 1997: 53)⁶ Selbst- und Fremdzuschreibung sind also nicht ein

⁶ Jenkins differenziert deshalb begrifflich zwischen „ethnic group“ und „category“; während sich ersteres auf ein individuelles Zugehörigkeitsgefühl zu einer Gruppe (Selbstzuschreibungen) bezieht, meint zweiteres die klassifizierende, kategorisierende Außenwahrnehmung (Fremdzuschreibungen).

und derselbe Prozess von zwei unterschiedlichen Standpunkten, sondern Akte ethnischer Selbstzuschreibung sind i.d.R. reaktive Strategien, die vor dem Hintergrund prekärer Anerkennungsverhältnisse stattfinden. (Vgl. Dahinden 2010: 12) „Die Selbstzuschreibung von kollektiver Identität ist kein Akt des freien Willens. Sie reagiert in Abwehr, Distanzierung, Anlehnung oder Übernahme auf Fremdzuschreibungen. In staatlich verfassten Gesellschaften spielt dabei die staatliche Regulierung von „Ethnizität“ eine zentrale Rolle.“ (Elwert 1989: 26) Brubaker nennt den Staat einen der bedeutendsten Akteure der Fremdkategorisierung, der eine Art externer Identifikation vorzunehmen im Stande ist, die auf Seiten der Selbstidentifikation keine Entsprechung kennt: „das formalisierte, kodifizierte, objektivierte System der Kategorisierung, das von mächtigen, autoritären Institutionen entwickelt wurde.“ (Brubaker 2007: 68)

2.4 Identifikation und Kategorisierungspraxen

Ein Mensch bekleidet gleichzeitig unterschiedliche soziale Positionen oder gehört verschiedenen Bezugsgruppen an, kann ergo von anderen Akteuren in verschiedener Weise kategorisiert werden und sich selbst verorten, sei es über die politische Orientierung, über das Alter, das Geschlecht, den Beruf etc.

Derartige Selbst- und Fremdidentifikationen sind prinzipiell situations- und kontextabhängig, wobei Selbstidentifikation im dialektischen Zusammenhang mit externer Identifikation steht, ohne dass beide übereinstimmen müssen. Brubaker fasst den Begriff der Identifikation im Sinne einer identifizierenden Benennung seiner selbst oder anderer, die sich als **relationale** oder **kategoriale Identifikation** äußern kann. Erstere bezieht sich auf eine Position innerhalb eines Beziehungsgeflechts (z.B. Verwandtschaft) während zweite auf die Zuordnung zu einer Klasse von Personen aufgrund eines geteilten kategorialen Attributs abhebt (etwa Ethnizität, Sprache, Klasse, Nationalität oder Geschlecht). (Vgl. Brubaker 2007: 67) Die vorliegende Analyse ethnischer Mobilisierung im Wahlkampf setzt insbesondere bei kategorialen Identifikationen an.

Kategoriale Zuschreibungen (bzw. personale Kategorisierungen) sind zentrale, alltägliche Orientierungspraktiken, in denen

„kulturelles Wissen aktualisiert [wird], das den Handelnden dazu dient, Sachverhalte und Ereignisse zu interpretieren und sich sinnhaft anzueignen. Kategorien sind gewissermaßen Ankerpunkte des Alltagswissens, an denen auch normative Erwartungen angedockt sind. Ihre Analyse eröffnet deshalb auch Einblicke in die moralische Ordnung, auf die sich die Interagierenden wie selbstverständlich einlassen und wechselseitig verpflichten.“ (Bergmann 2010: 161)

Sich selbst und andere kategorisierend zu identifizieren ist also – im Alltag wie in der Wissenschaft – gewissermaßen unumgänglich, von Bedeutung sind daher die Fragen rund um die **Praxen von Kategorisierungsverfahren** und die Verwendung von Kategorien, mit denen sich die ethnomethodologische Kategorienanalyse (Vgl. Bergmann 2010: 160) befasst: Über welche Mechanismen wird die Relevanz einer Kategorie hergestellt und intersubjektiv sichergestellt? Jede Kategorienwahl ist prinzipiell kontingent, insofern bestehen immer alternative Kategorisierungsmöglichkeiten, weshalb „die Stimmigkeit und Relevanz einer tatsächlich gewählten Kategorie für alle Beteiligten sichtbar gemacht werden [muss].“ (Bergmann 2010: 160) Welche ethnischen Kategorien und Differenzebenen als relevant erachtet werden können, ist in erster Linie von einem sozialen Interaktionsfeld abhängig, das die Bedingungen für die Selektion der „richtigen“ Kategorie prinzipiell vorstrukturiert, d.h. ein Setting an Kategorien zur Verfügung stellt, das überhaupt als sinnvoll gilt.

Kontingenz

Generell steht die „Benutzung ethnischer Kategorien [...] immer in Konkurrenz zu anderen Kategorisierungsmöglichkeiten, und es ist wichtig, an diesem Punkt festzuhalten, dass die Frage der richtigen Kategorienwahl nichts damit zu tun hat, ob eine Person tatsächlich einer Gruppe angehört oder eine soziale Position inne hat.“ (Bergmann 2010: 158) Dieser Hinweis ist zentral für die Erforschung politischer Instrumentalisierung ethnischer Zugehörigkeit, denn es geht nicht um Fragen der objektiven Wahrheit einer Kategorisierung, sondern vielmehr um die Frage der Angemessenheit und Gültigkeit einer Zuschreibung, wie um die Legitimation des Zuschreibenden, den Bergmann als „kategoriale[n] Deskriptor“ bezeichnet. (Bergmann 2010: 158) Feststellbare Zugehörigkeiten mögen variant und vielfältig sein – je nach individuellem Ermessen des Einzelnen –, politikwissenschaftlich relevant ist viel mehr, wie die untersuchten KandidatInnen und ihre Wählergruppen im Wahlkampf kategorisiert werden und welche Kategorien dadurch im politischen Geschehen an Bedeutung gewinnen, die politische Relevanz welcher so definierten Gruppen damit befördert wird.⁷

2.4.1 „Membership Categorization Analysis“ (nach Bergmann)

Beschäftigt man sich mit der Herstellung ethnischer Differenz durch Kategorisierungspraxen als

⁷ Nebenbei verweist die Frage nach der „richtigen“ Kategorienwahl auch auf die notwendige Beteiligung der Forscherin an Kategorisierungspraxen, da achtsame Entscheidungen über vielfältige Zugehörigkeiten in Einzelfällen getroffen werden müssen.

Analysegegenstand im Sinne der ethnomethodologischen Kategorienanalyse ist „die Anerkennung der epistemischen Bedeutung der Sprache“ (Bergmann 2010: 156) von zentraler Bedeutung, da Sprache nicht nur neutraler Transmittor von Information ist, sondern „lexikalische[..], semantische[..] und grammatische[..] Vorgaben einer Sprache die Weltsicht der Handelnden bestimmen“ (ebd.) und in sprachlich-kategorialen Elementen gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen transportiert werden. Einige zentrale Merkmale der von Jörg Bergmann für ethnische Kategorisierungspraxen adaptierten *Membership Categorization Analysis*, die für die Analyse der Interviewtexte zentral sind, sollen hier dargelegt werden.

Prinzipiell ist die Trennung zwischen Selbst- und Fremdkategorisierung als zentrale Unterscheidung in der Verwendung mit zu denken, denn „die Thematisierung der eigenen ethnischen Zugehörigkeit durch andere [berührt] einen sensitiven Punkt, sie kann als erster Schritt einer Exklusion, oder zumindest als Verletzung einer Gemeinsamkeitsfiktion wahrgenommen [...] werden.“ (Bergmann 2010: 164)

Indexikalität – Auswahl einer Kategorie

Die Angemessenheit und Auswahl einer ethnischen Kategorie ist zunächst vom Verwendungskontext abhängig, an dem sie orientiert ist und den sie auch reflektiert, was als „indexikale[r] Charakter“ oder Indexikalität von Kategorien beschrieben wurde. (Vgl. Bergmann 2010: 160) Ethnische Kategorisierungen, so veranschlagt Bergmann, sind „häufig konzentrisch konstruiert: So gibt sich eine Person vermutlich eher im Gespräch mit ostwestfälischen Kollegen als Bayer zu erkennen, während sich die gleiche Person zwischen anderen Bayern vielleicht als Franke bezeichnet, im europäischen Ausland als Deutscher, in einer Auseinandersetzung über abendländische Kultur als Europäer und bei der Begegnung mit Außerirdischen als Erdenbewohner.“ (Bergmann 2010: 161)

Konglomerate von Kategorien

Bergmann konstatiert weiters einen relationalen Konstruktionsmodus ethnischer Kategorisierungssysteme, die semantisch miteinander vernetzt sind. Kategorien sind zumeist nicht isolierte Beschreibungselemente, als die sie in der Verwendung auftauchen können, sondern bilden zusammengehörige Bezugssysteme (*'collections of catagories'*) und erhalten Sinn durch einen wechselseitigen Bezug aufeinander. Das heißt, dass bei der sprachlichen Verwendung ethnischer Kategorien implizit ein Verweis auf andere, in Verbindung stehende Kategorien vorgenommen wird: „Derartige Konglomerate von Kategorien sind deshalb von Bedeutung, weil durch sie sowohl

Relevanzen für die Verwendung von Kategorien, als auch Plausibilitäten für Deutung von Kategorien generiert werden.“ (Bergmann 2010: 161) Beispielsweise versteht jeder Leser der Aufschrift „*whites only!*“ auf welche Personenkategorie sich der Ausschluss bezieht.

Harvey Sacks stellt fest, dass die Konstruktion solcher aggregierter Klassen von Kategorien häufig in binären Schemata erfolgt (z.b. Mann/Frau, schwarz/weiß, etc.) und „vermutet die Attraktivität binärer Konstruktionen vor allen in der Möglichkeit zur Polarisierung und dem daraus resultierenden Konfliktpotential.“ (Bergmann 2010: 162)

Kategoriegebundene Aktivitäten und Objektivierung

Kategorien sind weiters verknüpft mit Erwartungen hinsichtlich typischer oder plausibel erscheinender Aktivitäten, Motiven oder Eigenarten (*category bounded activities*) und können benutzt werden um in indirekter Art auf die Zugehörigkeit einer Person zu einer Gruppe abzuheben, wobei diese Person dann „weniger als Individuum denn als repräsentativer Träger der mit einer Kategorie verbundenen Zuschreibung wahrgenommen [wird.]“ (Bergmann 2010: 162) Kategorien in ihrem Zusammenspiel mit kategoriegebundenen Aktivitäten, die einen Grad allgemeiner Akzeptanz erreicht haben, autorisieren sich gewissermaßen selbst und können in einer tautologischen Konstruktion eine Vorstellung von Objektivität der damit erfassten Stereotype und Personen erzeugen.

2.5 „Strategien ethnischer Grenzziehungen“ (nach Wimmer)

Den mit Bergmann auf einer individualsoziologischen Ebene aufgeworfenen Fragen nach der Wahl, Relevanz und Legitimation von Kategorisierungspraxen kann man sich mit Martin Wimmer aus einer globalen Perspektive auf ethnische Grenzziehungspraxen weiter annähern. Ethnische Klassifikationssysteme implizieren laut Wimmer häufig ineinander verschachtelte Ebenen, anders als etwa Geschlechterkategorien die binär, oder soziale Klassifikationsysteme, die hierarchisch geordnet sind. Jede dieser Differenzierungsebenen kann „zum Hauptfokus politischer Loyalität werden“ (Wimmer 2010: 105) und im Umgang mit etablierten ethnischen Grenzlinien folgen Akteure verschiedenen Arten der Handhabung, die Wimmer in einer fünfgliedrigen Typologie zusammenfasst. Diese „Elementaren Strategien ethnischer Grenzziehungen“ dienen der Forschung als Orientierungshilfe, um erhobene Akte ethnischer Grenzziehungen analytisch greifbar zu machen. (Vgl. Wimmer 2008: 986ff.)

1. Shifting Boundaries through Expansion: Ausweitung

Expansion beschreibt die Einladung an *outsider* dazuzugehören, also den Versuch eine neue Grenze zu etablieren, indem man die Definition der *ingroup* erweitert. Wimmer bringt diese Strategie mit dem Konzept des *nation building* in Verbindung: Die Rationalität des Regierens und ihre administrativen Anforderungen legen die Einbindung bereits existierender Gruppen in eine breitere Kategorie (die Nation) nahe. Indikatoren, die auf eine Ausweitung etablierter Grenzen verweisen, wären etwa die Adressierungen weiterer ethnisch definierter Wählersegmente, die Öffnung der Zugehörigkeit anzeigenden Grenzen der eigenen *ingroup*, durch die Ansprache anderer Gruppen, Gemeinsamkeit postulierend oder Interessensvertretung signalisierend. Ein prominentes Beispiel wäre etwa Heinz Christian Straches Wahlplakat, das ihn mit der Brojanica (der serbisch-orthodoxen Gebetskette) am Handgelenk zeigt als Signal an serbischstämmige WählerInnen.

2. Shifting Boundaries through Contraction: Kontraktion

Im Gegensatz zur Strategie der Ausweitung von Grenzen, verfolgen Akteure hier das Ziel, etablierte Grenzlinien enger zu ziehen, d.h. die Definition der *ingroup* zu zuspitzen, um sich von anderen stärker abzugrenzen. Wimmer nennt das Beispiel indigener Gruppen Mexikos (Vgl. Wimmer 2008: 988). Im Wahlkampf bedeutet das die sehr gezielte Ansprache einer eng definierten Eigengruppe, durch regelmäßige Hervorhebung (einer Reihe) spezifischer Elemente des „cultural stuff“ (Barth 1969: 15) womöglich mit einer expliziten Abgrenzung gegenüber anderen.

3. Inversion: Umdeutung

Strategie 3 lässt – im Gegensatz zu 1 und 2 – den Grenzverlauf selbst unangetastet, stellt aber den Versuch dar, die hierarchischen Machtverhältnisse zwischen in- und outgroup umzudeuten, bzw. die *ingroup* aufzuwerten. (Vgl. auch Dahinden 2010: 9f) Dies geht einher mit der Betonung bzw. Verteidigung jener Elemente der Herkunftskultur, die zur Argumentation negativer externer Kategorisierung herangezogen werden: Etwa einer positiven Besetzung der Herkunft als kulturell bereichernd, der damit in Verbindung gebrachten Werte als moralisch integer oder einer Revitalisierung von Religion.

4. Repositioning: Grenzüberschreitung, Assimilationsbemühung

Ohne Grenzen und ihre Hierarchien in Frage zu stellen, zielt die Strategie der Grenzüberschreitung darauf, die individuelle Position im etablierten Grenzlinien-System zu verändern. (Vgl. auch

Dahinden 2010: 9f) Dies geschieht etwa durch eine Abgrenzung von der im Mehrheitsdiskurs (negativ) konstruierten (Eigen-)Gruppe durch eine Distanzierung von der Herkunftskultur, erkennbar anhand der Zustimmung zu bzw. Übernahme der Argumentationsfiguren des Mehrheitsdiskurses. Und geht einher mit einem Zugehörigkeitsgefühl zur Mehrheitsgesellschaft, ausgedrückt durch die Betonung von Gemeinsamkeiten mit der Mehrheitsgesellschaft.

5. Blurring Boundaries: Überwindung

Blurring Boundaries ist der Versuch, Ethnizität als Prinzip der Kategorisierung und sozialen Strukturierung insgesamt zu überwinden, indem andere nicht-ethnische bzw. transethnische Prinzipien – „*cross-cutting social cleavages*“ (Wimmer 2008: 989) – betont werden. Eine generelle Infragestellung von Differenzlinien kann etwa durch die Betonung anderer transethnischer social cleavages (z.B. Gender, Klasse) oder universeller moralischer Werte und Imperative (z.B. Menschenrechte) oder die Zugehörigkeit zur „human family“ (Wimmer 2008: 989) erfolgen. Gemeinsamkeiten werden noch deutlicher als in Strategie 4 betont bzw. findet eine tendenzielle Gleichsetzung statt.

Die Frage welche ethnischen Differenzierungsebenen von politischer Relevanz werden, sowie welche Strategie von Akteuren im Umgang mit etablierten Grenzen gewählt wird, versucht Wimmer in der Zusammenschau verschiedener Forschungsergebnisse anhand eines analytischen Modells zu erklären, das drei strukturelle Einflussfaktoren auf die Auswahl von Akteuren beschreibt: die Institutionellen Rahmenbedingungen, das Machtgefüge und soziale Netzwerke.

2.6 Einflussfaktoren auf Grenzziehungsstrategien

Institutioneller Rahmen

Akteure werden in der Wahl einer Strategie im Umgang mit ethnischen Grenzen auf einer Makroebene insbesondere durch die institutionellen Rahmenbedingungen, d.h. den historischen Kontext und bestimmte Formen politischer Institutionen beeinflusst, die grundlegende Anreize zur Schaffung ethnischer Grenzen bieten. Diese institutionelle Umgebung macht bestimmte Grenzziehungen (z.B. Klasse, Ethnie, Geschlecht, Region) gegenüber anderen wahrscheinlicher oder interessanter. Den institutionellen Rahmen stellt in erster Linie der Nationalstaat, der nach Wimmer „Anreize für die Ethnisierung politischer Prozesse [bietet]“ (Wimmer 2010: 120),

einerseits für staatliche Eliten, deren Legitimation zunächst auf der Repräsentation einer nationalen Gruppe „ethnisch Gleicher“ beruhte, aber auch für „politische Unternehmer und Vordenker (entrepreneurs) innerhalb der ethnischen Minderheiten, die sich auf die Logik ethno-nationaler Repräsentativität berufen und einen unabhängigen Staat für ihre eigene Gruppe fordern, oder zumindest eine faire Vertretung innerhalb eines existierenden Staates.“ (Wimmer 2010: 121)

Auch hinsichtlich der angelegten empirischen Erhebung spielt die nationalstaatliche Einrichtung der Gesellschaft eine Rolle, da seitens staatlicher Institutionen durch die Vergabe von Staatsbürgerschaft Zugehörigkeit reguliert wird und damit die grundlegende Trennung zwischen In- und Ausländern als sinnhaft und relevant gesetzt ist.⁸ Im engeren Sinne bilden die Parteien im Wahlkampf (mit ihren Organisationsstrukturen und strategischen Wahlkampf führungen) ein institutionelles Setting, im Sinne eines Interaktionsfeldes, das für die Handlungen der hier untersuchten Akteure maßgebliche Bedingungen bereitstellt.

Wimmers breites, soziologisches Verständnis von Institutionen legt nahe, den Begriff im Sinne institutionalisierter (Organisations-) Strukturen auszulegen: Weder *Parteien* noch *Wahlkampf* gelten als klassische politikwissenschaftliche Institutionen; doch bilden sie ein organisatorisches Interaktionsfeld mit institutionalisierten Strukturen. Wahlen lassen sich politikwissenschaftlich als „institutionalisierte Interaktionsmuster“ (Nohlen 2007: 227) fassen und Parteien gelten als „Institutionen, weil sie gemäß Art. 21 GG bei der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken und weil ihre innere Ordnung demokratischen Grundsätzen entsprechen muss; und sie schaffen sich selbst Institutionen (Organe) wie den Parteivorstand, die Parteiausschüsse.“ (Drechsler 2003: 488)

Position im Machtgefüge

Akteure werden die Betonung jener ethnischen Differenzierungsebene wählen, von der anzunehmen ist, dass sie der Realisierung der eigenen Interessen (je nach individueller Ausstattung mit politischen, symbolischen u.a. Ressourcen) am dienlichsten ist. (Wimmer 2010: 123)

Die Position der KandidatInnen im Interaktionsfeld mit seinem Machtgefüge besteht auf Grundlage der individuellen Voraussetzungen (Persönlichkeiten, Ressourcen, Interessen; biographischer Hintergrund, Migrationsgeschichte, sozialer Status, Bildungsniveau etc.) und durch den Einfluss anderer Akteure (Parteien und ethnische Vereine) und deren Ressourcen und Interessen. Interessen,

⁸ Damit ist auch auf die Hintergrundvariablen dieser Forschung verwiesen: Die allgemeinen Bedingungen, die durch Migration in modernen Nationalstaaten unter dem Vorzeichen der Globalisierung entstehen und als Einflussfaktoren auf individuelles Handeln einwirken. (z.B. versucht Kemal Bozay ethnischen Nationalismus unter Jugendlichen türkischer Herkunft auf den Globalisierungsprozess und wirtschaftlichen Standort-Nationalismus zurückzuführen. (Vgl. Bozay 2005)

der Zugang zu Ressourcen und die Position innerhalb des Interaktionsfelds sind wechselseitig verwoben und legen in ihrem Zusammenwirken eine Art der Mobilisierung bestimmter ethnischer Kategorien zur Forcierung von Interessen nahe.

Netzwerke

Die institutionellen Rahmenbedingungen sowie die Position innerhalb gesellschaftlicher Machtverhältnisse erklären, ob und welche Strategien ethnischer Grenzziehungen von einem Akteur verfolgt werden. Akteure „werden ethnische Klassifizierungen wählen – anstatt Unterscheidungen aufgrund von Klasse, Geschlecht, Religion, Dörfern, Stämmen – wenn es starke institutionelle Anreize dafür gibt.“ (Wimmer 2010: 125) Des weiteren bestimmen erstere wer als Akteur gilt und welche Ressourcen für die Umsetzung einer Strategie potentiell vorhanden sind, während die Machtverhältnisse die Bedingungen unter denen Netzwerke zwischen Akteuren mit verschiedenen Ressourcenausstattungen gebildet werden können, vorstrukturieren. Mehr oder weniger stabile politische Allianzen bzw. soziale Netzwerke bestimmen nun nach Wimmer den genauen Grenzverlauf ethnischer Konstellationen, stecken die genaue Kontur einer *ingroup* ab bzw. klären, welche Individuen wohin zugerechnet werden oder nicht. (Vgl. Wimmer 2010: 125)

Politische oder soziale Netzwerke, im Sinne möglicher Verbindungen von KandidatInnen zu ethnischen Vereinen stellen relevante Ressourcen für den Wahlkampf bereit und geben durch ihre Mitgliedschaftsstrukturen dem Grenzverlauf stärkere Konturen. Die Verbindung zu ethnischen Netzwerken ermöglicht exklusiven Zugang zu moralischem, kulturellem, sozialem und politischem Kapital, das womöglich eigenen internen Bewertungsmaßstäben folgt, die nicht in der Mehrheitsgesellschaft gelten. (Vgl. Esser 1996; nach Groenemayer 2003: 24) KandidatInnen mit Verbindungen zu ethnischen Communities⁹ nehmen insofern eine Funktion als Bindeglied ein, indem sie den Parteien Zugang zu diesen Ressourcen verschaffen. Gleichzeitig wird ethnische Zugehörigkeit in diesem Sinne selbst zur Ressource im Wahlkampf.

⁹ Anm.: der Begriff „Community“ meint soziale Netzwerke (Vereine, Organisationen) die auf Sprach-, Herkunfts- oder Religionszugehörigkeit gründen. (Vgl. Bauböck 2001 in: Grasl 2002: 86)

3. Skizzierung des Forschungsfelds

Martin Wimmer entwirft eine prozessorientierte Mehrebenen-Theorie für die empirische Forschung, die darauf zielt, unterschiedliche Resultate der Prozesse ethnischer Gruppenbildung vergleichend zu erklären. *„Das Modell führt von der Makrostruktur zur Ebene der individuellen Akteure und ihrer Handlungen und aggregiert letztere zurück auf die Makroebene. Somit handelt es sich um eine dynamische Prozesstheorie, in deren Fokus die Frage steht, wie soziale Formen generiert und im Laufe der Zeit verändert werden.“* (Wimmer 2010: 101) Durch den Fokus auf Prozesse fängt er die wechselseitige Verflochtenheit individueller Akteure und ihrer Handlungen mit ihrer strukturellen Einbettung in ein soziales Feld in einem analytischen Modell ein. Um die theoretischen Erkenntnisse für die empirische politikwissenschaftliche Forschung fruchtbar zu machen, erfolgte eine analytische Trennung der Akteursebenen in eine Mikro- oder Individualebene einzelner KandidatInnen und eine Makroebene der Parteiorganisationen die als Akteure im Mittelpunkt der Erhebung stehen. Diese Trennung erwies sich im Verlaufe der Erhebung als methodisch-analytisch Notwendigkeit, die teils nur schwer aufrecht zu erhalten ist.

Da im Fokus der Arbeit vergleichende Einzelfallanalysen stehen, bilden die Parteiorganisationen in dieser Hinsicht vor allem die institutionellen Rahmenbedingungen, welche Strukturen für das Handeln der KandidatInnen bereitstellen, und insofern in die Grenzziehungsstrategien der analysierten Einzelfälle eingehen. Gleichzeitig treten sie aber als eigenständige Akteure strategischer Wahlkampfführung auf, die als Untersuchungseinheiten durch qualitative Experteninterviews mit Repräsentationsorganen der Parteien (Wahlkampfverantwortlichen) erfasst wurden. Letztlich können die interviewten Kandidierenden teils auch als Repräsentationsorgane ihrer Parteien gelten. Beobachtbare Grenzziehungen der KandidatInnen sind analytisch isolierte Beiträge zu einer komplexen Dynamik von Zuschreibungsprozessen, die in ethnische Grenzziehungen und der Formation ethnischer Gruppen eingehen. Die KandidatInnen finden sich bereits in einer Grenzlandschaft vor und positionieren sich in dieser im Wahlkampf.

Für die Erhebung relevant sind ethnische Grenzziehungen durch Akte politischer Instrumentalisierung ethnischer oder religiöser Zugehörigkeiten; d.h. wenn WählerInnen aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit seitens WahlkandidatInnen adressiert werden, wenn die eigene Zugehörigkeit durch verbale und non-verbale Marker deutlich in den Vordergrund gerückt wird (als Identifikationsangebot, als Wahlmotiv), aber auch wenn Grenzlinien in ihrer Negation sichtbar

werden, so in dem Versuch etablierte Grenzen zu überwinden indem non- oder transethnische Kategorien verwendet werden, um bestehende Grenzlinien zu delegitimieren. Antizipierte Dimensionen der ethnischen Kategorie, die in Wahlkampagnen betont werden können, sind etwa die nationale oder regionale Herkunft, kulturelle Spezifika (Bräuche, Traditionen, Kleidungsstile, etc.), die religiöse Zugehörigkeit, auch der Status als MigrantIn (i.S.v. ethnischer Grenzüberschreitung).

Die eingangs gestellte Forschungsfrage nach der Mobilisierung ethnischer Kategorien im Wien-Wahlkampf lässt sich im Lichte der theoretischen Erkenntnisse hinsichtlich verschiedener Akteure weiter präzisieren:

Welche Differenzierungsebenen ethnischer Zugehörigkeit werden in den Wahlkampagnen migrantischer Kandidatinnen mobilisiert?

Welche ethnischen Kategorien (nationale / ethnische / religiöse / etc.) haben in den Wahlkampfstrategien der vier Parteiorganisationen politische Relevanz?

4. Prozess der Datenerhebung

4.1 Qualitative Leitfaden-Interviews

Auswahlverfahren

Es wurde ein systematisches Auswahlverfahren der Untersuchungseinheiten entwickelt, um eine Gegenüberstellung ähnlicher Einzelfälle zu gewährleisten, für das eine eigene Erhebung von Nöten war. Als InterviewpartnerInnen wurden auf den Stadtwahlvorschlägen der vier größten Parteien platzierte Kandidierende mit Migrationshintergrund ausgesucht. Aufgrund eines selbsterstellten parteiinternen Rankings anhand der besten Vorzugsstimmenergebnisse, wurden die zwei ersten KandidatInnen jeder Partei ausgewählt, auf die keine Ausschlusskriterien zutreffen. Als Ausschlusskriterium einzelner KandidatInnen gilt ein hoher Bekanntheitsgrad bzw. die Funktion als Spitzenkandidatin (gilt etwa für Omar Al Rawi, Nurten Yilmaz, und Dinko Jukic; Maria Vassilakou und Christine Marek) – beides spezifiziert die Ausgangsbedingungen für die Art der Wahlkampfführung stark. Hinsichtlich der FPÖ erfolgte ein Rückgriff auf die Bezirkslisten, da die Partei keine Auskünfte über die Herkunft ihrer KandidatInnen gab. Zwei der erfolgreichen Wahlkämpfer, die 2010 als Quereinsteiger auf den Listen der ÖVP und SPÖ kandidierten und deren Beobachtung während des Wahlkampfes ausschlaggebend für das Forschungsinteresse war, waren leider nicht für ein Interview zu gewinnen.

Auswertung

Bei wenig standardisierten Formen der Datengewinnung und -auswertung ist die akribische Dokumentation des Verfahrens besonders wichtig, da die Intersubjektivität restringiert ist. (Vgl. Alemann 1995: 321) Die wichtigsten Arbeitsschritte, die in Anlehnung an Spöhring (Vgl. Alemann 1995: 320) erfolgt sind, sollen dargestellt werden:

Nach der genauen Transkription der Tonbandaufzeichnungen, wurden während dem ersten Lesen der Interviews Überschriften gesetzt und die Inhalte paraphrasierend und kategorisierend zusammengefasst, um einen Überblick zu gewinnen und anknüpfend an die bereits vorweg durch den Fragebogen vorgeschlagenen Kategorien, ein Kategoriensystem entwickelt, das in Folge adaptiert und konturiert wurde. Gleichzeitig wurde ein tabellarisches Fact-Sheet angelegt, das knappe Eckdaten (biographische, sowie Informationen zu politischen Positionen und Wahlkampf)

hinsichtlich nicht zu interpretierender Merkmale gegenüberstellt.

Viele faktische Aussagen mit denen meine Gesprächspartner operierten und angeschnittene Themenkomplexe mussten im Zuge der Auswertung durch Recherche-Tätigkeiten auf ihren Wahrheitsgehalt geprüft werden. Verzerrungen durch sozial erwünschtes Antworten, durch „Manipulationsversuche“ oder Selbstdarstellungen, die eher auf Öffentlichkeitswirksamkeit als auf Informationspreisgabe abzielten, entlarvten sich einerseits durch im Text auftauchende Widersprüche selbst; andererseits wurde durch die Befragung von jeweils zwei Akteuren pro Partei gewissermaßen ein Kontrollmechanismus eingezogen. (Vgl. Alemann 1995: 321)

Bei nochmaligem Lesen des vollen Interviewtextes in „ganzheitliche[r] Betrachtung der Äußerungen des Befragten – seine[r] persönlichen Relevanzen, seine[r] Deutungsmuster, und seines 'Weltbilds'“; (Alemann 1995: 320) wurden die Argumentationsfiguren des Interviewten in ihren Zusammenhängen erfasst und eine Sprachanalyse durchgeführt. Die Sprachanalyse wurde anhand Bergmanns ethnomethodologischer Überlegungen bzgl. der „*Membership Categorization Analysis*“ vorgenommen und bezieht sich einerseits auf die Verwendung unterschiedlicher Grade von Distanz bzw. Zugehörigkeit anzeigender Personalpronomen (wir, uns), andererseits auf die Verwendung kategorialer Zuschreibungen. (Vgl. Kapitel 2)

Um die Argumentationszusammenhänge der Gesprächspartner nicht zu zerreißen wurden relativ weite Kategorien gefasst, denen einzelne Äußerungen in einer „thematischen Analyse“ zugeordnet wurden. Erst nach dem Übertrag aller Textstellen in ein tabellarisches, systematisches Kategoriensystem, war es möglich ein notwendiges Text-Reduktionsverfahren anzuwenden. (Vgl. Aleman 1995: 320)

Kategorienbildung

Aufgrund der Flexibilität des Erhebungsinstruments und der Spielräume für nicht-antizipierte Themen und Selbstdarstellungen der GesprächspartnerInnen, entsteht keine durchgängige Besetzung aller gebildeten Kategorien. (Vgl. Alleman 1995: 321)

- Situatives Selbstverständnis (Zugehörigkeitsempfinden, Bedeutung der Herkunft)
- Parteibindung (Erstkontakt, Karriereweg, Positionen)
- politische Ambition und Repräsentationsanspruch bzw. gesellschaftliche Grundprinzipien
- Wahlkampf (Listenplatz, Wählersegmente, Wahlmaterial, Sprachen, Themen)
- Vernetzung und Unterstützung (Vereine, Partei, Medien)

Das situative Selbstverständnis dient zunächst der Verortung des Gesprächspartners sowie der Feststellung von mehr, weniger oder gar nicht empfundenen Graden an Zugehörigkeit zu einer Eigengruppe und wird gegebenenfalls durch die Ergebnisse der Sprachanalyse kontrastiert.

Die Einbindung in die Partei (als auch in Vereine/Organisationen) zeigt inwiefern die Parteistrukturen und Herangehensweise im Wahlkampf Anreize darstellen, bestimmte Grenzziehungsstrategien gegenüber anderen zu bevorzugen.

Die politische Ambition drückt zentrale politische Anliegen der Interviewten aus, die als zu realisierendes Interesse gelten können.

Wahlkampf erhebt Praxen der Fremdkategorisierung, sowie womöglich damit einhergehende Abgrenzungen und eröffnet einen weiteren sprachlichen Kontext der Selbstverortung.

Vernetzung und Unterstützung zeigt anhand politischer/strategischer Allianzen den genauen Verlauf sichtbarer ethnischer Grenzen. Die Medien können darüber hinaus Fremdkategorisierungen transportieren, die mit der eigenen Verortung in Einklang stehen oder nicht.

Hinsichtlich der heiklen Erfassung des Selbstverständnisses meiner GesprächspartnerInnen sind wichtige Begriffsauseinandersetzungen vorzunehmen, die von Roger Brubakers übernommen wurden: Brubaker entwickelt ein „analytisches Idiom [...], das die vielfältigen Formen und Grade von Gemeinsamkeit und Verbundenheit [...] berücksichtigt“ (Brubaker 2007: 75), das für die Analyse der Einzelfälle von Relevanz ist und hier in aller Kürze dargestellt werden soll: Den Ausgangspunkt seiner Begriffsarbeit stellt der subjektive, selbstreferentielle Begriff des **Selbstverständnisses**, anhand dessen Individuen sich je nach Kontext charakterisieren dar. Ein Begriff, der „das *eigene* Verständnis dessen [bezeichnet], wer man ist“ (Brubaker 2007: 72) ohne dabei den Eindruck von Objektivität zu vermitteln. „Das Selbstverständnis kann je nach Zeit und Person variieren und doch stabil sein.“ (Brubaker 2007: 72) Die im Selbstverständnis ausgedrückte „situierete Subjektivität“ bzw. „gesellschaftliche Verortung“ kann im Gefühlshaushalt des Individuums mit verschiedenen kognitiv-affektiven Formen der Zugehörigkeit korrespondieren, von lockerer und offener Affinität über gefühlte Gemeinsamkeit und Verbundenheit, bis hin zu einem „Gefühl eines überragenden Einsseins mit einem konstitutiven „Anderen“. (Brubaker 2007: 74) Das Zusammengehörigkeitsgefühl entsteht, wie Brubaker beschreibt, aus Gemeinsamkeit, also einem geteilten Attribut und Verbundenheit, den Beziehungsbanden zwischen Menschen. (Vgl. Brubaker 2007: 74) Dementsprechend wurde das Selbstverständnis meiner Befragten erfasst, die Bedeutung des Merkmals Herkunft für dieses, eine relationale und/oder kategoriale Selbstverortung

in verschiedenen sprachlichen Kontexten, sowie ein starkes oder schwaches Zugehörigkeitsempfinden.

5. Die Wahlkampfstrategie der SPÖ

Die SP Wien ist weltweit die größte Stadtparteiorganisation und stellte seit der Gründung der ersten Republik – mit Ausnahme der Zeit des Austrofaschismus und Nationalsozialismus – die regierende Stadtpartei. Bei den Wahlen 2010 verlor sie die absolute Mehrheit an Mandaten, und bildete eine Koalitionsregierung mit den Wiener Grünen. Hinsichtlich ihrer Organisation gilt die SPÖ als eine der beiden traditionellen Großparteien mit starken Organisationsstrukturen und steht als solche durch Vorfeldorganisationen in enger Verbindung mit den wichtigsten Interessengruppen. Zwischen dem traditionell starken Gewerkschaftsflügel innerhalb der Parteiorganisation und der Führung der SPÖ zeichnen sich seit den 1990ern zunehmend Konfliktlinien ab. (Vgl. Müller/Plasser/Ullram 1999: 216; 220; 237)

Adressierung von MigrantInnen im Wahlkampf

Die Wiener SP als regierende Stadtpartei sieht ihr Potential vor allem in der Mobilisierung von *late deciders* und Nicht-WählerInnen. Neben PensionistInnen, nennt die SPÖ-Kommunikationschefin und Wahlkampfverantwortliche Mag.^a Gerlinde Dobusch als wichtigste Zielgruppen, deren Ansprache ein „großes Anliegen“ für die Wien Wahl 2010 ist, Jungwähler und „den gesamte[n] Migrationsbereich“. (G.D. Transkript: 2) Anders als die undifferenzierte Sprachverwendung von Dobusch zunächst vermuten lässt, geht die SPÖ in der Ansprache ethnisch definierter Wählersegmente sehr systematisch und differenziert vor, wie auch die akribische statistische Erfassung migrantischer Kandidierender nach ethnischen Merkmalen zeigt. Die strategische Handhabung ethnischer Kategorien und Institutionalisierung ethnischer Gruppen als Wählersegmente geht mit einer Fokussierung auf bestimmte Gruppen einher, für die Kooperationen mit deren Repräsentationsorganen ausschlaggebend sind.

Relevanz ethnischer Gruppen als Wählersegmente

Jene Zielgruppe die laut Dobusch von der SPÖ „am meisten angegangen wird (..) das ist die türkische Community“ (G.D. Transkript: 2), mit deren Vereinen es auf Grund der langen Tradition die besten Kontakte gibt, wenngleich Kooperationen mit „den Vereinen aller Communities“ bestehen.

„Wir sind die erste Partei in Wien gewesen die eine türkischstämmige Gemeinderätin gehabt hat, das ist die Nurten Yilmaz [...]. Nurten zum Beispiel ist eine Kandidatin, die schon seit vielen Jahren im Gemeinderat ist und wirklich aus dieser Community kommt und sehr viel macht. [...] gerade das gibt uns

eine hohe Glaubwürdigkeit gerade unter dieser Türkischen Community weit und breit gefächert - weil die türkische Community spaltet sich ja auch auf in kurdische Community, in eher konservative usw. und was wir wissen ist, wenn die Türken wählen gehen dann wählen sie zu einem Großteil die SPÖ.“ (G.D. Transkript: 3)

Die Bemühungen, die nicht nur auf den Wahlkampf beschränkt sind, sondern auch gesetzte Maßnahmen seitens der Stadt Wien umfassen, führen laut Dobusch zu einer hohen Glaubwürdigkeit der SPÖ innerhalb der türkischen Community.

Zweitgereihtes, nach Herkunft definiertes Wählersegment ist die „serbische Community“, deren Ansprache sich zwar „schwieriger“ gestaltet - „weil das ist ja Strache-Hochburg“ und es erzeuge mehr mediale Resonanz, wenn sich „Strache, der Ausländerfeind, so mit der serbischen Community befasst“. Dennoch gibt es laut Dobusch gute Kontakte zum serbischen Dachverband, für deren Pflege zwei Mitarbeiterinnen abgestellt sind, die sich „auch sehr bezahlt“ machen. (alle Zitate G.D. Transkript: 3f)

Januz Saliuka, der seitens der SPÖ als „Albaner/Roma“ kategorisiert wird, kritisiert das Bestreben der Politik „nur mit bestimmten Gruppen“ Kontakte zu knüpfen und bezeichnet sich selbst als Ressource der SPÖ, die nicht genügend genutzt wird: „Man konzentriert sich an den sichtbaren Communities oder konzentriert sich an den Communities, die Schwierigkeiten machen oder am lautesten sind. [...] Hier ist ein Potential vorhanden, das nicht registriert wird.“ (J.S. Transkript: 15) Er konstatiert ein allgemeines „Defizit im Wissensmanagement“: Indem die Partei das vorhandene Potential an Wissen nicht optimal zu nützen weiß, wird die Gruppe der Nicht-Wählerinnen größer, denn Menschen distanzieren sich von der Politik, sofern sie sich ignoriert fühlen und wollen sich nicht mit der Politik „identifizieren“. (J.S. Transkript: 15)

Mobilisierung

Um ein emotionales Erlebnis zu vermitteln konstatiert Dobusch „gerade in Migrationscommunities und [im] Integrationsbereich“ die eminente Bedeutung von „honorige[n] Persönlichkeiten“ (G.D. Transkript: 4) als persönlichen Ansprechpartner. Das ist einerseits der Hintergrund für die wesentlich höhere Zahl migrantischer Kandidierender auf den Listen der SPÖ - durch welche die Ansprache dieses Wählersegments insbesondere stattfindet - wie auch andererseits der Gedanke hinter der prominenten Veranstaltung der Landespartei am Wiener Donaukanal, bei der die migrantischen Kandidierenden gemeinsam mit Bürgermeister Michael Häupl der medialen Öffentlichkeit präsentiert wurden.

„Da ist es ganz wichtig Personen auf zu machen, mittels Personen anzuknüpfen und dadurch haben wir

auch diese vielen Gemeinderäte aber auch Bezirksräte usw., die sich dann wirklich in dieser Community um ihre Leute kümmern, [...] da haben wir wirklich etliche die in ihren Zielgruppen aber immer tätig sind, also nicht nur wenn Wahlkampf ist, sondern die wirklich Ansprechpartner sind.“ (G.D. Transkript: 4)

Es erfolgt durch diese Herangehensweise eine starke Spezialisierung der Kandidierenden, die auch bei meinem Interviewpartner Hüseyin Kilic nicht nur in dessen ausschließlicher Fokussierung auf ein türkisches Wählersegment abzulesen ist, sondern auch in dem vorrangigen Repräsentationsanspruch für ein türkischstämmiges Bevölkerungssegment kulminiert, für dessen Anliegen er sich als Bezirksvertreter in erster Linie verantwortlich fühlt. „Wir haben nämlich 58 Bezirksräte, und jeder vertritt die eigene Gruppe, Wählergruppe.“ (H.K. Transkript: 20)

KandidatInnen mit Migrationshintergrund auf dem Stadtwahlvorschlag

Die SPÖ ist die einzige der vier untersuchten Parteien, welche migrantische KandidatInnen 1. und 2. Generation nach dem Zuwanderungsland, nach Wahlvorschlägen und Listenplätzen statistisch erhebt. Auf dem Stadtwahlvorschlag finden sich 44 KandidatInnen mit Migrationshintergrund¹⁰, davon werden 23 KandidatInnen dem Herkunftsland Türkei zugerechnet und 9 Kandidierende unter der Ausprägung „BKS“ (bosnisch/kroatisch/serbisch) kategorisiert.¹¹ In der Wiener SPÖ, die sechs ihrer 55 Mandate verlor¹², kandidierte insgesamt eine wesentlich höhere Anzahl an MigrantInnen als in allen anderen Parteien. Auf sichere Plätze gereiht, d.h. unter den ersten 49, waren die bereits im Gemeinderat vertretenen PolitikerInnen Omar Al-Rawi, Nurten Yilmaz und Petr Baxant (seit 2005) sowie Anica Matzka Dodjer (seit 2001).

Tab. 2: KandidatInnen mit Migrationshintergrund der SPÖ nach Vorzugsstimmenergebnissen (Stadtwahlvorschlag 2010)

	Vorzugsstimmen	Listenplatz	Geburtsort
Al-Rawi, Omar, Dipl.Ing	5712	27	Iran (Ausschluss)
Namaldi, Gülsah	5601	166	Türkei
Yilmaz, Nurten	595	26	Türkei (Ausschluss)
Saliuka, Januz	404	259	Albanien
Kilic, Mag. Hüseyin	354	253	Türkei

Quelle: Eigendarstellung (basierend auf den Angaben des Klubs der SPÖ im Rathaus)

¹⁰ Insgesamt inkl. Wahlkreise und Bezirkslisten sind 145 migrantische KandidatInnen aufgestellt. (Bezirkswahlvorschlag 129, Wahlkreisvorschlag: 23)

¹¹ Anm.: In der Statistik werden prinzipiell Herkunftsländer erfasst, teils mit genauem Geburtsort, und detaillierten Angaben hinsichtlich der Zugehörigkeit zu einem ethnisch oder religiös näher bestimmten Kollektiv. Es finden sich bspw. Angaben wie „Türkei / Alevitin“ oder „Russland / jüdische Gemeinde“ oder „geb. Arbil/Irak- Kurde“

¹² Vgl. <http://www.wien.gv.at/wahl/NET/GR101/GR101-109.htm> (Zugriff: 7.12.2011); Sämtliche Ergebnisse der Wiener Gemeinderatswahl, sowie Listenplätze wurden der Homepage der Stadt Wien (www.wien.gv.at) entnommen.

Ausgewählte Interviewpartner

Leider war die gemessen an Vorzugsstimmen äußerst erfolgreiche Kandidatin Gülsüm Namaldi, die sich im Wahlkampf als „Straches Albtraum“ positionierte und seitens der 'Muslimischen Jugend Österreichs (MJÖ)' unterstützt wurde (Vgl. Meyer/Rosenberger 2010: 12) nicht für ein Interview bereit. Interviewt wurden Januz Saliuka, geboren im Kosovo und Hüseyin Kilic, geboren in der Türkei, die am Stadtwahlvorschlag der SPÖ Platz 256 und 259 einnahmen und auf dem vierten und fünften Platz im selbst erstellten parteiinternen Vorzugsstimmenranking migrantischer Kandidierender landeten. Beide haben bereits 2005 auf dem Bezirkswahlvorschlag für Ottakring kandidiert, auf dem sie auch bei der Wahl 2010 wieder vertreten waren (Platz 36 und 29; Mandate vor der Wahl 31). Die Interviewsequenzen bezüglich politischer Ambitionen und Engagement orientieren sich bei Kilic an der Bezirksebene, während Saliuka seinen wienweiten Wahlkampf thematisiert. Kilic ist stark in die Bezirksparteiorganisation Ottakring eingebunden. Sein Verhältnis zur Partei ist von Loyalität und Unterstützung durch Persönlichkeiten gekennzeichnet, während Saliuka innerparteiliche Strukturen und Machtverhältnisse (Familiarismus) kritisiert, keine Unterstützung erfährt, aber einen guten Bezug zur Basis der Partei hat. Beide von mir interviewten Kandidaten führten (auch) eigenständige Wahlkämpfe mit Hilfe von und in ihren persönlichen (mehr und weniger ethnisch strukturierten) Netzwerken (vgl. Individual-Kapitel). Sie bringen individuelle Ressourcen (Netzwerke, Sprachen) und Interessen mit, die aber von der Partei nicht gleichermaßen eingelöst werden. Auf der Individualebene meiner Interviewpartner spiegelt sich die Gewichtung der einzelnen Wählersegmente sehr deutlich und eine Reihe produzierter Ausschlüsse durch die Herangehensweise der SPÖ wird sichtbar.

5.1 Ethnisierung im Einzelfall Saliuka

5.1.1 Situatives Selbstverständnis

Januz Saliuka wurde in Albanien geboren und floh mit 21 Jahren aus dem Kosovo nach Österreich wo er zunächst ein paar Jahre im Flüchtlingslager Traiskirchen verbrachte. Seine Herkunft spielt für ihn persönlich eine wichtige Rolle, „weil einfach mit diesen Menschen hab ich mich befreundet, mit diesen Menschen hab ich vieles unternommen, noch dazu, wir hatten dann auch schwierige Zeiten hinter uns, die wir auch gemeinsam überwunden haben.“ (J.S. Transkript: 4) Im Mittelpunkt seiner empfundenen Zugehörigkeit zur albanischen Community stehen persönliche Beziehungen wie eine gemeinsam erlebte Geschichte. Seine Selbstidentifikation im Zusammenhang mit seiner Herkunft

beruht nicht auf einem geteilten Attribut einer Klasse von Personen, sondern ist mit Brubaker als relationale Identifikation zu fassen. (Vgl. Theorie-Kapitel)

5.1.2 Parteibindung

Mein Gesprächspartner ist seit Jahrzehnten ständiges Mitglied der SPÖ. Zur aktiven Beteiligung an der Politik kam Saliuka in Eigeninitiative, über die Zweigorganisation FSG (Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter) in der er vor etwa 10 Jahren aktiv wurde. Er war immer im sozialen Bereich tätig (beim Wiener Integrationsfond, im Verein Jugendzentren, bei der Caritas) und meint hinsichtlich seiner politischen Ambition, dass soziales Engagement fast notwendig in die Politik führt, weil man nur da etwas bewegen kann. Derzeit ist er als Personalvertreter der MA17 (Integrations- und Diversitätsangelegenheiten) angestellt, und versucht „Lobbyismen auszuüben, damit hier die Menschen mit Migrationshintergrund (..) den Platz bekommen in allen Gremien und den Entscheidungen, die getroffen werden sollen von der Politik und von der Verwaltung“ (J.S. Transkript: 18) Wenngleich mein Gesprächspartner meint, es gäbe „verschiedene Sachen in der SPÖ [die man] radikal verändern [müsste]“ (J.S. Transkript: 9) – insbesondere den starken „Familiarismus“ und die „Freunderlwirtschaft“ - und sich von seiner Partei in gewisser Hinsicht diskriminiert fühlt, hat er sich der SPÖ angeschlossen, „weil es eine Partei ist, die Strukturen hat. Eine Partei, die diese Art der sozialen Kompetenz versucht, versucht sag ich mal, versucht! Aufrecht zu erhalten. Es ist auch eine Partei, wo ich geglaubt habe, dass sie wirklich im Sinne der Gleichstellungen ernsthaft meint und diese Kraft dafür hat, sich dafür einzusetzen. Diese Kraft hat sie! Nur es ist noch nicht sichtbar geworden.“ (J.S. Transkript: 19)

5.1.3 Politische Ambition

Sein Repräsentationsanspruch richtet sich generell an alle WienerInnen und Wiener, speziell auf eine „Gruppe von Benachteiligten, den Migranten. Aber es gibt nicht nur diejenigen Migranten die zur Urne gehen dürfen, sondern auch jene, die nicht wählen dürfen.“ (J.S. Transkript: 2) Er kritisiert die Wahlkampfstrategien der Parteien „auf Bezirksebene (..) dieses Potential von EU-Bürgern (..) zu gewinnen“, bei gleichzeitiger Ignoranz einer großen Gruppe an Drittstaatsangehörigen, die kein Wahlrecht innehaben, somit nicht repräsentiert sind. „Von dieser Ignoranz entstehen dann eines Tages Gegner der Politik. Und das sollte man vermeiden.“ (J.S. Transkript: 9)

Sein zentrales politisches Anliegen ist die tatsächliche (nicht nur deklarative) Gleichstellung aller zugewanderten Bevölkerungsteile einerseits mit der Mehrheitsgesellschaft, andererseits auch

untereinander. Diesbezüglich kritisiert er auch die Strategie der SPÖ, sich auf die zahlenmäßig stärksten Communities zu konzentrieren, wodurch Randgruppen unter ethnischen Minderheiten ignoriert und doppelt, im Heimatland wie in der Aufnahmegesellschaft, diskriminiert werden. Diese Konzentration auf die größten und „lautesten“ Communities führt er zurück auf das kurzfristige Denken in der Politik, das nur auf Stimmenmaximierung durch Mobilisierung von Communities mit nennenswerter Wähleranzahl ausgelegt ist: Man denkt für eine Legislaturperiode, und „was nach mir kommt, das ist mir egal! Und das ist total falsch! Weil es sollten dann auch kleine Gruppen, auch große Gruppen, alle irgendwie ernst nehmen!“ (J.S. Transkript: 9)

5.1.4 Wahlkampf

Saliukas Wahlkampf basierte auf seiner Eigeninitiative, seinen persönlichen Kontakten und der Unterstützung durch seinen Bekanntenkreis, wenngleich er meint, keinen Persönlichkeitswahlkampf geführt, sondern versucht zu haben, einen „Parteiwahlkampf zu führen mit meiner Person“. (J.S. Transkript: 13) Unterstützung im Wahlkampf gab es seitens der SPÖ für meinen Gesprächspartner keine – weder durch organisierte Veranstaltungen der Parteispitze mit Medienpräsenz oder gemeinsame Auftritte mit Spitzenkandidaten (wie etwa bei meinem zweiten Interviewpartner der SPÖ) noch im Sinne einer Förderung der Eigeninitiative des Kandidaten durch Bereitstellung von Wahlmaterial oder Coaching. Vielmehr führte er einen individuellen, international ausgerichteten Wahlkampf der die albanische Diaspora einschloss, z.B. durch einen politischen Dialog, der als schneeballartiger E-Mailverkehr auch Rückmeldungen aus der EU wie aus Kanada und den USA evozierte. Er kandidierte bereits 2005 auf dem Bezirkswahlvorschlag für den 16. Bezirk und erhielt seinen Listenplatz (256) am Stadtwahlvorschlag 2010 aufgrund seiner „aktiven Beteiligung in der Politik in den letzten Jahren“ (J.S. Transkript: 1) und durch die Unterstützung seitens der Basis der Partei. Er sagt von sich selbst aus Überzeugung „keinen Machtgruppierungen“ innerhalb der Partei anzugehören, die für ihn Lobbyismen ausüben könnten. (J.S. Transkript: 12)

Wählersegmente: Mobilisierung von Nicht-WählerInnen und Drittstaatsangehörigen.

Entsprechend seines Repräsentationsanspruchs mobilisiert Saliuka im Wahlkampf ein außergewöhnliches Wählerpotential: Drittstaatsangehörige, als zukünftige WählerInnen die derzeit kein Wahlrecht haben, die er aber in das politische Geschehen einzubinden versucht. Desweiteren nennt er nationale Gruppen, darunter ethnische Minderheiten, die nur schwer oder „nicht vertretbar“ sind.

„Ich hab Albaner, natürlich, in erster Linie sie angesprochen, dann hab ich Roma angesprochen, ich hab dann Serben angesprochen, Bosnier sehr viel angesprochen, Kroaten angesprochen, bestimmte türkische Gruppen angesprochen - obwohl von der Türkischen Community es gibt eine sehr große Anzahl im Vergleich zu den anderen Communities, von den politischen Vertretern in allen Gremien – aber ich habe auch diese Gruppe angesprochen. Inder, Araber, Pakistani, Bangladeschi – ich hab alle angesprochen!“ (J.S. Transkript: 6)

Ausschlaggebend für die Konzentration auf diese Gruppen ist die Beherrschung mehrere Sprachen (Albanisch, Montenegrinisch, Bosnisch, Serbisch und Kroatisch) und – wenngleich die politische Orientierung einzelner als bedeutender gesetzt wird - avanciert Herkunft in dieser Hinsicht zum Wahlmotiv im Verständnis meines Gesprächspartners, weil jene Gruppen:

„bisher nie direkt angesprochen [wurden], von keinem. D.h. diese Art des Vertrauens wurde noch nicht aufgebaut. Sie wurden bis jetzt nicht ernst genommen, d.h. niemand ist zu denen angetreten mit bestimmten Sachen, was wir gemeinsam machen könnten.“ (S.J. Transkript: 8)

Doppelsprachiges Wahlmaterial hat Januz Saliuka zwar bei der Parteizentrale in Auftrag gegeben, aber es war nach seiner Darstellung weder rechtzeitig gedruckt, noch übersetzt: „Das war in begrenzter Form und das ist sehr spät gekommen, und sogar das war nicht 'mal übersetzt auf Albanisch. D.h. die Gruppe, am Anfang, die größte Gruppe die ich gezielt habe, das war nicht einmal auf Albanisch gedruckt.“ (J.S. Transkript: 13) Verwendet wurden dann in erster Linie etwa 10.000 albanischsprachige Folder, die von einem persönlichen Freund gedruckt wurden, neben einigen deutschsprachigen Foldern der SPÖ.

Themen

Vertretener Inhalt im Wahlkampf ist zunächst entsprechend seines Politikverständnisses als „Gemeinschaftsarbeit“, die ohne Unterstützung aller nicht entsprechend den Vorstellungen aller gestaltbar ist, der Appell an die verschiedensten adressierten Gruppen zur Beteiligung sowie das Kommunizieren seines Repräsentationsanspruchs:

„Ich bin angetreten zu den Wählern, bei den verschiedenen Gruppen, ich habe gesagt, „Eure Anliegen, das ist für mich meine politische Arbeit in der Zukunft. Weil eure Anliegen, müssen dann auf den Politischen Gremien bearbeitet werden. Es sollte dann jemanden geben, der eure Wünsche direkt dort deponiert. (...) Ohne eure Unterstützung kann man nicht weiter kommen in der Politik, und noch dazu kann man die Politik nicht weiter so gestalten, dass sie sich euren Wünschen anpassen wird. Aber Politik ist nicht nur eine Sache, die statisch ist, die starr ist, die unbeweglich ist, sondern Politik ist ja flexibel – und wir können dann unsere Politik selbst gestalten, wie es uns am besten passt. Allgemein, - allen passen würde.“ (J.S. Transkript: 6)

Um der kritisierten ungleichen Entwicklung einzelner ethnischer Communities hinsichtlich ihrer politischen Einbindung in die Gesellschaft entgegenzuwirken, appelliert er im Speziellen an die

albanische Community, sich gegenüber der Gesamtgesellschaft zu öffnen, mehr politisches und soziales Engagement zu entwickeln, das auf einer emotionalen und politischen Orientierung an der österreichischen Gesellschaft als Lebensmittelpunkt gründet:

„Nimmt eine gute Beispiel von den anderen, weil es gibt positive Beispiele von den Migranten hier, die aufgrund der politischen Entwicklung es geschafft haben. Allein beim Okto, - wo ist denn euer Engagement, dort ein albanisches Sendung zu gründen? Dort habt ihr die Möglichkeit, aber wer engagiert sich von euch? Oder wer hat schon mal geäußert den Wunsch besonders auf manchen Stellen die Möglichkeit zu haben albanisch zu sprechen? (..) Beratungsstellen! (..) Oder wo sind die Albaner hier vertretbar in dem öffentlichen Dienst?“ (J.S. Transkript: 17)

5.1.5 Vernetzung und Unterstützung

Medien

Saliuka wurde von der kosovarischen Fernsehstation RTK 1 („Radio-Television i kosoves“) interviewt, und fand Erwähnung in den beiden im Ausland gedruckten und im Raum der albanischsprachigen Diaspora (im Balkan und der EU) aufgelegten Zeitungen 'Fakti' und 'Zörä', bei denen Bekannte meines Gesprächspartners arbeiten. Albanischsprachige Medien in Wien gibt es laut Auskunft meines Interviewpartners aufgrund finanzieller Hindernisse für eine relativ geringe Zielgruppe nicht.

Vereine

Er war im Wahlkampf, ohne Beteiligung von SPÖ-Kollegen oder „honorigen Persönlichkeiten“ (Zitat Dobusch, Vgl. Kapitel 7) bei diversen Aktionen und kulturellen Veranstaltungen, sowie in Lokalen der albanischen Community unterwegs und besuchte verschiedenste Vereine und Glaubensgemeinschaften, mit deren Obleuten er Kontakt aufgenommen hat; konkret nennt er etwa den albanischen Verein Iliria in Favoriten, sowie eine Kirche im 15. Bezirk und Moscheen im 5. und 16. Bezirk.

„Dann hab ich versucht verschiedene Unternehmer, albanische Unternehmer, die eine beträchtliche Anzahl von Mitarbeitern haben, - da hab ich auch versucht direkt mit den Unternehmern zu sprechen. Damit sie dann einen gewissen Zugang schaffen zu deren Mitarbeitern, Mitarbeiterinnen.“ (J.S. Transkript: 6)

Explizite Unterstützung erfuhr mein Gesprächspartner seitens der 'Albanischen Fußballliga in Österreich', die „einige Turniere [veranstaltete] die dann auch mehr oder weniger [s]eine Kandidatur beworben haben.“ (J.S. Transkript: 8) Die Albanische Liga hat auch die Kosten für Flugticket und Unterbringung des Kameramanns von der RTK 1 getragen. Im Gegenzug avancierte Saliuka zum Sekretär der Albanischen Liga, zuständig für Vernetzung, der Vorbereitung von Rechtsschritten in

Absprache mit den Obmännern oder Kommissionen der Liga. „Das ist eine gewisse moralische Pflicht dann gewesen [*lacht*] um sie weiter zu unterstützen.“ (J.S. Transkript: 14) Finanzielle Unterstützung sucht Saliuka für den Verein zum Beispiel seitens 120 albanischer Unternehmer, die zu einer Sitzung eingeladen wurden. Seitens der Stadt Wien oder der Partei erwartet er keine Unterstützung: „Ich habe nicht 'mal angesucht, weil es ist eine gewisse Enttäuschung die ich erlebt habe.“ (J.S. Transkript: 14) Diese Enttäuschung generiert sich unter anderem durch die Ignoranz seiner Partei gegenüber dem Wählerpotential, das er vertritt:

„Das Potential das geht verloren! (..) Aber diese Mobilisation das müsste man aufrecht erhalten, d.h. diese Menschen die müssten mobilisiert sein, auch für die Zukunft. Falls diese Motivation einschläft und eines Tages wieder aufwecken muss, das ist schwer. Wenn ich dann nicht diese Potential wieder aufwecken kann oder aufwecken will - dann verliert man. Das weiß ich - ich bin überzeugt davon. Ich find es auch schade, dass die Partei in verschiedenen solchen Fällen fehlerhaft handelt.“ (J.S. Transkript: 14)

5.1.6 Fazit

Bei Januz Saliuka, der sich auf Nachfrage selbst als Wiener bezeichnet, ist laut Sprachanalyse keine starke Identifikation mit der albanischen Community ablesbar, doch fühlt er sich dieser Eigengruppe nach eigenen Angaben zugehörig. Diese Zugehörigkeit zur albanischen Community steht bei einer breiten Adressierung verschiedener ethnisch und national definierter Gruppen im Wahlkampf im Zentrum. Die Zielgruppen geraten insgesamt vor allem aufgrund der Sprachkenntnis des Kandidaten, sowie z.T. aufgrund ihres Status als Minderheiten unter den Minderheiten in den Fokus. Die Eigengruppe wird vor allem als „unsichtbar“ im politischen und gesellschaftlichen Leben apostrophiert, womit gemeint ist, dass sie weder politische Ambition zeigt, noch politische Relevanz genießt.

Die Differenzierungsart mit der Januz Saliuka in seiner politischen Arbeit in erster Linie operiert, ist keine Herkunftsorientierte, sondern eine nach dem Status von MigrantInnen, etwa in Drittstaatsangehörige und EU-Bürger. Entsprechend seiner Kritik an seiner Partei und der Stadt Wien sich insbesondere an „lauten“ Communities zu orientieren, für die zielgruppenspezifische Maßnahmen in Reaktion auf Konflikte mit einzelnen nationalen Gruppen entwickelt werden, statt eine offensive Integrationspolitik zu betreiben, die der Entstehung von Konflikten vorbeugt, wird weiters eine Differenzierung in „laute“ Gruppierungen die eine Anerkennung erworben haben, andere, die im politischen Geschehen „nicht vorhanden sind“ und solche Gruppierungen, die eigentlich „kaum vertretbar“ sind (Roma) getroffen und kritisiert. Dieser Differenzierung lassen sich nationale wie ethnische Gruppen wiederum zuordnen:

„Es ist bekannt: Türkische Community ist politisch am besten organisiert in Wien. Die sind politisch am lautesten da. (..) Die anderen werden, als ob sie nicht existieren. Und bei der türkischen, es sind nicht nur die Türken. Weil alleine in der Türkei leben auch verschiedene Minderheiten, die auch hier sind. Und bei BKS es ist nicht nur der BKS – und wenn wir anschauen, weil alleine bei den serbischen Staatsbürgern hier – da sind Albaner und Roma und Ding, die sind nicht sichtbar, aufgrund diesem Reisepass, die werden dann mehr oder weniger diskriminiert. Und die Sprachen sind auch nicht gleichgestellt allgemein, von den Migrantinnen die hier gesprochen werden. Bsp. Übersetzungen findet man für verschiedene Info-Materialien in Türkisch und in BKS – aber in anderen Sprachen kaum.“ (J.S. Transkript: 17)

Die Kritik an der Zurechnung einzelner Menschen anhand ihrer Staatsbürgerschaft, wodurch innerstaatliche Minderheitengruppen „unsichtbar“ werden, ist als Versuch zu lesen, insbesondere seitens seiner Partei und in Wien etablierte nationale Kategorien aufzubrechen. Durch die Abgrenzung gegenüber großen nationalen Kategorien 'Türkei' und 'Serbien' wird gleichzeitig jenen dahinter verborgenen ethnischen wie selbst nationalen Grenzlinien zu stärkerer Kontur verholfen.

Sein politisches Ziel der Gleichstellung aller, sowie die Aufhebung auch informeller Diskriminierung (etwa beim Zugang zum öffentlichen Dienst) und der Repräsentationsanspruch der Wiener bis Drittstaatsangehörige impliziert, zielt zwar auf die Überwindung etablierter Grenzen in der Gesellschaft generell. Auf Ebene der Communities wird im Wahlkampf unter anderem jedoch mit jenen nationalen Kategorien operiert, aus dem Interesse mehrerer Gruppen – angefangen bei der Eigengruppe – zu mehr politischer Relevanz zu verhelfen.

Die Bildung ethnischer Wählersegmente hält Saliuka für notwendig, sofern Menschen mit Migrationshintergrund keinen Zugang zu allen gesellschaftlichen, öffentlichen, politischen und beruflichen Positionen bekommen, und einzelne ethnische Gruppen von politischer Vertretung ausgeschlossen sind. „Nur falls (..) aber (..) nicht politisch-ideologisch irgendwie diese Politik geführt wird, sondern nur rein auf eine Gruppenzugehörigkeit, dann es ist die Gefahr, dass sich die Gesellschaft spalten könnte.“ (J.S. Transkript: 16) Konfliktpotential und die Bildung von Parallelgesellschaften sieht er als damit einhergehende Bedrohung für die Zukunft.

5.2 Ethnisierung im Einzelfall Kilic

5.2.1 Situatives Selbstverständnis

Hüseyin Kilic ist in Trapzon, einer kleinen altgriechischen Stadt am Schwarzen Meer, im Nordosten der Türkei geboren. Zugehörigkeit ist – wie die Sprachanalyse ergibt – ein generell wichtiges Thema für meinen Gesprächspartner und seine Herkunft spielt dabei in zweierlei Hinsicht eine eminente Rolle: Für Kilic persönlich eine „nur positive“: „Weil ich kann dann meine Kultur da hier

bekanntmachen, und das zeigen, dass die Leute keine Angst haben sollen.“ (H.K. Transkript: 10) Darüber hinaus beeinflusst seine nationale Herkunft sowohl politische Inhalte und Ambitionen, wie seinen Karriereweg: „Wenn ich geborene Österreicher wäre, es ist nicht leichter hier Bezirksrat zu werden, also dank an meine Herkunftsland, als türkischer Community Vertreter dürfte ich da hier meine Community vertreten.“ (H.K. Transkript: 10) Sein starkes Zugehörigkeitsempfinden zu einer türkisch-muslimischen Eigengruppe, die von prekärer Anerkennung betroffen ist, gründet sich sowohl auf nationale, kulturelle und religiöse Aspekte. Religion, Familie und Kultur sind seine „rote[n] Linien. (..) Ich würde weder meine Kultur noch meine Religion aufgeben noch dagegen reden lassen, das geht nicht!“ (H.K. Transkript: 18) Der Versuch zwischen zwei als sehr anders erlebten Kulturen (verstanden als typische Verhaltensweisen, Kleidungsstil und Speisen) zu vermitteln, und über den Glauben grenzüberwindend eine Brücke zur christlichen Mehrheitsgesellschaft zu bilden (Blurring Boundaries), endet mit einer Exklusion aller Nicht-Gläubigen und dem „großen Problem“ anderer Sprachen und Verhaltensweisen:

„Im Gegenteil, bitte, in türkische Kultur Kontakt aufnehmen mit den Leuten und unterhalten, die Meinungen tauschen ist ein Befehl. Es ist ein Befehl! Ganz groß geschrieben bitte, es ist ein Befehl. Alle Menschen sind nach meiner Glaube und Kultur, sind Gebrüder. Also von gleicher Vater und gleicher Mutter. Das sage ich nur für gläubige Leute. Also Adam und Eva Geschichte, wenn man glaubt. Wenn nicht, dann kann ich nicht sagen. Aber wenn jemand dazu glaubt, wir sind dann Geschwister. Dann wir haben nur eine andere Sprache und andere Verhaltensweise - und das ist ein großes Problem.“ (H.K. Transkript: 8)

5.2.2 Parteibindung

Durch seiner zahlreichen Tätigkeiten in vielen „türkischen sozialen Organisationen“ als Mitglied oder Vorstandsmitglied, wurde Kilic als „bekanntes Gesicht in der Community“ von der türkischstämmigen SPÖ-Gemeinderätin Nurten Yilmaz zur Kandidatur für den sozialdemokratischen Wirtschaftsverband bei der Wirtschaftskammerwahl 2005 aufgefordert: „Sie hat angeboten, dass ich da – wir haben dort keinen Vertreter – ich soll dort kandidieren und ich habe dann ja gesagt.“ (H.K. Transkript: 5) Er war Eigentümer einer Bäckerei am Brunnenmarkt und wurde als Bäckerinnungsmeister-Stellvertreter gewählt, „Ich bin der einzige, der erste Migrant in der Wirtschaftskammer der solchen Posten übernommen hat - also in der Bäckerinnung, meine ich - und dort sogar, der nicht Bäcker ist! Aber ich hatte die Firma, deswegen.“ (H.K. Transkript: 3) Noch im Jahr seines Partei-Eintritts kandidierte Kilic auch für die Bezirksvertretung in Ottakring auf Listenplatz 38.

5.2.3 Politische Ambition

Seine politisches Engagement ist ambitioniert durch das Erfüllen einer Vorbildfunktion für Jugendliche seiner Eigengruppe, denn: „Es fehlt bei uns, besonders unter Türken, also unter türkischen Migranten, die positiven role Modelle, die fehlen.“ (H.K. Transkript: 5) Dementsprechend ist sein Ziel, türkische Jugendliche in Positionen zu bringen, wie er in positiven Bezug auf Ilkim Erdost, die kürzlich zur Direktorin der Volkshochschule Ottakring ernannt wurde, festhält:

„Ich werde ihr [Ilkim Erdost] immer helfen wo es geht. (..) Solche Jugendliche benötigen wir dann überall. Sie ist aber Österreicherin, nur mit schwarze Haare. Sie hat dunkle Haare, aber sie ist eine Kämpferin. (..) Meine Ziel ist, dass solche Jugendliche dort hinbringen. Es ist eine Phase, wenn wir das beendet haben, wir werden nicht mehr über Integration reden.“ (H.K. Transkript: 14)

Teil dessen ist für meinen Gesprächspartner, neben der Mobilisierung von MigrantInnen an den Wahlen zu partizipieren, Jugendlichen der Eigengruppe auch Zugang zu politischen Parteien zu ermöglichen:

„Und ich möchte zu unseren Jugendlichen zeigen, vorangeht, und die sollen eigentlich meine – also mein Zukunftsplan ist, die Jugendlichen sollen da in eine Partei – nicht in meine Partei, sondern in alle Parteien mitmachen und spielen. Aber so geht es nicht: heute Mitglied werden, und morgen Spitzenkandidat werden, das gibt's nicht. Also das ist eine lange Periode bitte. Da gibt da hier, ich kenne viele Leute die seit 50, 60 Jahre in der Partei sind und für mich auch eine große Chance, also ich bedanke mich auch in der Partei. Erst im Jahr 2005 ich bin offiziell Mitglied geworden, und dann sofort kandidiert, es ist so selten.“ (H.K. Transkript: 6)

Was seine politische Ambition antreibt, ist die intensiv thematisierte, omnipräsente Erfahrung von Diskriminierung, die mein Gesprächspartner auf einer persönlichen Ebene seines direkten Bezugssystems (Kinder) und auf einer identifikatorischen Ebene hinsichtlich seiner kategorialen Identifikation „als Türke, als Moslem“ erlebt¹³. Er konstatiert ein massives „Akzeptanzproblem“ seitens der Aufnahmegesellschaft, von dem türkischstämmige Menschen in stärkerem Maße betroffen sind, als MigrantInnen anderer Herkunft. Österreichische Medien sieht er als „größtes Problem“, als „Integrationsverhinderer“ und vermutet Absicht hinter der „Bestempelung“ (alle

¹³ Als in der ÖVP während des Wahlkampfes Sirvan Ekici als Aushängeschild der Partei in Sachen Integration durch die mediale Inszenierung des kroatischstämmigen Dinko Jukic in den Hintergrund geriet, haben sich „alle Türken [...] ganz schlecht gefühlt, [weil] gegen einen Jukic die Frau Ekici getauscht wurde.“ (H.K. Transkript: 18) Es tauchen in seinen Argumentationszusammenhängen immer wieder Verallgemeinerungen auf, wo der Gesprächspartner vom Einzelnen auf ein Kollektiv schließt, etwa im Kontext diskriminierender Medienberichte, die Gewaltverbrechen in Zusammenhang mit Herkunft stellen: „Bsp. es gibt eine Tat, es wurde eine Frau versucht zu vergewaltigen, in welche Bezirk war das? In 10. Bezirk?! Nächster Tag steht das in der Österreich groß geschrieben: Ein türkischstämmiger Jugendlicher, oder Moslem, fünf Mal usw. obwohl das nicht zu tun hat! Das war ein serbischstämmiger junger Mann. Aber nächsten Tag, als das veröffentlicht wurde, es gibt keine Entschuldigung. Es leben da hier 500.000 – durchschnittlich 500.000 Moslems – es wurde mit einer Zeile beleidigt. Und das bleibt.“ (H.K. Transkript: 8f)

Zitate H.K. Transkript: 1) türkischer und muslimischer Vereine als fundamentalistisch durch Journalisten.

„Es gibt viele Dinge, die in Österreich als richtig angenommen werden über Islam und über Türkische Kultur, die sind fast, fast 95 % falsch! 95 % kann ich Ihnen das sagen. Weil da hier lebende Türken, die kommen meist von ganz niedrige kulturelle Niveau. Die haben nicht mal Istanbul gesehen und die leben seit 40 Jahren in Wien!“ (H.K. Transkript: 8)

Das negative Bild der Mehrheitsgesellschaft von „Türken, Türkei [und dem] Islam“ (H.K. Transkript: 9) bzw. kursierende negative Meinungen, etwa bezüglich dem Kopftuch, entstehen seiner Ansicht nach durch Vertreter der Eigengruppe selbst:

„Jetzt diese Meinung wurde da hier gebildet, und wodurch, das kann ich ihnen sagen: Es gibt einige - in Klammer sage ich - „Wissenschaftlerinnen“, die - türkischstämmige - in Deutschland oder in Österreich, oder überall in Europa unterwegs sind, und die kommen da hier mit Medien, also über Fernsehen usw. die diese Meinungen veröffentlichen.“ (H.K. Transkript: 8)

5.2.4 Wahlkampf

Kilic hat 2010 auf Platz 253 am Stadtwahlvorschlag sowie auf Platz 29 für den 16. Bezirk kandidiert, in dem die SPÖ nach den Wahlen nur noch 27 Mandate stellte. Zwei gewählte SPÖ-Kollegen verzichteten nach der Wahl auf ihre Mandate zugunsten von Ilkim Erdost (Platz 28) und Hüsseyin Kilic (Platz 29), wodurch mein Gesprächspartner Teil der Bezirksvertretung wurde. Seine erfolgreiche Partizipation am politischen Geschehen (wie auch seine Einladung zur SPÖ) wertet er als „Integrationsarbeit“ seiner Partei.

Im Wahlkampf war Kilic stark in die Parteiorganisation eingebunden und machte in Eigeninitiative wienweit in Vereinen oder türkischen Unternehmen Wahlwerbung, wo er um Vorzugsstimmen gebeten hat, aber keinen Persönlichkeitswahlkampf führte:

„Also erstens Landesparteiorganisation teilgenommen, dann Bezirksparteiorganisation teilgenommen und danach wenn ich Zeit habe mit eigenem und dafür brauche ich nicht so viel tun. Es gibt Vereine, es gibt islamische Vereine usw. Freitag sowieso hunderte Leute können Sie dort treffen. Das war für mich ganz einfach. Die Leute kennen mich sowieso, wenn ich dort bin, dann wissen die warum ich dort bin.“ (H.K. Transkript: 17)

Wählersegment: türkische Community

Wie sein Vertretungsanspruch fokussiert auch seine Mobilisierungstätigkeit während des Wahlkampfes ausschließlich auf die türkischstämmige Bevölkerung Wiens. Ein Potential an Stimmberechtigten das er auf 40.000 bis 50.000 Menschen schätzt. Seine anfängliche Hoffnung, dass eine Mehrheit von 70-80% auch von diesem Recht Gebrauch machen würde, reduziert er aber auf die Einschätzung, dass de facto maximal 20.000 türkisch-stämmige WählerInnen zur Urne gingen. Kilic führt die geringe Wahlbeteiligung in seinem Wählersegment auf Desinteresse und

Frustration gegenüber der Politik und Politikern in seiner Wählergruppe zurück. Die gemeinsame Herkunft sieht Kilic zwar als Wahlmotiv aufgrund eines Vertrauensvorsprungs, den er bei türkischstämmigen WählerInnen hat, aber dieses Vertrauen ist aufgrund falscher Erwartungen seitens türkischstämmiger Bevölkerung bzw. falscher Versprechungen seitens türkischstämmigen Politikern enttäuscht:

„Beispiel: jemand ruft mich an und braucht einen Job bei der Stadt Wien. Oder jemand hat ein Problem mit Wiener Wohnen, ruft mich an.“ (H.K. Transkript: 4) „Also ich bin nicht der, der da hier eigentlich die AMS Posten übernimmt oder die Vermittlungen macht, Wohnungsvermittlungen usw. Das waren die Erwartungen wahrscheinlich, und es wurden damals solche Dinge gemacht, falsch informiert und einige Leute haben das gemacht.“ (H.K. Transkript: 5)

Seine Muttersprache spielt nach Kilic im Wahlkampf eine „große Rolle, weil von der Zielgruppe viele können nicht so gut Deutsch. Also wenn ich Deutsch rede, die würden mich, viele würden mich nicht verstehen.“ (H.K. Transkript: 12) Doch auch die Verwendung der türkischen Sprache ist keine Garantie für gegenseitiges Verständnis, weil es in der Zielgruppe auch „viele gibt, die nicht so gut türkisch verstehen“ (H.K. Transkript: 12):

„Ich bin in der Türkei geboren und habe dort studiert, deswegen ich habe Hoch-Türkisch sozusagen, viele die hier in Österreich sind, entweder wenn die da hier geboren sind, die können eh weniger Türkisch und auch die deren Eltern die aus der Türkei gekommen sind, wegen dem kulturellen Niveau, die können auch nicht viel, so gut türkisch.“ (H.K. Transkript: 12)

Darüber hinaus wunderten sich einige seine türkischen WählerInnen über den Einsatz der Muttersprache bei verteilten Infomaterialien sowie im Persönlichkeitswahlkampf 2005 verschickten türkischsprachigen Briefen an etwa 3.000 Ottakringer Haushalte:

„Wieso schicke ich nur auf Türkisch?' Oder: 'Wieso wenn wir in Österreich leben, ist das auf Türkisch?' Von Türken höre ich das! [lacht] Es ist eine interessante Gruppe eigentlich, in Österreich lebende Türken. Die sind nicht weniger, die sind mindestens 30 % würde ich sagen. (..) Die, die wollen überhaupt nur Deutsch reden. Wieso wir türkische Material schicken, wenn es um österreichische Wahl geht?' Wir haben das so begründet, damit die Leute genau verständigen wollen, also da kein Missverständnisse vorkommt. Und das ist wirklich der eigentliche Grund.“ (H.K. Transkript: 13)

Themen

Im Wahlkampf seitens meines Gesprächspartners für seine Zielgruppe vertretene Themen waren weniger konkrete Inhalte, als einerseits der Appell zur Partizipation und Integration, sowie andererseits das Versprechen als Repräsentant der türkischstämmigen Bevölkerung eine Ansprechstelle zu sein.

„Ich hab gesagt ich werde erstens vertreten. Also was ein Bezirksrat macht, ich werde das als Türkischstämmiger machen. Also wenn da hier Benachteiligungen gibt, ich werde sicher da sein, eingreifen.“ (..) „Ich werde da hier türkische Community vertreten, wie die anderen Bezirksräte. Viele

Erwartungen gibt es da hier nicht, aber die Meinungen, die Anregungen von der Bevölkerung, die werde ich als Parteimitglied und als Bezirksrat und als Delegierte da hier bringen, also vertreten heißt das. (..) Und Integration heißt mitmachen, das war mein erstes Thema. Überall wo wir sind, auch in Wohngemeinschaften, ich bin auch dabei, auch in Schulen, in den Familienvertretungen, überall wo wir sind, auch am Arbeitsplatz, wir sollen beteiligen. Und wir müssen also 1. die die nicht Deutsch können, die müssen unbedingt Deutsch lernen!“ (H.K. Transkript: 4f)

In diesem Zusammenhang fordert er, dass Kinder drei Jahre den Kindergarten besuchen müssen und Familien ihre Kinder in den Volksschulen begleiten sollen, bzw. wenn sie das nicht können den Kontakt zur Schule über Vereine aufrecht zu erhalten, die auch Nachhilfe erteilen können, wie bspw. der von ihm genannte Verein 'Phönix'.

5.2.5 Vernetzung und Unterstützung

Partei und Medien

Kilic spricht davon, in der Partei „generell gut angenommen“ worden zu sein, und erfährt viel persönliche Unterstützung und Anerkennung seitens führender Kollegen: „In erster Linie von Nurten Yilmaz, dann von unserem Bezirksvorsteher, Franz Prokop. Die haben mich so viel unterstützt. Christian Oxontnisch, der Bezirksparteiobmann, die sind wirklich sehr freundlich. Also das war für mich Überraschung.“ (H.K. Transkript: 6) Dementsprechend ist er stark verankert in der Bezirksparteigruppe und erfährt auch im Wahlkampf persönliche und praktische Unterstützung. Sowohl auf Wien-Ebene wie auch auf Bezirksebene wurde er als Kandidat bei offiziellen Medienterminen von den Spitzenkandidaten vorgestellt. Die besondere Bedeutung von gemeinsamen öffentlichen Auftreten mit „honorigen Persönlichkeiten“ - wie von der Wahlkampfverantwortlichen der SPÖ hinsichtlich der Mobilisierung migrantischer WählerInnen betont – wird in der Textsequenz zur Veranstaltung der SP-Landespartei am Wiener Donaukanal mit Bürgermeister Michael Häupl deutlich. Die von „höchster Ebene organisierte“ (H.K. Transkript: 16) Präsentation aller migrantischen KandidatInnen war ein emotionales Erlebnis des Zugehörigkeitsempfindens und der Anerkennung für den Kandidaten:

„Ich habe mich dort ganz stark dazu.. - also wie kann ich das sagen? Ein Gefühl der Zugehörigkeit. Ich habe mich dort ganz offiziell vorgestellt! Nicht hinter den Türen, sondern offiziell! Wir haben auch Bilderkarte gemacht mit dem Bezirksvorsteher. Also da war ein Bild, wir haben uns gemeinsam fotografiert und ich habe mich in den türkischen Medien, nicht nur mein Foto weitergegeben, also gemeinsames Foto mit dem Herrn Prokop. Das tut gut, also da fühlt man sich gut sozusagen.“ (H.K. Transkript: 16)

In Eigeninitiative suchte er Kontakt mit Zielgruppenmedien für sein Wählersegment:

„Ich habe das versucht über türkisch-stämmige Medien, die hier in Wien, in Österreich erscheinen, nicht nur die Zeitungen, sondern auch Fernsehen hab ich eingeschaltet. Ich hatte am Wochenende

Sonntagssendungen von 2, 3 türkischen Kanals, also da hab ich auch meine Meinungen weitergeleitet.“
(H.K. Transkript: 3)

Vereine

Kilic besuchte im Wahlkampf „nicht nur türkische, sondern alle islamischen Vereine die öffentliche Tätigkeit haben“ (H.K. Transkript: 17) in denen er seine Wählerstimmen generiert: „Meine Quelle sind die Vereine, und die Vereinsmitglieder sozusagen, dadurch habe ich auch viele Vorzugsstimmen erhalten, durch meine vorherigen Sozialtätigkeiten.“ (H.K. Transkript: 1) Offiziell ist er zwar in keinem Verein mehr tätig, sondern nur noch als Gast anwesend, aber „er hilft gerne, wenn man ihn braucht“ und aufgrund seiner Konfession ist er seiner Darstellung zufolge quasi von Geburt an „als Moslem (..) außerordentliches Mitglied überall, wie bei der islamischen Glaubengemeinschaft.“ (H.K. Transkript: 20) Abgesehen von Militanz kennt er keine Ausschlussgründe, mit einem Verein nicht in Kontakt zu treten: „Also ich sehe da unter uns keine Sunniten, Aleviten, oder Kurden, Türken, - nur die sollen nicht Militanten. Also mit PKK hab ich nix [zu tun].“ (H.K. Transkript: 17)

Von einigen türkischen und islamischen Vereinen – „z.B. der ATIB, der Islamische Föderation, die Türkisch-Islamische Föderation und Islamische Union“ (H.K. Transkript: 17) – erfuhr er auch offene Unterstützung, in ganz Wien und insbesondere in Ottakring: „Viele haben mich stark unterstützt, ohne Wenn und Aber, aber bei letzte Wahl, da war eine von Größten war gegen mir, also ich durfte dort keinen Folder verteilen.“ Der Verein hatte einen „eigenen Kandidaten, von eigenen Reihen“ (H.K. Transkript: 17), der jahrelang Mitglied war und ebenfalls für die SPÖ kandidierte. Kilic hätte ihn als Nachfolger vorgeschlagen, „aber jetzt nicht mehr! Jetzt ist aus! (..) Ich gehöre zu nirgend welche Verein, also ich bin nirgendwo Mitglied! Nein! Außer der SPÖ nirgendwo. (..) Wir haben als Partei glaube ich einiges gelernt, solche Leute sollten eigentlich nicht als Kandidat genommen werden.“ (H.K. Transkript: 17)

Die starke Loyalität gegenüber der SPÖ wird auch anhand des massiv kritisierten Wahlkampfes seiner Kollegin Gülsah Namaldi deutlich, die er einerseits als Konkurrenz sieht, die ihn viele Vorzugsstimmen gekostet hat: „Mindestens 1000 Stück! Würd ich die bekommen, - aber, aber unsere Leute die wissen nicht genau, was die wirklich tun.“ (H.K. Transkript: 13) Andererseits wird die zweifelhafte Wahlkampfführung in Loslösung von der Parteiorganisation, unterstützt von Vereinen, sowie die politische Instrumentalisierung des Kopftuchs angeprangert: Hinter ihrem Erfolg steht „ein halbes Meter Stoff, sonst nix!“ (H.K. Transkript: 19)

„Sie ist eine Dame, gekommen weil sie von MJÖ ist und sie hat ganz fleißige Wahlhelfer und deswegen hat sie das bekommen. Das ist gefährlich in der Wirtschaft und auch in der Politik.“ (H.K. Transkript: 19) „Obwohl ich streng gläubiger Mensch bin, was sie dort getan hat, ich war und ich bin dagegen. Naja, sie hat nur das benutzt. (..) Das ist eigentlich also religiös gesehen auch verboten. Das gibt's nicht, das kann man nicht.“ (H.K. Transkript: 13)

In seiner Kritik zählt er die verschiedenen Dimensionen seiner identitären Zugehörigkeit auf: „Das habe ich weder als Türke, noch als Moslem, noch als SPÖ-Mitglied gut gefunden.“ (H.K. Transkript: 15)

5.2.6 Fazit

Die konsequente Verwendung der Personalpronomen 'wir'/'uns' in Zusammenhang mit mehreren Textsequenzen in denen affektiv geladene Gemeinsamkeitsvorstellungen und Verbundenheit mit Mitgliedern der Bezugsgruppe feststellbar sind, unterstreicht ein starkes Zugehörigkeitsempfinden meines Gesprächspartners zu einer türkisch-muslimischen Eigengruppe. Sichtbar wird eine deutlich konturierte nationale Grenzlinie, die in Abgrenzung gegenüber der österreichischen Mehrheitsgesellschaft besteht. Die Betonung dieser nationalen Grenzlinie durch den eng gefassten Repräsentationsanspruch und die fokussierte Wähleradressierung der Eigengruppe generiert sich aus dem Interesse, Jugendliche der ingroup zu gesellschaftlichem Aufstieg zu verhelfen. Innerhalb der nationalen getroffenen, kulturell und religiös befüllten Kategorie 'Türken' wird nicht weiter differenziert in verschiedene ethnische Bevölkerungsteile, weitere Differenzierungsebenen basieren vielmehr auf unterschiedlich stark ausgeprägter Religiosität:

„Es gibt auch viele Teile von türkischer Community: es gibt Nicht-Gläubige, es gibt Sozialisten und es gibt die streng Gläubiger und es gibt normale Moslems. Also es gibt verschiedene Gruppen, wie gesagt, ich bin für alle offen (..). Das könnte sein auch türkischstämmige Nicht-Moslem, das ist egal für mich, gleichgültig. Als Mensch muss ich das tun.“ (H.K. Transkript: 20)

In Reaktion auf die erlebte Ablehnung und prekäre Anerkennung seiner Kultur und Religion versucht er durch positive Zuschreibungen negative externe Attribuierung hinsichtlich der Eigengruppe um zu deuten und auf zu werten (Inversion). Die in diesem Kontext vorgenommene Abgrenzung gegenüber türkischen Zuwanderern eines „niederen kulturellen Niveaus“ zeigt trotz der starken kategorialen Identifikation mit einer Klasse von Personen, welche die gemeinsamen Attribute Herkunft, Religion und Kultur teilen, eine Trennlinie, die innerhalb der Eigengruppe entlang der Schichtzugehörigkeit verläuft.

Die politisch-ideologische Zugehörigkeit zur SPÖ ist mehr als (oft scheiternde) sprachliche Figuren,

die hier nicht weiter ausgeführt werden können¹⁴, geeignet kulturelle, religiöse Trennlinien zwischen der türkischen Eigengruppe und der Mehrheitsgesellschaft, die im Gespräch immer wieder auftauchen zu überwinden. In seiner politischen Arbeit ist Kilic einerseits auch in transethnische Zusammenhänge eingebunden, durch die Vereinsplattform der SPÖ-Ottakring, andererseits kritisiert er die mangelnde ideologische Bindung von Kollegen der Eigengruppe:

„Ideologische türkisch-stämmige Kandidaten gibt's zu wenig. Also aus ideologischen Gründen, Beispiel weil er Sozialist ist oder FPÖler ist. Gibt es nicht. Gibt es, aber weniger mein ich. Beispiel die Frau Yilmaz oder die Frau Erdost, die sind vom Fundament her, die sind Sozialisten. Aber ich fühle mich als Sozialdemokrat.“ (H.K. Transkript: 18)

Nurten Yilmaz, die als Kommissionsvorsitzende im Rathaus „eine ganz wichtige Rolle“ spielt, wird von ihm u.a. als Österreicherin bezeichnet, eine Selbstverortung die er für sich selbst zukünftig auch vornehmen möchte: „Sie ist Österreicherin, würde ich sagen. In Zukunft möchte ich das auch sagen, also in Zukunft, wenn man mich fragt, ich sage ja, ich bin türkischstämmiger Österreicher. Überall sag ich das, also in Zukunft soll das so sein.“ (H.K. Transkript: 12)

5.3 Relevanz ethnischer Kategorien in der SPÖ

Die SPÖ, die in der Literatur hinsichtlich ihrer Wahlkampflogik als *catch-all* Partei gilt (Vgl. Maier/Müller/Plasser 1999: 223 ff) sieht sich in Wien als regierende Stadtpartei der Notwendigkeit der Legitimation ihres Regierungsanspruchs durch die Integration aller Teilgruppen einer Bevölkerung gegenüber. Gestellt vor die Herausforderung die absolute Mehrheit zu halten, sah die Partei – wie Wahlkampfverantwortliche Dobusch erklärt - ihr enger definiertes Potential im Wahlkampf 2010 vor allem im Bereich der Mobilisierung von NichtwählerInnen und Unentschlossenen. MigrantInnen galt als Wählersegment 2010 ein hoher Stellenwert, ersichtlich auch in der medial groß inszenierten Präsentation migrantischer SPÖ-KandidatInnen, zu der wie sich durch die Erhebung herausstellte nicht alle Kandidierenden der Partei eingeladen wurden, was den strategischen Fokus der SPÖ auf bestimmte Gruppen in seiner praktischen Umsetzung unterstreicht. Der pluralistische Anspruch für 'jede' Community eine Vertretung zu gewährleisten¹⁵, stellt Anreize zur Kontraktion der Wählergruppen auf der Individualebene Kandidierender dar, d.h.

¹⁴ Etwa der Verweis auf das universalistische Prinzip der Menschenrechte hinsichtlich des Vergleichs zwischen Islam und Christentum: „Mit den Menschenrechten – im Christentum und im Islam, es gibt fast gar keine Unterschiede: - ehrlich zu sein. Also wenn die Wissenschaftler, die Medien ehrlich sind, das sieht man! Das sag ich nicht, das steht in beiden heiligen Büchern.“ (H.K. Transkript: 7)

¹⁵ Vgl. Dobusch: „da ist natürlich viel leichter gerade für Migrationscommunities wirklich Ansprechpartner in ihrer eigenen Sprache zu finden und eigener Herkunft weil die einfach eine andere Kultur haben und sie dann besser verständigen können und ein besseres Verständnis für einander da ist.“ (G.D. Transkript: 4)

sie fördert die gezielte Ansprache einer eng definierten Eigengruppe von Zugehörigen und legt im Einzelfall (abhängig von individuellen Interessen) prinzipiell eine Reihe möglicher Differenzierungsebenen nahe, fördert insbesondere die Betonung nationaler (und religiöser) Grenzlinien. Berücksichtigung findet nämlich seitens der SPÖ trotz der rhetorisch beanspruchten Bedeutung des „gesamte[n] Migrationsbereich[s]“ (G.D. Transkript: 2) nicht jede Community, sondern v.a. die aufgrund traditioneller Kooperation mit Vereinen leicht erreichbaren, (zahlenmäßig starken) türkischen und serbischen Bevölkerungsanteile, deren politische Relevanz gestärkt wird. Durch die Hierarchisierung migrantischer Communities und die starke Förderung bestimmter national definierter Gruppen, sowie die große Anzahl an KandidatInnen entsteht Konkurrenz sowohl auf Ebene der Communities (Vgl. Januz Saliuka), als auch auf jener einzelner Kandidaten im Zusammenhang mit Vereinen (Vgl. Hüseyin Kilic). Produzierte Ausschlüsse durch die Strategie der SPÖ sind vielmehr durch Machtstrukturen und strategischen Kooperationen mit Vereinen erklärbar, für die geteilte Herkunft erst indirekt eine Rolle spielt. (Vgl. Hüseyin Kilic) Januz spricht in diesem Zusammenhang etwa von „Familienbeziehungen, die gepflegt werden“ (J.S. Transkript) die für das Fortkommen und die Förderung einzelner KandidatInnen in der Partei zentral sind, und erklärt sich so seinen Ausschluss von der medialen Präsentation migrantischer Kandidaten durch die Parteiorganisation, bei dem sich Machtverhältnisse und ethnische Zugehörigkeit verkreuzen.

6. Die Wahlkampfstrategie der Grünen

Die Grünen entstanden im Prozess der allgemeinen Auflösung traditioneller Parteibindungen und Dekonzentration des österreichischen Parteiensystems aus der ökologischen Bewegung und besetzten seit ihrer Gründung 1986, insbesondere in den 80er Jahren aufkommende „nicht-materielle Issues“ (Mair/Müller/Plasser 1999: 226), wie Umweltschutz oder Geschlechterverhältnisse. Fremdenpolitik und Integration gerieten in den 90ern zunehmend auf die Agenda Grüner Politik, hinsichtlich der die Partei eine sehr liberale Haltung einnahm und sich dem Engagement gegen Rassismus und für den Schutz von Minderheiten verschrieb. (Vgl. Dachs 2006: 395ff) Die Grüne Parteiorganisation ist von stark dezentralisierten Organisationsstrukturen gekennzeichnet und auch die Ausgestaltung des Wahlkampfes 2010 fand laut Aussagen des Wahlkampfverantwortlichen Alexander Ostleitner, auf mehreren organisatorischen Ebenen verschiedener Teilorganisationen (einerseits Bezirksgruppen, andererseits Suborganisationen wie Grüne MigrantInnen oder Grüne Andersrum) statt, die bei Nutzung gemeinsamer Ressourcen autark agierten (z.B. eigene Info-Materialien produzieren). Grundsätzlich versuchten die Wiener Grünen bei der Wahl 2010 ihre StammwählerInnen zu mobilisieren, das sich v.a. aus AkademikerInnen einer mittleren Generation generiert und das so genannte Potential zu erreichen. (A.O. Transkript: 1)

Adressierung von MigrantInnen im Wahlkampf

Seitens der Grünen werden laut Alexander Ostleitner, dem politischen Referenten der Klubobfrau - betraut mit der strategisch-konzeptionellen Verantwortung sowie administrativen Umsetzung im Wahlkampf - „grundsätzlich alle Migranten angesprochen“. (A.O. Transkript: 2) Doch die Ansprache von WählerInnen nach anderen Aspekten, als dem der Herkunft wird einerseits als zielführender erachtet, da es sich bei „MigrantInnen“ nicht um eine „klar abgrenzbare Gruppe handelt“ (A.O. Transkript: 6), andererseits als „konkreter“, da die vertretene Sachpolitik der Grünen Personen unabhängig von ihrer Herkunft betrifft:

„Also welchen Unterschied macht es, wo jemand geboren wurde, wenn die Person gerade, ich weiß nicht, mit den Kindern unterwegs ist und entweder nicht die Straße überqueren kann, weil es keinen guten Übergang gibt, oder weil sie nicht weiß, wie sie ihr Kind ernähren soll, oder weil sie unter zu hohen Mietpreisen leidet oder was auch immer. Da ist die Herkunft eher irrelevant.“ (A.O. Transkript: 6)

Relevanz ethnischer Gruppen als Wählersegmente

Dass dennoch einzelne, ethnisch definierte Gruppen angesprochen werden, ergibt sich nach Aussage Ostleitners eher zufällig, als dass es strategisch geplant ist, in Abhängigkeit von einzelnen

KandidatInnen. (Vgl. Einzelfälle)

„Natürlich ist es auch davon abhängig, wo man Kandidatinnen hat, die in unterschiedlichen Communities daheim sind. Wir haben zb eine Gemeinderats-Kandidatin, die in Thailand aufgewachsen ist und es gibt sozusagen eine sehr kleine grüne asiatische Community, die man ansonsten wahrscheinlich nicht erreichen würde und auch niemals nach strategischen Zielen definieren würde als solche.“ (A.O. Transkript: 2f)

KandidatInnen mit Migrationshintergrund auf dem Stadtwahlvorschlag

Bei den Grünen, die von ihren 14 Mandaten drei verloren haben, basiert die Listenerstellung auf einer demokratischen Wahl in mehreren Runden, wodurch von 285 KandidatInnen ungefähr 31 Personen mit Migrationshintergrund auf dem Stadtwahlvorschlag vertreten waren. Diese Zahl ist Ergebnis eines langen Telefonats mit Martin Schubert, der dankenswerter Weise mit der Autorin den Stadtwahlvorschlag nach im Ausland geborenen Kandidierenden durchleuchtete, unter dem Vorbehalt, dass dies eine ungenaue Annäherung darstellt, die keineswegs im Sinne der Partei ist. Unter den ersten 20 Plätzen sind 6 KandidatInnen nicht in Österreich geboren, Spitzenkandidatin Maria Vassilakou hat bekanntlich griechische Wurzeln, der zweitgereichte Ellensohn ist in England geboren. Auffällig ist bei Betrachtung der Herkunftsländer, dass im Gegensatz zu allen anderen Parteien mehrere Menschen die in Indien, Lateinamerika oder Afrika geboren sind kandidieren.

Tab. 3: KandidatInnen mit Migrationshintergrund der Grünen nach Vorzugsstimmenergebnissen (Stadtwahlvorschlag 2010)

	Vorzugsstimmen	Listenplatz	Geburtsort
Vassilakou, Mag. Maria	4929	1	Griechenland (Ausschluss)
Schreuder, Marco	699	14	Niederlande
Ellensohn, David	564	2	England (Ausschluss)
Akkilic, Senol	320	12	Türkei
Korun, Alev	284	85	Türkei (Ausschluss)
Kickert, Dr. Jennifer	215	13	Thailand
Yatkin, Zerife	193	18	Türkei

Quelle: Eigendarstellung (basierend auf den Angaben Martin Schubert, Landesbüro der Grünen Wien)

Ausgewählte InterviewpartnerInnen¹⁶

Als Interviewpartner wurden Senol Akkilic (320 Vorzugsstimmen) und Zerife Yatkin (193

¹⁶ Als Ausschlussprinzip wurde bei den Grünen nicht nur der Bekanntheitsgrad sondern auch eine theoretische Bedingung des Grenzziehungsperspektive virulent, die besagt, dass die Entstehung ethnischer Grenzen immer an ein gewisses Maß an Diskriminierung gebunden ist. Fremdkategorisierungen eines Menschen mit Niederländischem, Französischem oder Englischem Migrationshintergrund sind in der Regel nicht mit prekärer Anerkennung verbunden. Insofern keine ethnischen Grenzen bestehen, wird auch der symbolische Umgang mit ihnen nicht erforderlich. KandidatInnen wie Jennifer Kickert und Marco Schreuder sind bspw. in den 'Grünen Andersrum' verankert und betätigen sich in Politikfeldern durch die ethnische Grenzlinien weder sichtbar noch berührt werden.

Vorzugsstimmen), die anhand des erstellten parteiinternen Rankings migrantischer Kandidierender den dritten und den 7. Platz belegten, ausgewählt. Beide sind in die Teilorganisation der Grünen MigrantInnen involviert und stark mit ihrer Partei und politischen Arbeit identifiziert, wodurch die analytische Trennung der Akteursebenen erschwert ist und sie als Repräsentanten der Teilorganisation gelten können.

Grüne MigrantInnen: Transethnische Struktur

Die Grünen MigrantInnen sind eine ehrenamtlich geführte Teilorganisation der Grünen, gegründet 2001 von Maria Vassilakou, Alev Korun, Joe Taylor, Zerife Yarkin und anderen. Die Organisation ist in Arbeitskreisen organisiert, deren Sprecher im Vorstand der GM sind und mit Vereinen unterschiedlicher ethnischer Ausrichtungen vernetzt. Der Vorstand der Grünen MigrantInnen versucht die Arbeit von Vereinen, die als „Fühler in der Gesellschaft“ wichtige Akteure darstellen, einerseits durch das Bereitstellen von Ressourcen für Kooperationen und gemeinsame Veranstaltungen, andererseits direkt finanziell zu unterstützen und nebenbei auch Einfluss innerhalb der Partei zu nehmen, die Interessen von MigrantInnen zu stärken. Die Idee hinter der Gründung der Grünen MigrantInnen, die anfänglich durch Maria Vassilakou geführt wurde, war „die Partei für MigrantInnen zugänglicher [zu] machen und innerhalb der Partei auch für die Interessen von MigrantInnen Lobbying zu betreiben.“ (S.A. Transkript: 4) Die politisch-ideologische Ausrichtung der kooperierenden Vereine hat den Primat vor ihrer ethnischen Zusammensetzung, die sich nach nationalen oder ethnischen Merkmalen orientieren kann und alle Kontinente umfasst. Auf die Struktur der völlig unabhängigen Vereine wird kein Einfluss genommen. „Wichtig ist, dass sie sich im Einklang mit Grünen Inhalten befinden, das ist der ausschlaggebende Punkt für uns. Wer sich mit den Grünen Grundsätzen nicht akkordiert fühlt, nimmt auch nicht Platz in diesen Gremien.“ (S.A. Transkript: 5)

6.1 Ethnisierung im Einzelfall Akkilic

6.1.1 Situatives Selbstverständnis, Parteibindung

Akkilic kam als Kind von s.g. „Gastarbeitern“ 1979 aus der Türkei nach Wien. Für ihn persönlich spielt seine Herkunft als geschichtlicher Teil seines Lebens eine Rolle, aufgrund persönlicher Beziehungen, die in verschiedenen geographischen Räumen entstanden sind. „Aber das drückt nicht den Stempel auf, auf meine Identität.“ (S.A. Transkript: 2) Er erzählt seine Biographie als

Geschichte politischen Aktivismus. Durch seine Tätigkeit in der „Föderation der Arbeiter und Jugendlichen aus der Türkei“ (ATGIF) im Antirassismusbereich, entstanden Kontakte zu den politischen Parteien, insbesondere Kooperationen mit den Grünen. Der ATGIF ist ein dezidiert linker Verein, der die Teilhabe am parteipolitischen System ablehnt und einen internationalen Anspruch erhebt, „de facto sind es hauptsächlich Menschen aus der Türkei, Kurden, Armenier, also alle Bevölkerungsgruppen, die es in der Türkei gibt“ (S.A. Transkript: 3) die zu den Mitgliedern zählen. Der Wechsel Akkilics vom ATGIF zu den Grünen 1994 erfolgte eigeninitiativ, motiviert durch die Entscheidung für einen stärkeren Fokus seines politischen Engagements auf die österreichische Innenpolitik: „Ein Part des österreichischen politischen Systems sein, heißt ja auch, dass man auch Inlandspolitik betreibt und nicht nur internationale Politik.“ (S.A. Transkript: 1)

6.1.2 Politische Ambition

Sein politisches Engagement bezieht sich auf die Bekämpfung von Diskriminierung innerhalb von diskriminierten Gruppen. Er begründet seine eigene Kandidatur auf dem 12. Platz – neben seiner persönlichen Leistung „zum richtigen Zeitpunkt, die richtigen Inhalte präsentiert“ (S.A. Transkript: 8) zu haben – mit der inhaltlichen Linie seiner Partei und dem Wandel zu einem differenzierterem Blickwinkel auf MigrantInnen.

„Bei uns [GRÜNE] war es so, dass die Maria [Vassilakou, Anm. G.G.] sowieso die Spitzenkandidatin war, also wir [Grüne MigrantInnen, Anm. G.G.] haben eine sehr gute Startposition gehabt in dem Sinn. Und ich war dann an 12. Stelle, und das ist zum ersten Mal in der Geschichte von Wien, sag ich jetzt einmal, dass ein kurdisch-alevitisch-stämmiger Mensch, der noch dazu von einer linken Organisation kommt, in so eine aussichtsreiche Position gestellt wurde. (..) Das hat natürlich einen bestimmten inhaltlichen Grund gehabt. Wir, in der Integrationspolitik, haben wir ja, als Grüne haben wir uns immer wieder als Anwälte von Migranten definiert. (..) Früher haben wir gesagt, alle Migranten sind eins, jetzt muss man sich für die Rechte von MigrantInnen einsetzen.“ (S.A. Transkript: 4)

Während diese Position als „richtig“ aber „unvollkommen“ erachtet wird, versucht man nun, laut Akkilic, Diskriminierungsmomente (etwa gegenüber Frauen, Kindern, oder ethnischen Minderheiten) *innerhalb* von diskriminierten Gruppen aufzuzeigen:

„Österreichische Rechte haben Verbündete in der türkischen Rechten oder in der serbischen Rechten. Es ist wurscht! Ein österreichischer Nationalist ist genauso wie ein deutscher Nationalist oder ein schwedischer oder eben ein türkischer Nationalist und wie ein serbischer Nationalist.“ (S.A. Transkript: 5)

Die neue „Bruchlinie“, die dadurch in der Debatte um Zuwanderung und Integration respektive in der Kategorie der MigrantInnen gezogen wurde, ist eine ideologische und verläuft zwischen „jenen

Kräften die sich für Öffnung interessieren (..) innerhalb der Gesellschaft“ und „jene[n] Kräften, die für Verschließung sind, Abschottungstendenzen befürworten“. (S.A. Transkript: 5)

6.1.3 Wahlkampf

Senol Akkilic war zwischen 2001 und 2003 als Bezirksrat der Grünen in Favoriten tätig und wurde 2010 in den Gemeinderat gewählt. Mein Gesprächspartner war einerseits in den Wahlkampf seiner Partei, insbesondere der Grünen MigrantInnen involviert, in organisatorischer Hinsicht, durch ausführende Tätigkeiten (wie flyern oder plakatieren) und durch inhaltliche Diskussionen. Andererseits hat er persönlich einen sehr intensiven, einjährigen Wahlkampf geführt der nicht auf die „heiße Phase“ beschränkt war, und dennoch nicht als „Persönlichkeitswahlkampf“ titulierte wird, da ein solcher bei den Grünen Alexander Van der Bellen vorbehalten war.

Wählersegmente: MigrantInnen, kurdische Community

Neben der Adressierung von MigrantInnen im Allgemeinen als WählerInnen, lancierten die Grünen MigrantInnen Folder auf Türkisch, Serbokroatisch und Sasa. Der Versuch diese Sprachgruppen gezielt zu erreichen fand laut Akkilic in Vereinen sowie „in Lokalen auf der Ottakringerstrasse, wo serbische oder serbokroatisch-stämmige Menschen vorbeigehen“ (S.A. Transkript: 9) statt. Persönliches Wahlmaterial (türkischsprachige Postkarten mit seinem Konterfei) hatte Akkilic in Nachahmung der „Konkurrenz“ in der „türkischsprachigen Community“ verteilt.

Mehrsprachigkeit ist für meinen Gesprächspartner generell von großer Bedeutung, da „in einer mehrsprachigen Bevölkerung jede zusätzliche Sprache eine wichtige Rolle [spielt]“ (S.A. Transkript: 12) und die Sprache in ihrer Verwendung zum Träger von Anerkennung und Wertschätzung von bestimmten national und ethnisch definierten Gruppen (Serben, Türken, Kurden) gelesen wird:

„Mit Türken spreche ich Türkisch, ja, das kommt auch ganz gut an, und es kommt auch ganz gut an, wenn ich in einem serbischen Lokal bin und 'Stravo' sage und mich in Serbisch vorstelle, das kommt auch ganz gut an.“ (S.A. Transkript: 12)

Sprache steht auch im Mittelpunkt eines individuellen Zugehörigkeitsempfindens zum Kurdentum das im Wahlkampf zur Geltung kommt, wenngleich Akkilic sich zunächst als „Mix von allem“ bezeichnet und seine Identität nicht auf einen ethnischen Aspekt reduziert sehen möchte:

„Sasa ist ein (..) Dialekt des Kurdischen, zu dem ich gehöre. (..) Ich würde das so beschreiben, ich gehöre zu den Minderheiten unter den Minderheiten. Also die Sasa z.B. - ich kann die Sprache nicht, das kann ich nicht, aber gefühlsmäßig, wenn man sagen würde, 'aha, du bist Kurde, aha, welcher?' Da würde ich sagen, 'ich bin nicht Krmansche, sondern Sasa, ich bin nicht Korani sondern Sasa.' Und da war es

authentisch, dass man - zum ersten Mal in der Grünen-Geschichte aber auch in der österreichischen Wahlkampfgeschichte ist etwas auf Kurdisch publiziert worden. Das hat die SPÖ dann auch gemacht, in Form von einem Plakat. Aber wir haben einen richtig schönen Folder rausgegeben.“ (S.A. Transkript: 8)

Die Betonung der Authentizität verweist auf die Bedeutung der Zugehörigkeit für meinen Gesprächspartner (in ethnisch strukturierten Zusammenhängen im Wahlkampf), die durch die emotionale Bindung an seine Muttersprache begründet wird. Als Muttersprache - wenngleich er sie nicht spricht - empfindet er einen kurdischen Dialekt, in den er sich für den Wahlkampf Texte übersetzen ließ, die er in Kurdisch strukturierten Zusammenhängen vorgetragen hat.

„Es ist für mich schon wichtig, die emotionelle Bindung zu einer Sprache, man muss sie ja nicht können. (..) Es war aber schon wichtig, weil erstens Mal geht es mir darum, dass ich sage, ich hab eine emotionale Bindung zu dieser Sprache auch und das möchte ich auch zeigen. Ich mag es nicht aufzustehen und zu sagen, 'Entschuldigung ich habe jetzt seit 40 Jahren noch immer nicht ein paar kurdische Worte gelernt, deshalb werde ich jetzt in Türkisch sprechen.' Das mag ich nicht. Also spreche ich ein paar Worte in Kurdisch und dann setzte ich in Deutsch fort.“ (S.A. Transkript: 12)

Themen

Der Fokus hinsichtlich adressierter (Eigen-)Gruppen im Wahlkampf (türkische, kurdische) wird kontrastiert durch die Besetzung thematischer Politikfelder, die einem transethnischen Repräsentationsanspruch folgen, der sowohl auf die Interessensvertretung von AsylwerberInnen wie auf MigrantInnen oder ethnische Minderheiten zielt. (Menschliche Flüchtlingspolitik, Aufstiegschancen für MigrantInnen gewährleisten, Umgang mit der österreichischen Migrationsgeschichte, Förderung der Mehrsprachigkeit, Kommunales Wahlrecht für EU-BürgerInnen.)

6.1.4 Vernetzung und Unterstützung

Medien

Wenngleich mein Gesprächspartner sein Zutun zur Betonung seiner Herkunft im Wahlkampf negiert, affirmiert er die positive Resonanz der österreichischen Presse (Falter, Standard, Wiener Zeitung) was seine Wahrnehmung als „anderer Migrant“ betrifft, nämlich als „kurdisch-alevitisch-stämmige[n] Mensch, der noch dazu von einer linken Organisation kommt“. (S.A. Transkript: 4)

Neben den österreichischen Medien die „ständig darüber berichtet haben und auch ihre Freude darüber kundgetan“ (S.A. Transkript: 4) haben, erhielt der Kandidat auch von der linken türkisch-deutschen Zeitung 'Öneri' und der Zeitung der Alevitischen Föderation Aufmerksamkeit und Unterstützung im Wahlkampf. Die ideologische Grenzlinie der Grünen wird hier in zweiter Linie auch als ethnische sichtbar, indem der Kandidat einerseits bemerkt, dass die Unterstützung eher

seitens „nicht nationalistische[r] Zeitungen“ aus den migrantischen Zielgruppenmedien kam, während „türkisch-sprachige Medien (...) darüber nicht berichtet“ haben:

„Es hat nur eine Zeitung berichtet, dass war die Posta¹⁷, und eine Zeitung hat mich nur in einem Satz erwähnt. Weil die wissen, das ist einer der auf das Türkentum keinen Wert legt. Das Türkentum ist ja bei denen hoch angesehen. Und wenn ein kurdischer, kritischer Typ da her kommt und alevitisch auch noch, dann haben sie keine Seiten für den.“ (S.A. Transkript: 7)

Vereine

Durch seine Verankerung in den Grünen MigrantInnen und sein früheres Engagement bei der ATGIF ist der Kandidat sehr gut vernetzt mit vielen Vereinen, doch eine Mitgliedschaft schließt er aufgrund seiner persönlichen Kapazitäten und dem Gedanken der Äquidistanz aus. Im Wahlkampf suchte er – teils auf Einladung, teils in Eigeninitiative, oft gemeinsam mit der Grünen Nationalratsabgeordneten Alev Korun – viele Vereine verschiedenster ethnischer Ausrichtung und politischer Couleur auf, und wurde im Wahlkampf auch von „mehreren Vereinen offensiv unterstützt“ (S.A. Transkript: 2):

„Die alevitische Föderation hat ganz explizit dazu aufgerufen mich zu wählen. Bei den Kurden war's nicht so, weil die einen eigenen Kandidaten gehabt haben, der war in der SPÖ. Den Ali Can an 200. Stelle oder 201. Stelle war der.“ (S.A. Transkript: 4)

Insofern wird auch die Annahme geteilter Herkunft als Wahlmotiv seitens meines Gesprächspartners eingeschränkt:

„Sonst hätten sie ja keinen eigenen Kandidaten aufgestellt. Beim durchschnittlichen kurdischen Bürger – man darf das ja nicht pauschalisieren – natürlich hat es sehr viele Sympathien hervorgerufen, aber es gibt kurdische Organisationen die machen ihre Rechnungen, mit welcher Partei arbeiten wir zusammen? Und dementsprechend gibt's auch Wahlempfehlungen. Die kurdischen Trägervereine haben nicht für mich aufgerufen, sie haben eher für ihre eigenen Leute gearbeitet.“ (S.A. Transkript: 11f)

Dennoch hat Akkilic die Gelegenheit einen Vertreter der Eigengruppe in den Gemeinderat zu schicken als Wahlmotiv angeführt, wenngleich sein persönliches Zugehörigkeitsgefühl zur Partei stärker ist als die Verankerung in einer Ethnie.

„Ich habe jedes Mal, wenn ich bei Kurden, Aleviten, Linken war, da hab ich jedes Mal darauf hingewiesen (...): Ihr habt die Chance einen ersten alevitisch-stämmigen Menschen, kurdisch-stämmigen Menschen in den Gemeinderat zu schicken. Das hab ich schon gesagt, und die Leute haben das auch verstanden. Verstehen heißt aber nicht keine Rechnungen machen. Und der kurdische Dachverband hat z.B. eben ermöglicht, oder der SPÖ positiv geantwortet, oder die SPÖ hat von denen eben einen Kandidaten aufgestellt.“ (S.A. Transkript: 13)

Im Gegensatz zur SPÖ, in die zwar kurdisch-stämmige Menschen involviert wären, die aber „nie

¹⁷ Boulevard, gemäßigte nationalliberale, laizistische Redaktionspolitik, in Istanbul gedruckt, sehr auflagenstarke Zeitung http://de.wikipedia.org/wiki/Posta_%28Tageszeitung%29 (Zugriff: 7.12.2011)

einen kurdischen Menschen in eine aussichtsreiche Stelle gesetzt [hat]“ (S.A. Transkript: 8), betont der Kandidierende, dass die Grünen der Eigengruppe stärkere Wertschätzung entgegenbringt, was sich an seinem Listenplatz äußert. Ansichten von einzelnen Personen die in Beisein eines anderen Kandidaten bei einer Veranstaltungen in einem Verein vertreten wurden, den kurdisch-stämmigen Kandidaten der SPÖ zu unterstützen, da Akkilic auf einem sicheren Platz kandidiert, weist Senol Akkilic zurück:

„Es gab Leute die gesagt haben, Senol, du hast einen sicheren Platz, kommst ganz sicher rein, also unterstützen wir den anderen Kurden, der soll auch reinkommen. Hab ich gesagt: das stimmt nicht! Das möchte ich so nicht haben! Die Grünen stellen auf einen sicheren Platz die Kurden, also verdienen sie unsere Unterstützung und nicht ein Kurde der auf 201. Stelle aufgestellt ist. Ich wollte das Thema immer wieder zurückbringen auf den Boden der österreichischen politischen Landschaft, Parteienlandschaft: da sind die Grünen, da sind die SPÖ-ler, ja? Und da kam eben immer wieder dieses schwammige 'Wir sind Kurden und es sollen mehr Kurden und Kurdinnen hinein!' Nein! Also für mich zählen die Interessen der Partei mehr als die einer bestimmten Ethnie.“ (S.A. Transkript: 13)

Weitere Einzelmeinungen – wie mein Gesprächspartner betont – betrafen Überlegungen bezüglich strategischer Bündnisse der „Kurden“ mit der FPÖ, denn die könne Druck auf andere Parteien erhöhen, „in der Kurden-Sache“ aktiv zu werden, bzw. folgten der umgekehrte Logik Kooperationen mit der FPÖ anzustreben, weil die anderen Parteien nicht aktiv werden.

„Ich bin davon überzeugt, dass die Kurden und Kurdinnen eigentlich nicht mit der FPÖ sympathisieren. Das gibt es nicht, ja. Aber es gibt anscheinend ein paar Schlaumeier die glauben, wenn man jetzt mit der FPÖ Kontakt schließt oder so, oder solche Reisen ermöglicht, dass dann die kurdische Sache besser repräsentiert werden kann. Das glaub ich nicht. Es schadet ja auch, es führt ja auch nicht dazu, dass die kurdische Sache gefördert wird. (..) Also wenn man mit der FPÖ kooperiert, dann werden die anderen Parteien sagen: 'Tschüss ihr Kurden, ihr habt eure Sympathie bei uns verloren, weil ihr kooperiert's mit der FPÖ.'“ (S.A. Transkript: 14)

6.1.5 Fazit

Wenngleich Senol Akkilics Sprachverwendung ein hohes Maß an Sensibilität aufweist und in seiner politischen Arbeit sehr kritisch-differenzierte Sichtweisen hinsichtlich der Homogenisierung von Migrantinnen, sowie der Instrumentalisierung ethnischer Konflikte zum Tragen kommen, ist in seinem Wahlkampf die Betonung seines persönlichen Zugehörigkeitsempfindens zu einer kurdischen Eigengruppe, neben der Adressierung insbesondere kurdischer, alevitischer und türkischsprachiger Wählergruppen ablesbar, bei gleichzeitiger Selbstverortung unabhängig von ethnischer Zugehörigkeit oder nationaler Herkunft. Die Forcierung der individuell empfundenen Zugehörigkeit zum Kurdentum (als Minderheitengruppe in der Türkei) in deren Epizentrum die emotionale Bindung an eine Sprache steht, macht vielmehr eine national gedeutete Grenzlinie gegenüber „dem Türkentum“ sichtbar, die unterminiert wird. Im Sinne seines transethnischen

Anspruchs abstrahiert mein Gesprächspartner seine persönliche Zugehörigkeit auf die Betonung des eigenen Minderheitenstatus im Kontext der Grünen MigrantInnen:

„Ich hab das selber nicht forciert. Ein Wahlkampf in dem man den ethnischen Background in den Vordergrund stellt, bringt nichts. Ich trete für bestimmte Inhalte ein und diese Inhalte können von den Wählern und Wählerinnen verstanden werden oder auch nicht. Also es war unmissverständlich für mich klar, dass ich gegen die Diskriminierung von Minderheiten, innerhalb von Diskriminierten mich einsetze. Wenn man mich konkret gefragt hat, dann hab ich gesagt, 'Entschuldigung, wenn jetzt ein Kosovoalbaner hier von Serben schlecht gemacht wird, dann sind wir auch dagegen. Wenn ein Paschtune hier von einem ähm ähm ähm.. sind wir genauso dagegen. Wenn Russen gegen die Tschetschenen auftreten sind wir genauso dagegen.“ (S.A. Transkript: 7)

Dass nichts desto trotz im individuellen Wahlkampf eine Betonung der Zugehörigkeit zur kurdischen Eigengruppe feststellbar ist, lässt sich anhand Wimmers theoretischer Annahme, dass eine Ebene vielfältig möglicher ethnischer Differenzierungen seitens eines Akteurs in Abhängigkeit von Kontext und den zu realisierenden Interessen gewählt wird, erklären: Entsprechend dem zu realisierenden Interesse des Gesprächspartners, nämlich dem Eintritt in den Wiener Gemeinderat, eingebunden in den institutionellen Kontext der Grünen (und Grünen MigrantInnen) und im Zusammenhang politischer Netzwerke, wird die Betonung jener ethnischen Differenzierungsebene (Minderheitenstatus) im Wahlkampf als tauglich zur Realisierung dieses Interesses naheliegend. Im Gegensatz etwa zu einer möglichen Betonung der Zugehörigkeit zu einer nationalen Kategorie (Türkei). Durch die Mobilisierung (politischer Loyalität entlang) dieser ethnischen Grenzlinie, wird die Bestärkung der Relevanz kurdischer Gruppen im politischen Geschehen, konnotiert mit Einmaligkeit und Erstmaligkeit forciert. Die Bildung ethnischer Wählersegmente sieht Akkilic weniger als Beitrag zur, sondern vielmehr als unvermeidbare Reaktion auf die bereits erfolgte Ethnisierung politischer und gesellschaftlicher Strukturen. Als Notwendigkeit der formalen (sprachlichen) Verständigung, wie als Aufwertung von so definierten Gruppen interpretiert, ergibt sich die Ansprache ethnisch definierter Gruppen seiner Auffassung nach weiters aufgrund der Existenz von Vereinen und Gruppierungen die einerseits nach Prinzipien der Herkunft organisiert sind, aber andererseits auch nach politischen Ausrichtungen zu differenzieren sind. Ausschlaggebend ist seiner Ansicht nach die Verknüpfung der Adressierung ethnischer Wählersegmente mit den jeweiligen Inhalten, die transportiert werden.

6.2 Ethnisierung im Einzelfall Yatkin

6.2.1 Situatives Selbstverständnis

Zerife Yatkin erzählt ihre persönliche Biographie entlang ihres politischen Engagements, angefangen bei einer frühen politischen Sozialisierung. Sie ist geboren in der türkischen Stadt Antakya, nahe der syrischen Grenze, und ist durch Zwangsheirat 1990 nach Wien gekommen. Eine ethnische Zugehörigkeit ist für sie „kaum mehr wichtig“, aber „natürlich, die Sprachen prägen halt.“ (Z.Y. Transkript: 8) Im Epizentrum ihrer vielfältigen Selbstverortung stehen die Sprachen, die sie spricht. Die Selbstbezeichnung als „in der Türkei geborene Araberin“ gründet auf die Erstsprache Arabisch.

6.2.2 Parteibindung und politische Ambition

Durch ihren damaligen Schwager kam meine Gesprächspartnerin 1994 zunächst in Kontakt mit der SPÖ, deren Versammlungen sie ein bis zwei Mal im Jahr besucht: „Als Parteimitglied war ich hin und wieder aktiv, aber irgendwie es hat mich nie wirklich angesprochen, obwohl ich aus einer sozialdemokratischen Familie komme.“ (Z.Y. Transkript: 1) Ihr politisches Engagement wird ab 1996/1997 in verschiedenen - mehrheitlich kurdischen oder alevitischen - Kulturvereinen realisiert, mit denen sie Kontakt aufnimmt und auf Einladung eines persönlichen Freundes 2000 „durch einen Zufall“ (Z.Y. Transkript: 2) bei den Grünen landet:

*„Da war eine Sitzung, so von Menschen aus Anatolien und eine türkische Gruppe hat sich gerade entwickelt. Also von mehreren MigrantInnen war die Idee eine türkische Gruppe – also aus der Türkei besser gesagt, da waren die meisten eh Kurdinnen und so – naja, da hab ich mich gemeldet und ich hab einfach mitgemacht, ohne zu wissen, dass ich jetzt in der Partei irgendwelche Aktivitäten übernehme.“
(Z.Y. Transkript: 2)*

Das Verständnis von Politik bzw. die starke Identifikation mit der politischen Arbeit und der Eintritt in die Partei durch einen persönlichen Freund, machen es schwierig eine konkrete Ambition der Kandidatin in die Partei-Politik zu wechseln, auszumachen: „Es ist für mich nicht Politik, sondern das Leben. (..) Es ist eigentlich Arbeit, aber ich sehe das oft nicht als Arbeit, sondern ich bin da, ich mach mit.“ (Z.Y. Transkript: 12) Ihre starke Bindung an die Grünen beruht auf der Wertschätzung der Basisdemokratie und der Freiheit des Einzelnen, die in den Strukturen der Partei realisiert werden können:

„Natürlich bin ich ein Mensch. Ich bin eine Person. Aber ich bin Grün. Und ich habe für die Grünen kandidiert, mit den Grünen Idealen. Mit meinen Themen, aber mit den Grünen Idealen auch. Egal wo ich

aufgetreten bin, war es für mich halt, mit den Grünen Themen. Und natürlich ich war für die Grünen dort. Und die Grünen haben mich natürlich finanziert, weil ich hab für die Grünen wahlgekämpft.“ (Z.Y. Transkript: 10)

Ihr gesellschaftspolitisches Engagement ist motiviert durch die Wahrnehmung der Ungerechtigkeit „wie die MigrantInnen hier leben“, der sie nicht tatenlos zusehen, sondern konkret zu einer Veränderung beitragen wollte. (Z.Y. Transkript: 1)

Meine Gesprächspartnerin hat bereits bei den Bezirksvertretungswahlen 2001 und 2005 kandidiert, sowie an der Nationalratswahl 2006 auf einem „Solidaritätsplatz“ teilgenommen. Yarkin ist seit 2001 als Bezirksrätin in Hernals im Finanzausschuss und der Sozialkommission, sowie im Vorstand der Grünen Frauen wie der Grünen MigrantInnen tätig. Nach 10jähriger Arbeit innerhalb der engen Bezirksgrenzen wollte Yarkin „die nächste Etappe“ versuchen und im Gemeinderat, ausgestattet mit mehr Macht und Ressourcen, Politik auf Landesebene betreiben.

6.2.3 Wahlkampf

Im Wienwahlkampf war sie als Vorstandsmitglied stark in die Teilorganisation der Grünen MigrantInnen eingebunden, kandidierte auf dem Stadtwahlvorschlag auf Platz 18 und bezeichnet ihren Wahlkampf als Themenwahlkampf. „Aber egal wo du hingehst, bist du auch als Person da, und die Menschen nehmen dich natürlich auch als Person wahr.“ (Z.Y. Transkript: 9)

Wählersegmente: MigrantInnen

Entsprechend dem Repräsentationsanspruch ist auch der Zielgruppenfokus Yarkins im Wahlkampf auf MigrantInnen gerichtet. Den Schwerpunkt des Wahlkampfes bildet die Ansprache verschiedenst strukturierter ethnischer Gruppen (Indische, Afghanische, Asiatische, Lateinamerikanische) durch gemeinsame Auftritte mit den Grünen MigrantInnen bei diversen Veranstaltungen und in Vereinen. „Wir haben eigentlich als Grüne MigrantInnen agiert, und wir haben eigentlich mehr diese Interkulturalität beibehalten.“ (Z.Y. Transkript: 12) Im Direktkontakt ergab sich sprachbedingt ein leichter Fokus auf türkischsprachige Menschen, sowie ein unerwarteter, nicht strategischer Fokus auf Jugendliche durch die Aktion 'meet a politician' für die Yarkin an Schulen eingesetzt wurde: „Migrantinnen war klare Sache, aber mit den Jugendlichen hat sich so ergeben.“ (Z.Y. Transkript: 12)

Mehrsprachigkeit spielt im politischen Konzept der Grünen eine wichtige Rolle und drückt sich im Gespräch mit Yarkin auf der persönlichen Ebene und im individuellen wie im Wahlkampf der

Grünen MigrantInnen aus. Innerhalb der Teilorganisation wird prinzipiell Deutsch als Umgangssprache verwendet. Persönlich empfindet sie es besonders bei älteren oder gleichaltrigen Menschen als „unnatürlich, mit jemandem der Türkisch spricht Deutsch zu reden.“ (Z.Y. Transkript: 6) Im Wahlkampf setzte Yarkin bei Menschen unterschiedlichster Herkunft verschiedene Sprachen ein:

„Wenn ich bei den Menschen aus der Türkei bin, hab ich eher nur Türkisch, manchmal mit den Jugendlichen Deutsch gesprochen. Wenn ich arabische, also mit den Arabern, rede ich – klar – arabisch. Englisch wars oft bei Indern, also bei Menschen aus Asien; und bei Menschen aus Afrika hab ich immer wieder Englisch eingesetzt.“ (Z.Y. Transkript: 6)

Die Verwendung mehrerer Sprachen kam im Wahlkampf aus zwei Gründen stärker zur Geltung: Einerseits erzeugt die Muttersprache im Direktkontakt Nähe und Menschen werden „gesprächiger und trauen sich mehr über die Probleme zu erzählen, als in Deutsch.“ (Z.Y. Transkript: 8) Andererseits wird in ethnisch oder national strukturierten Vereinen erwartet, dass man die Muttersprache verwendet, sofern man sie kann:

„Wenn du die Vereine besuchst erwartet man das von dir, dass wenn du von dem Land kommst, dass du in ihrer Muttersprache sprichst, denn du kannst ja die Sprache. Es wird auch ein bissl unhöflich betrachtet, auch wenn sie Deutsch können, wenn du zu ihnen gehst und Deutsch redest. Also so, für mich jetzt, weil ich aus der Türkei komme. Ansonsten es ist auch für mich besser. Ich fühl mich irgendwie – also wenn ich jetzt in der Muttersprache mit ihnen rede, dann ist es auch eine ganz andere Nähe, - unvermeidbar.“ (Z.Y. Transkript: 6)

Themen

Der inhaltliche Fokus Yarkins zielt auf die Verbesserung der Situation von zugewanderten Menschen generell. Yarkin versucht sich von der Annahme, MigrantInnen nur mit Integrationsthemen ansprechen zu können zu distanzieren und ihre Themen auf soziale Bereiche, die sie für ihre Zielgruppe bearbeitet, auszudehnen:

„Weil die MigrantInnen sind vielschichtige Menschen und nicht nur MigrantInnen, sondern mit anderen Problemen mit anderen Bedürfnissen. Also wenn man Integrationsthemen ansprechen möchte, man muss in der Bildung anfangen, und dann Soziales und Frauenthemen.“ (Z.Y. Transkript: 13)

Themen, die sie im Wahlkampf besetzte waren Bildung, Frauen, Integration und Menschenrechte, wobei in jedem Feld der Fokus auf Menschen mit Migrationshintergrund gerichtet blieb, was etwa durch die doppelte Diskriminierung migrantischer Frauen am Arbeitsmarkt begründet wird. Die Forderung nach mehr Deutschkursen, Förderung der Um- und Weiterbildung, sowie Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen bilden konkrete sachpolitische Inhalte.

6.2.4 Vernetzung und Unterstützung

Vereine

Die Vereine, welche von den Grünen MigrantInnen im Wahlkampf besucht wurden, reichen von kurdischen und türkischen in Favoriten, der Alevitischen Föderation, einer Moschee in Simmering bis hin zum Kroatischen Dachverband, der PolitikerInnen mehrerer Parteien einlud. Ein größeres Anliegen im Wahlkampf war für Yatkin jedoch weniger der Besuch von Vereinen, als der von Geschäften, etwa auf der Simmeringer Hauptstraße, wo die GM im mehrsprachigen Team (gemeinsam mit Hans Arsenovic) UnternehmerInnen auch in der jeweiligen Sprache angesprochen haben.

„Wir haben mehr diesmal auf Geschäfte anstatt Vereine Rücksicht genommen, weil in den Vereinen ist eine gewisse Machtstruktur auch. Bei den EPU's [Ein-Personen-Unternehmen, Anm. G.G.] da ist eine kleine Freiheit.“ (Z.Y. Transkript: 8)

Ihre persönliche Aktivität in Vereinen relativiert sie, indem sie meint, „wenn du in einer Position bist, in einer Partei, kannst du nicht, - also du gehörst dann nicht nur einem Verein.“ (Z.Y. Transkript: 4f) Nichts desto trotz ist sie in die Alevitische Föderation integriert, sowie im Verein Alternative Solidarität (ADA) aktiv, für den sie als Kandidatin bei der Wiener Integrationskonferenz angetreten ist. ADA charakterisiert sie (implizit als türkischen), „absolut linke[n] Verein“ (Z.Y. Transkript: 5) der sich insbesondere den Problemen von türkischen Jugendlichen hier widmet, dessen Mitgliederstruktur nach politischer Ausrichtung orientiert ist und verschiedene religiöse oder ethnische Aspekte umfasst.

„Aber sonst, wie gesagt, muss ich zu allen Vereinen mit gleichem Abstand und gleichem Nahestand bleiben. Aber da ich auch links bin .. klar.“ (Z.Y. Transkript: 5)

Anhand der Mitgliedschaft in der Alevitischen Föderation zeigt sich eine zunächst religiös definierte Grenzlinie zur muslimischen Gesellschaft, da der Verein das Alevitentum als Philosophie, nicht als Religion erachtet:

„Es gibt einen Verein und die Föderation. Der Verein lebt das als Religion und sie sind Teil von der Muslimischen Gesellschaft, und die Föderation sagt, nein, wir sind eine Philosophie!“ (Z.Y. Transkript: 5)

Die Grenzlinie gegenüber der Religion wird sichtbar in Verknüpfung mit politisch-ideologischer Abgrenzung:

„Die Föderation ist aus ganz Österreich. Wir haben auch Linke und weniger Linke, also Rechte würd ich jetzt nicht sagen, das wäre unfair. Und die Linken sind in der Föderation geblieben und die weniger Linken haben sich zur Religion bekannt und sind eben wie gesagt ein Teil des Islams geblieben.“ (Z.Y.

Yatkin teilt die Annahme, dass Aspekte ethnischer Zugehörigkeit „in mehreren Fällen“ zum Wahlmotiv werden können, schränkt sie aber dahingehend ein, dass unter Umständen, Faktoren wie im selben Land, der selben Region oder Stadt geboren zu sein, die selbe Sprache zu sprechen, etc. durch mangelnde Glaubwürdigkeit untergraben werden können, wie im Falle des türkischen Vereins der eine Wahlempfehlung für Yatkin an seine Mitgliedschaft richtete, während beim letzten Wahlgang noch eine andere Kandidatin, der selben regionalen Herkunft unterstützt wurde:

„Nur sie waren dann enttäuscht aus irgendeinem Grund und dann haben sie mich eingeladen, obwohl ich mit dieser Stadt – also es gibt auch so: „aus welcher Stadt kommst du?“ neben dem das du Türkisch sprichst – und die haben mir danach gesagt, die meisten haben mich gewählt, obwohl ich mit dieser Stadt oder dieser Kultur – unter Anführungszeichen - nichts zu tun hab. Aber wir sprechen die gleiche Sprache - ich kenne ihre Probleme, sie haben mich sagen wir so, ehrlicher gefunden.“ (Z.Y. Transkript: 6)

Im Kontext des türkischen Vereins werden verschiedene Ebenen ethnischer Differenzierung (Nation, regionale Herkunft) die im Wahlkampf Bedeutung erlangen (können) sichtbar, die nicht unbedingt in Deckung mit der individuell empfundenen Zugehörigkeit der Kandidatin geraten müssen, aber dennoch im Zusammenhang mit dem Verein Relevanz erlangen. Yatkin bezeichnet sich selbst als „in der Türkei geborene Araberin“, die sich aufgrund der Konfrontation mit verschiedenen ausgrenzenden Kategorisierungen in unterschiedlichen geographischen Räumen, letztlich „nicht zu einer Kultur definieren“ kann und sich mehreren Communities in unterschiedlichen Graden zugehörig fühlt:

„Es ist interessant, wenn ich bei den Alevitinnen bin, bin ich eine von ihnen. Wenn ich bei den Kurdinnen bin, obwohl ich keine Kurdin bin (..), mehr als dass ich für ihre Rechte kämpfe hab ich mit den Kurden kaum Berührung – aber dort fühl ich mich auch total.. also sie nehmen mich auf. Auch bei den Türkinnen, wenn ich da bin.“ (Z.Y. Transkript: 8)

Der bindende Faktor ist aus Sicht Yatkins im Wahlkampf die Sprache und Glaubwürdigkeit. Aus Perspektive des Vereins kann man von einer Betonung weiter gefasster Differenzierungsebenen ethnischer Zugehörigkeit (regionale Herkunft/Kultur, nationale Zugehörigkeit) sprechen bzw. einer Zurechnung Yatkins aufgrund der nationalen Herkunft und Sprache zu einer türkischen Kategorie.

Medien

Medial war Yatkin gemeinsam mit den Grünen MigrantInnen präsent, für die Inserate geschaltet wurden, die sie gemeinsam mit Senol Akkilic und Maria Vassilakou abbildeten. Seitens der

18

Parteioorganisation lud man auch verschiedenste migrantische Zielgruppenmedien zu einem Presse-Abend ein. Für Yatkin persönlich eine Enttäuschung, weil „es ging nur ums Geld“: Wenn man kein Inserat schaltet ist es schwierig in einem Medium Erwähnung zu finden. Sie schätzt die Zusammenarbeit mit den Medien im Wahlkampf für ihre Partei als wenig erfolgreich ein. Inseriert wurde seitens der Grünen MigrantInnen in einer kurdischen Zeitung, wodurch Senol Akilic ein Interview in dieser Zeitung bekam: „Wobei bei Senol wars eigentlich, weil der eben (..) auf Platz 12 war – hat er in einer kurdischen Zeitung Interview bekommen. Also wir haben in einer kurdischen Zeitung Inserate geschaltet und dadurch hat er dann auch ein Interview bekommen.“ (Z.Y. Transkript: 11)

6.2.5 Fazit

Der transethnische Anspruch, den Yatkin individuell wie mit den Grünen MigrantInnen erhebt (Betonung von Interkulturalität), zieht sich von ihrer persönlichen Selbstwahrnehmung (die auf keiner Zurechnung zu einer einzigen ethnischen Bezugsgruppe beruht) durch Zielgruppe, Inhalte und Repräsentationsanspruch. Eine ausgeprägte Ebene ethnischer Zugehörigkeit ist im Interviewtext anhand der Sprachanalyse nicht ablesbar, vielmehr richtet sich die Identifikation meiner Gesprächspartnerin auf ihre Partei und die politische Arbeit, die nicht als solche sondern als Teil ihres Lebens aufgefasst wird: „Also ich für die Partei, die Partei für uns. Es ist so. Wir sind ein Teil voneinander.“ (Z.Y. Transkript: 10) Die Verwendung des Personalpronomens „wir“ bezieht sich durchgängig auf die Bezugsgruppe der Grünen MigrantInnen und ihre Selbstverortung richtet sich in unterschiedlichen Kontexten auf verschiedene Bezugspunkte, wie etwa ihre politische Ideologie, das als Philosophie verstandene Alevitentum, ihr Minderheitenstatus als Araberin türkischer Herkunft, sowie ferner auf ihr Geschlecht. Hinsichtlich der kategorialen ethnischen Bezugspunkte werden die binären Codes religiös/säkular sowie links/rechts zur persönlichen Abgrenzung verwendet, bzw. die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit betont, wodurch die nationale Kategorie (Türkei) ausdifferenziert wird. Der Respekt vor kultureller Differenz führt zu einem stark differenzierten Umgang mit unterschiedlichen kulturell, national, ethnisch, sprachlich wie kontinental definierten Gruppen, wodurch ethnische Grenzlinien in einem inkludierenden Anspruch stärker konturiert werden.

MigrantInnen als Wählergruppe werden nicht weiter systematisch nach ethnischen Kriterien differenziert, sondern nach der politischen Orientierung von Vereinen, in denen diese verankert sind, wie Yatkin im Gegensatz zu den anderen Parteien deren Strategie sich ihrer Ansicht nach auf

national oder ethnisch definierte Gruppen richtet, festhält: „Bei den Grünen waren eher so diese linke MigrantInnen Gruppe.“ (Z.Y. Transkript: 15) Die politisch-ideologischen Grenzen der Grünen, ausgedrückt in der Kooperation ausschließlich mit linken migrantischen Gruppierungen, werden im Wahlkampf erweitert, indem das Werben in religiösen Einrichtungen zwar kritisiert wird, da „Politik in der Religion (..) nichts zu suchen [hat] (..) aber wenn ich die Menschen nur dort erreichen kann, natürlich dann gehe ich dorthin auch!“ (Z.Y. Transkript: 15)

Der Versuch durch die Betonung von *cross-cutting social cleavages* etablierte nationale Grenzlinien zu überwinden, wird insbesondere hinsichtlich besetzter Themenfelder (zb. Frauen, Bildung) sowie in der Adressierung der Zielgruppe 'Jugend' deutlich und entspricht ihrem Traum von einem Wien „wo ein Migrant einfach nur für Bildung zuständig ist oder für Agrarwirtschaft.“ (Z.Y. Transkript: 17) Dem eigenen Anspruch der Überwindung einer homogenisierenden Wahrnehmung von MigrantInnen steht einerseits die tendenziell bemerkbare pauschalisierende Zurechnung von zugewanderten Menschen zu Angehörigen einer politisch linken Minderheit entgegen. Andererseits ist diese jedoch mit Yatkins Feststellung zu kontrastieren, dass das einende oder geteilte kategoriale Merkmal der Gruppe jenes sei, dass MigrantInnen in ihrer Mehrheit noch nicht der Mittelschicht angehören. Hinter der pauschalen Adressierung von MigrantInnen steht also ferner eine Differenzierung nach der Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht (Status), nicht nach herkunftsspezifischen Merkmalen. Entsprechend ihrer politischen Ambition der Anwaltschaft für die so beschriebene Gruppe liegt der insgesamt im Vordergrund stehende Fokus der Betonung von Zugehörigkeit auf ihrem eigenen Status als Migrantin.

6.3 Relevanz ethnischer Kategorien bei den Grünen

Bei den Grünen hat die Interessensvertretung von (insbesondere) ethnischen Minderheitengruppen einen hohen Stellenwert, der vor allem durch die Suborganisation der Grünen Migranten explizit gefördert wird. Im Wahlkampf wurde dieses Anliegen unterstrichen durch die Präsenz der Spitzenkandidatin Maria Vassilakou (ehemalig führendes Gründungsmitglied der GM) und der Nationalratsabgeordneten Alev Korun bei gemeinsamen Veranstaltungen der Grünen MigrantInnen als prominente „Ehrengäste“. Während, wie eingangs seitens Alexander Ostleitner festgehalten, die strategische Ansprache einzelner Gruppen nach ihrer Herkunft durch die Landesparteiorganisation in Widerspruch zur politischen Ideologie steht, befördert die Lobbyarbeit der Grünen MigrantInnen die politische Relevanz ethnischer Minderheiten, sowie die Mobilisierung ethnischer Zugehörigkeit im Wahlkampf - in Abhängigkeit von persönlichen Interessen auf der Individualebene einzelner

Kandidierender.

Die Ambition der Grünen MigrantInnen, „die Partei an die MigrantInnen zu öffnen über [die] Teilorganisation“ (S.A. Transkript: 3) macht die kritisierte nationalstaatliche Grenzziehung zwischen „AusländerInnen“ und InländerInnen sichtbar und drückt die anvisierte Überwindung gesellschaftlicher Exklusion entlang der Staatsbürgerschaft aus. In dem globalen, transethnischen Anspruch werden – im Gegensatz zu allen anderen Parteien v.a. auch kontinental definierte Zugehörigkeiten (Afrika, Indien, Lateinamerika) eingebunden. Der Versuch der Überwindung exkludierender nationaler Kategorien geht zumindest in den analysierten Einzelfällen einher mit der stärkeren Betonung innerstaatlicher ethnischer Differenzierungsebenen, wobei politisch-ideologisch motivierte Abgrenzungen gegenüber nationalistischen, ethnisierenden Tendenzen (Akkilic), sowie gegenüber religiösen Interessensvertretungen (Yatkin) deutlich werden, die im Wahlkampf mitunter an Relevanz verlieren.

Konkret ist seitens der Grünen etwa die Unterstützung der Kandidatur Senol Akkilics festzuhalten, wenngleich Einzelpersonen grundsätzlich seitens der Partei nicht im Besonderen unterstützt werden. Akkilic, der auf Platz 12 eine reale Chance auf den Einzug in den Gemeinderat hatte, wurde einerseits zu medialer Aufmerksamkeit verholfen, andererseits wurden Wahlinformationen in der Sprache seiner Eigengruppe herausgegeben.

7. Die Wahlkampfstrategie der ÖVP

Während die ÖVP auf Bundesebene neben der SPÖ eine der beiden traditionellen Großparteien stellt, ist ihre politische Schlagkraft auf Ebene des seit jeher sozialdemokratisch dominierten „Roten Wiens“ verschwindend gering. Die Wahlergebnisse der Wiener Landtags- und Gemeinderatswahlen 2010, bei denen die ÖVP mit 14 % der Stimmen wieder zur drittstärksten Partei nach der FPÖ wurde, unterstreichen dies. Hinsichtlich ihrer organisatorischen Struktur ist die Partei durch die Besonderheit des starken Einflusses der weitgehend autonomen, traditionellen Bünde – Wirtschaftsbund, Arbeiter- und Angestelltenbund und Bauernbund – charakterisiert, die parteiinterne Interessenskonflikte befördert. Die indirekte Parteistruktur, die Mitgliedschaft über die berufsständischen Bünde organisiert, gilt als organisatorischer Nachteil gegenüber der Mitgliederpartei SPÖ. Weiteres Merkmal der Partei ist im Gegensatz zur SPÖ ein hohes Maß an Autonomie der Landesparteiorganisationen gegenüber der Bundespartei. (Vgl. Mair/Müller/Plasser 1999: 217; 222; Vgl. Drechsler 2003: 923)

Adressierung von MigrantInnen im Wahlkampf

VP-Kampagnenleiter Philipp Maderthaner nennt als wichtigste Wählersegmente für die Gemeinderatswahlen 2010 Familien, Leistungsträger und Eigentümer. Unterschiedlich ausgestaltete Kampagnen und Werbeformate richten sich v.a. nach Alterssegmenten, darüber hinaus gibt es eigene strategische Maßnahmen für die Zielgruppe der MigrantInnen:

„Migranten werden auch gezielt angesprochen, also da gibt es eigene Zielgruppenmaßnahmen vor allem über die Zielgruppenmedien der Migrantinnen und Migranten und auch in Berücksichtigung des Wahlkampfkalenders.“ (P.M. Transkript: 1)

Relevanz ethnischer Gruppen als Wählersegmente

Die ethnische Ausdifferenzierung des migrantischen Wählerpotentials findet in der ÖVP nach nationalen und grundsätzlich auch nach religiösen Kriterien statt. Einzelne v.a. zahlenstarke und christlich-orientierte Communities werden von der ÖVP durch Kandidierende derselben Herkunft bzw. religiösen Zugehörigkeit angesprochen.¹⁹

„Es gibt unterschiedliche Angebote. Wir haben das letzte Mal auch auf der Liste gehabt, eine Frau mit türkischem Migrationshintergrund und wir werden in diese Richtung wieder Angebote haben. Wir werden aber auch Angebote haben, was kroatischen Migrationshintergrund betrifft; Angebot auch für die Polen.“

¹⁹ Anm. Nachdem die Listenerstellung neben dem Einfluss der Bünde, insbesondere durch den Willen der Obfrau / des Obmanns gestaltet wird und 2010 die genannten Einflussfaktoren hinsichtlich der Adressierung ethnisch definierter Wählersegmente konfliktreich zum Tragen kamen, werden die Aussagen meiner Gesprächspartner bereits für die differenzierte Darstellung der Parteistrategie herangezogen. (Quelle: InterviewpartnerInnen)

Also das ist unterschiedlich. Natürlich sind diejenigen die der ÖVP vom Glaubenszugang her, vom christlichen Wertefundament näher stehen, leichter für die ÖVP anzusprechen. Aber grundsätzlich berücksichtigt die ÖVP in der Zielgruppenansprache alle die Spektren, derjenigen Gruppen in Wien, die auf Grund der Anzahl auch eine bestimmte Rolle spielen.“ (P.M. Transkript: 2)

Die ÖVP war bei der Wahl 2010 in dieser Hinsicht „breit aufgestellt“ kommentiert mein in der Türkei geborener Gesprächspartner Mustafa Iscel (Vgl. Einzelfälle) den Stadtwahlvorschlag seiner Partei. Wenngleich die Anzahl migrantischer KandidatInnen (19) im Vergleich mit Grünen (31) und SPÖ (44) ein quantitativ geringeres Aufgebot darstellt, legt man Wert auf ein ‚breites standing‘, d.h. für jedes ethnische Segment ein „Angebot“ bereitzustellen. Bemühungen gäbe es „vor allem um die ex-jugoslawische Community mit Dinko Jukic (..), die türkische Community und arabische Community natürlich. Da gibt es Identifikationsangebot. Da waren wir auch viel in den Vereinen. Da sind wir gut vernetzt.“ (M.I. Transkript: 4)

Medial wurde dementsprechend seitens der Parteiführung insbesondere der prominente Quereinsteiger und kroatischstämmige Schwimmstar Dinko Jukic gezielt als „starkes Zeichen in Sachen Integration und Leistungsdenken“ präsentiert, als ein „junger Mann mit Migrationshintergrund [der] natürlich auch breit die ex-jugoslawische Community ansprechen [wird]“.²⁰ Neben seiner sportlichen Prominenz wurde deutlich auf seine „vorzeigbare Migrationsgeschichte“ abgehoben: „In Kroatien geboren, als Kind nach Wien gekommen, im Gymnasium aufgrund seiner Leistungen eine Klasse übersprungen, weiß Jukic wo die Probleme im Bereich Integration liegen“.²¹ Die Wiener VP setzte große Hoffnungen in den Sportstar, der als Erstplatzierter in Meidling ein Grundmandat für die Partei im 12. Bezirk erlangen sollte, das 2005 nur knapp verfehlt wurde. Hinter den Erwartungen blieben Jukics Vorzugsstimmenwerte (146 am Kreiswahlvorschlag Meidling) allerdings deutlich zurück und auch die mediale Resonanz, die man von Jukics Kandidatur erwartete, hatte nicht nur positive Effekte für das Image der VP.

Die türkisch-stämmige VP-Integrationssprecherin Sirvan Ekici (Vgl. Einzelfälle), die 2005 seitens Johannes Hahn als Gemeinderatskandidatin mit dem Versprechen auf ein Mandat präsentiert wurde und die erste Kandidierende mit Migrationshintergrund in der Wiener Stadtpartei war²², gilt 2010 in

²⁰ Vgl. Christine Marek bei der Präsentation Dinko Jukic's am Badeschiff; abrufbar unter: http://www.youtube.com/watch?v=FaB-_7rH5OA (Zugriff: 14.10.2011)

²¹ Vgl. Walter Norbert bei der Präsentation Dinko Jukic's am Badeschiff; abrufbar unter: http://www.youtube.com/watch?v=FaB-_7rH5OA (Zugriff: 14.10.2011)

²² Vgl. Roman David-Freihsl in Der Standard, Printausgabe, 13.07.2005; abrufbar unter: <http://derstandard.at/2110295?seite=1> (Zugriff: 11.09.2011); vgl. auch: <http://www.wienweb.at/content.aspx?menu=1&cid=88785> (Zugriff: 7.12.2011)

der Medienberichterstattung als „verdrängt“ und „ersetzt“ durch den Neueinsteiger. Für sie waren die Bemühungen ihrer Partei um die ex-jugoslawische Community durch die Kandidatur Dinko Jukics „ein Reinfall“ (S.E. Transkript: 7) gemessen am Ergebnis, sowie der Umgang mit dem muslimischen Wählerpotential insgesamt „kurios“ (S.E. Transkript: 2). Hinter der Kandidatur Jukics steht laut Ekici die Annahme der Parteiführung, dass die ÖVP bei einer muslimisch-türkischen Wählerschaft keinen Anklang fände und statt dessen auf die ex-jugoslawische Community setzte. Ekici interpretiert ihre eigene „Abwahl“ als Signal an die freiheitliche Wählerschaft: „Also ich glaube, sie [Christine Marek, Anm. G.G.] wollte viel mehr die FPÖ Wähler für sich gewinnen, indem sie sagt: Schaut ich hab sie raus geboxt.“ (S.E. Transkript: 2) Dass Ekici bewusst zu Gunsten Jukics aus dem Team „raus geboxt“ wurde, folgert sie aus einer Rede Mareks direkt nach der Listenerstellung, „in der sie gesagt hat: 'es wird sich nicht ausgehen', weil sie jemanden mit einem anderen Migrationshintergrund bzw. einen christlichen Kandidaten hat, weil die Muslime die ÖVP nicht wählen.“ (S.E. Transkript: 1f) Mustafa Iscel hingegen hält die Annahme von einem Ersatz Ekicis durch Dinko Jukic, um der Ansprache eines christlichen Wählersegment gegenüber der türkischen Community den Vorzug zu geben, für übertrieben. Er meint, dass Ekici den Konflikt instrumentalisiert hätte:

„Statt die Türkische kann man nicht bezeichnen. Es hat diese Diskussion leider Gottes gegeben. Die Kollegin, Sirvan Ekici, sie hat das auch ein bisschen meiner Meinung nach, nach außen instrumentalisiert. (..) Viele aus der Community haben bis zur letzten Minute nicht gewusst [ob sie kandidiert, G.G.], weil sie intern so gesprochen hat und extern anders gesprochen.“ (M.I. Transkript: 9)

Die Ansprache einer muslimischen Wählerschaft war durchaus seitens der Parteiführung intendiert und fand auch statt, nur nicht durch Sirvan Ekici, die als säkulare Muslima und in ihrer Wählerschaft als liberal und weltlich eingestellt gilt: „Leute in der Community sagen oft, ich hätte einen linken Touch. Weil ich sehr liberal bin, und weltoffen usw. Aber das liegt auch am Zugang wie man links definiert.“ (S.E. Transkript: 4) Marek trat gemeinsam mit Iscel, seinen Angaben zufolge, häufig in muslimischen Vereinen auf und präsentierte medial die junge Quereinsteigerin Sara Rahman, die auf unwählbarem, dennoch ungewöhnlichem 29. Platz des Stadtwahlvorschlags „Moslems für die ÖVP gewinnen“²³ wollte. Von Ekici als „Tribut an die Muslimische Jugend“ (S.E. Transkript: 2) gewertet, wurde Rahmans Kandidatur v.a. hinsichtlich ihres Bekenntnis zum Islam thematisiert und das von ihr getragene Kopftuch als zu akzeptierender Normalzustand seitens der Spitzenkandidatin dargestellt: „Ein Kopftuch ist in der ÖVP nichts, wofür man schief angeschaut wird. Es ist gar kein Thema ob jemand ein Kopftuch trägt oder nicht. Es ist als Normalzustand zu

²³ Zitat Rahman in: Das Biber: Teoman Tiftik und Lucia Bartl:
<http://www.dasbiber.at/content/ein-kopftuch-f%C3%BCr-frau-marek> (Zugriff: 10.09.2011)

akzeptieren und das haben wir getan.“²⁴

KandidatInnen mit Migrationshintergrund auf dem Stadtwahlvorschlag

Neben Jukic und Rahman wurden im Wahlkampf 2010 seitens Christine Marek einige politische QuereinsteigerInnen mit Migrationshintergrund als solche präsentiert, während bei den Wiener Gemeinderatswahlen 2001 weder auf Bezirks- noch auf Landesebene KandidatInnen mit Migrationshintergrund platziert waren. (Vgl. Grasl 2002: 91) Laut korrigierten Angaben²⁵ von Gerhard Hammerer waren bei der VP-Wien, die von ihren 18 Mandaten fünf verlor, 19 Kandidierende mit Migrationshintergrund auf dem Stadtwahlvorschlag vertreten. Sirvan Ekici, stellt die erste Kandidatin mit Migrationshintergrund auf Platz 15, direkt vor Dinko Jukic auf Platz 16. Nach Vorzugsstimmen die erfolgreichsten waren:

Tab. 4: KandidatInnen mit Migrationshintergrund der ÖVP nach Vorzugsstimmenergebnissen (Stadtwahlvorschlag 2010)

	Vorzugsstimmen	Listenplatz	Geburtsort
Marek, Christine	3533	1	Deutschland (Ausschluss)
Tadros, Ragaie	299	34	Ägypten
Jukic, Dinko	294	16	Kroatien (Ausschluss)
Iscel, Mustafa, Ing.	160	26	Türkei
Ekici, Sirvan, Mag.	136	15	Türkei

Quelle: Eigendarstellung (basierend auf den Angaben Gerhard Hammerers, Rathausklub der ÖVP-Wien)

Ausgewählte InterviewpartnerInnen

Während der aus Ägypten stammende Fotojournalist und Quereinsteiger Tadros Raggaie, mit dem Christine Marek in der koptischen Religionsgemeinschaft bei einer Taufe auftrat²⁶ und der auf dem parteiinternen Vorzugsstimmen-Ranking aller KandidatInnen auf Platz vier landete, nicht für ein Interview zur Verfügung stand, sondern viel mehr dem politische Geschehen nach geschlagener Wahl den Rücken kehrte, wurden die bereits genannten, in der Türkei geborenen Kandidierenden Mustafa Iscel und Sirvan Ekici interviewt. Während Mustafa Isceles Aussagen insbesondere an der Bezirksebene orientiert sind, sowie an seiner Kandidatur für die vorgängigen Wirtschaftskammerwahlen 2010, betrifft Ekicis politisches Engagement und Interesse vielmehr ihre Kandidatur für den

²⁴ Zitat Marek in Das Biber: Teoman Tiftik und Lucia Bartl:
<http://www.dasbiber.at/content/ein-kopftuch-f%C3%BCr-frau-marek> (Zugriff: 10.09.2011)

²⁵ Anm. Dass Spitzenkandidatin Christine Marek in Deutschland geboren wurde, verschweigt die erstellte Liste Gerhard Hammerers.

²⁶ Vgl. „Die Landesparteiobfrau, Frau Christine Marek, vertraut einem Kopten, Herrn Tadros.“ In: Homepage der Koptisch Orthodoxen Kirche:
http://www.kopten.at/kopten/index.php?option=com_content&view=article&id=314:die-landesparteiobfrau-frau-christina-marek-vertraut-einem-kopten-herrn-tadros&catid=77:wien-wahl-2010&Itemid=56 (Zugriff: 05.04.2011)

Gemeinderat.

7.1 Ethnisierung im Einzelfall Ekici

7.1.1 Situatives Selbstverständnis

Sirvan Ekici wurde 1973 in der Türkei geboren und kam vor ihrem Schuleintritt nach Wien. Die Frage nach ihrer Selbstverortung beantwortet sie knapp: „Ich bin Wienerin und habe türkische Wurzeln.“ (S.E. Transkript: 4) Und setzt nach, dass die Thematisierung der Bedeutung ihrer Herkunft eine mühsame Angelegenheit sei, da sie oft mit Vorwürfen behaftet ist: „Integration heißt ja nicht, dass ich mir jetzt irgendwie die Haare blondiere, mir blaue Kontaktlinsen hinein tue. Ich heiße Sirvan, ich habe dunkle Augen, ich bin hier aufgewachsen und sozialisiert, meine Tochter ist hier sozialisiert, das ist unser Lebensmittelpunkt. Aber letztlich fühl' ich mich genauso wohl in der türkischen Community und in der türkischen Sprache.“ (S.E. Transkript: 4) Die Sprachanalyse der Verwendung von Personalpronomen unterstreicht diese Position. Ihre kategoriale Zurechnung bezieht sich zumeist auf die politische Elite, bzw. die Mehrheitsgesellschaft, wie es etwa in ihrer Aussage, dass es „halt auch unser Vergehen [ist], dass wir es in den letzten Jahren noch nicht geschafft haben, dass alle Leute einen Deutschkurs bekommen haben und wir nicht rechtzeitig begonnen haben, dass Deutsch-Kurse angeboten werden“ (S.E. Transkript: 9) prägnant zum Ausdruck kommt. In vielen Kontexten macht sich allerdings bemerkbar, dass sich der Begriff „MigrantInnen“ viel mehr auf die Eigengruppe türkischer Zuwanderer bezieht, als auf zugewanderte Menschen generell.

7.1.2 Parteibindung

Ekici fand in Eigeninitiative nach Beendigung ihres Studiums der Politikwissenschaft zur VP Wien. Auf der Suche nach einem Arbeitsplatz wandte sie sich an ihren ehemaligen Mathematikprofessor, VP-Gemeinderat Walter Strobl, der Kontakt zu Wolfgang Gerstl, ihrem ersten Arbeitgeber in der Partei, herstellte. Ab 1999 wurde sie durch ihn zunächst in Projektarbeit eingebunden, bevor sie zur Integrationsbeauftragten ernannt wurde. 2005 schaffte sie „auf jeden Fall durch die persönliche Unterstützung von Johannes Hahn“. (S.E. Transkript: 1) den Einzug in den Gemeinderat. Hahn, damaliger Obmann der VP Wien präsentierte Ekici im Wahlkampf 2005 als Gemeinderatskandidatin und garantierte ihr das „erste Mandat, das wir dazu gewinnen“²⁷: „Es gab nach der Wahl im Stadtrat

²⁷ Zitat Johannes Hahn Vgl. <http://www.wienweb.at/content.aspx?menu=1&cid=88785> (Zugriff 7.12.2011)

zwei Mandate – eines war für Hahn, und der wollte mich dann mitnehmen.“ (S.E. Transkript: 1)

Ekici betont die Unerlässlichkeit der persönlichen Unterstützung – gerade bei KandidatInnen mit Migrationshintergrund.

„Ohne die Unterstützung durch die Partei hat eine Kandidatin mit Migrationshintergrund weniger Gelegenheiten und Chancen, weil zum einen Politik sehr schwierig ist, Machtkämpfe sehr intensiv sind, und wenn man noch zusätzlich sozusagen, noch einen Migrationshintergrund hat, dann ist es natürlich noch steiler, der Karriereweg. Ich bin erstens mal rein gekommen, weil mein Obmann mich wollte und mich unterstützt hat, und bin wieder raus geflogen, weil die neue Obfrau, Frau Marek, mich nicht wollte.“ (S.E. Transkript: 1)

Dass sie auf dem Stadtwahlvorschlag der VP-Wien letztlich vor Dinko Jukic platziert war und gegenüber der letzten Wahl einen Platz nach vor gerückt ist (15) führt Ekici, auf die Reaktion einer in den letzten Jahren zunehmend sensibilisierten (medialen) Öffentlichkeit zurück, von der sie viel Unterstützung erfuhr. Im Gegensatz zu Jukic erhielt Ekici jedoch kein Kampfmandat:

„[Marek] hat geschaut, dass ich raus bin. Es war ganz klar ihre Entscheidung, also wenn sie es gewollt hätte, dann hätte sie mir locker auch ein Kampfmandat geben können. Also es war ausdrücklich ihr Wunsch. Bei ihrem ersten Interview nach der Vorstandssitzung, war das erste was sie gesagt hat, „Ekici ist nicht mehr dabei!“ (S.E. Transkript: 2)

Ausschlaggebend für das Zerwürfnis mit Christine Marek, das medial (nicht zuletzt durch das Zutun Ekicis) unter ethnischen Vorzeichen als Zurückweisung einer türkisch-muslimischen WählerInnenschaft interpretiert wurde, war nach Darstellung Ekicis auch persönliche Konkurrenz:

„Marek war Staatssekretärin und auch für Integrationsfragen in der ÖVP zuständig und ich war Integrationssprecherin der ÖVP Wien und ich glaube, das ist sicher auch ein Mitgrund, warum sie mich nicht dabei haben wollte. Letztendlich kann man nie jemanden der Migrationshintergrund hat und Integration macht toppen. Das ist klar. Da geht's einfach um Erfahrungswerte!“ (S.E. Transkript: 1)

7.1.3 Politische Ambition

In der ÖVP bei diversen Wahlkämpfen (Arbeiterkammer, Nationalratswahlen, Bundespräsidentenwahlen, EU-Wahlen) in die strategische Wahlkampfplanung als Zielgruppenkoordinatorin eingebunden, führte ihr persönlicher Wahlkampf 2010 zum Bruch mit der Parteiführung auf Wien Ebene. Ihr politisches Engagement möchte sie trotz des Konflikts auch zukünftig nur innerhalb der ÖVP realisieren, und zwar auf der Bundesebene, zu der sie guten Kontakt hat, während sie auf Wien Ebene aufgrund der Konkurrenz keine Zukunft sieht. Derzeit ist sie nach eigenen Angaben als Politikberaterin im Innenministerium tätig und versucht ihre Partei differenziert zu sehen:

„Die Partei ist ja auch wie eine Familie: Also wenn ich drei Geschwister habe, und ich streite mich mit einer Schwester, dann wechsle ich ja auch nicht den Familiennamen. Und weil mit Marek die Situation eben so war und die Partei selbst, als Ganzes, ja eigentlich auch nicht geschlossen dahinter stand, wollte

ich mich dann auch nicht einfach gegen die Partei wenden. Das wollte ich auch nicht. Also ich habe dort so viel Unterstützung erfahren, ich konnte in der Partei Erfahrungswerte sammeln, ich habe mich entwickeln können, ich habe eine Position bekommen, auch die Möglichkeit bekommen ein Vorbild zu sein, weil das gab's ja in der ÖVP vorher auch nicht. Und das waren auch ÖVP-Leute, die mir diese Möglichkeiten gaben. Und jetzt zu sagen: 'Jetzt habts mich alle gern', - das ist einfach nicht meine Art.“ (S.E. Transkript: 3)

7.1.4 Wahlkampf

Ekici hat bereits bei den Nationalratswahlen 2002 sowie den Gemeinderatswahlen 2005 erfolgreiche Persönlichkeitswahlkämpfe geführt. 2010 startete sie sehr spät einen individuellen „Medienwahlkampf“ in Loslösung von der Wiener Stadtpartei, gegen die Parteilinie und mit Unterstützung seitens Mitgliedern der Bundespartei, sowie durch Vereine und dort verankerte MultiplikatorInnen, die Wahlkarten sammelten.

Wählersegment: türkische Community

In ihren vorangegangenen Wahlkämpfen bemühte Ekici sich um verschiedene migrantische Communities als Wählergruppen, konkret nennt sie die albanische, kroatische, arabische und afghanische Community. 2010 warb Ekici „verstärkt in der Türkischen. Die anderen Communities waren diesmal schwierig.“ (S.E. Transkript: 9)

MigrantInnen generell, insbesondere ihr türkischsprachiges Wählersegment sieht Ekici traditionell eher an die SPÖ gebunden, während die ÖVP „den Fehler [macht] zu sagen, 'Naja die wählen uns eh nicht!'“ (S.E. Transkript: 7) Durch diese Herangehensweise wurde - aus Perspektive Ekicis - ihre Wählerschaft nachhaltig „beleidigt“ und „abgeneigt“, so dass sich, als sie ihren späten Wahlkampf begann, „die meisten schon abgewandt [hatten] von der ÖVP. Die haben alle gesagt, 'Wir haben gesehen, wie die Situation ist, und da kann man nicht mehr eure Partei wählen.'“ (S.E. Transkript: 6) Gleichzeitig betont Ekici, dass ihre Wählerschaft „in Zukunft aber auch sicher (..) konservativ wählen [wird], weil die zweite und dritte Generation, die Deutsch kann und sich auch auseinandersetzt mit den Parteien, und nicht einfach wählt, nach ideologischem Gesichtspunkt, sondern einfach wählt, wer das bessere Programm hat.“ (S.E. Transkript: 7)

Der Fokus auf ihre Eigengruppe, der ihr „auch immer wieder negativ ausgelegt“ (S.E. Transkript: 3) wurde, ergibt sich aus dem Vorteil der Beherrschung der Sprache und kultureller Codes, durch die eine Vertrauensbasis und ein emotionaler Zugang im Direktkontakt möglich wird, was in der pragmatischen Handlungslogik des Stimmenmaximierens seitens Ekici genutzt wird:

„Ich muss ja die Leute in der Sprache ansprechen, in der ich die Leute auch emotional erreiche. (..) Weil da geht's dann darum, bei der Partei geht's um Macht, und Macht hat man über Stimme. Und Stimmen kriegt man einfach durch einen emotionalen Zugang. (..) Wahlkampf ist letztendlich auch Marketing: wie

vermarkte ich meine Messages? Wie erreiche ich die Menschen mit meinen Messages? Und wenn ich dem dann mit einem deutschen Folder komm, aber der versteht nicht was ich eigentlich machen will, natürlich sag ich dann, er sollte das eigentlich können. (..) Aber trotzdem möchte ich Stimmen gewinnen. Und deswegen, habe ich gegen die Parteilinie auch immer wieder eigene Folder gehabt. (S.E. Transkript: 9)

Auch im Wahlkampf 2010 setzte sich Ekici über die Richtlinie ihrer Partei alle Werbematerialien deutschsprachig herauszugeben, hinweg und produzierte eigene türkisch- und arabischsprachige Folder:

„Wir haben ja auch gesehen: z.B. Im Wahlkampf 2005 hat eine Bezirksrats-Kandidatin im 11. Bezirk, die hat alles nur auf Deutsch gemacht – weil halt das Programm eben vorgeschrieben hat - die hat zwei Vorzugsstimmen bekommen, und die anderen, die auf mehreren Sprachen geworben haben, hatten alle deutlich mehr Vorzugsstimmen. Weil die Leute das nicht richtig verstanden haben. Oder auch, also selbst wenn sie es verstanden haben, die Emotionalität fehlt! Wahlkampf ist einfach auch emotional!“ (S.E. Transkript: 10)

Neben dem emotionalem Zugang zu Vertrauen innerhalb der Eigengruppe sieht Ekici geteilte Herkunft definitiv als Wahlmotiv denn: „wir waren ja auch stolz darauf, dass es jemand geschafft hat.“ (S.E. Transkript: 4) Wenngleich sie „nicht als die Türkin, die türkische Kandidatin wahrgenommen werden“ (S.E. Transkript: 4) möchte: „Ich habe ja auch nie meinen Glauben an die große Glocke gehängt, so wie andere Politiker. (..) Ich hab das immer sehr direkt gesehen, aber es gab dann Politiker die mir das in der Partei schon sehr angekreidet haben.“ (S.E. Transkript: 4)

Themen

In Ekicis Medienwahlkampf war sie nach eigenen Angaben bemüht ihr Image bzw. ihre Glaubwürdigkeit zu retten, indem sie ihre Leistungen der letzten Jahre in den Vordergrund stellte, ohne eigene Themen zu besetzen. Grundsätzlich sieht sie einen „Fehlschluss“ in dem Gedanken, dass man „Migranten nur mit Integrationsthemen erreicht“ (S.E. Transkript: 10) und kritisiert das inhaltliche Programm der Partei. Was im Zusammenhang mit dem Zerwürfnis Ekicis mit der Wiener VP medial thematisiert wurde, war die Überlegung mit einer eigenen Liste, bei den Gemeinderatswahlen anzutreten, die als „Migrantenliste“ titulierte wurde.

„Das wurde ja nicht emotionslos aufgenommen, weder von Migrantenseite noch von Seite der Mehrheitsgesellschaft. Und die Migrantenseite ist dann mit diesem Vorschlag an mich herangetreten. (..) Also viele MigrantenInnen von Vereinen sind an mich herangetreten, die gesagt haben: 'Du solltest unabhängig kandidieren, weil du bist bekannt, das ist Unrecht was man dir hier antut, du hast so viel Erfahrung gesammelt, du bist eine Politikerin der man vertraut.'“ (S.E. Transkript: 3)

7.1.5 Vernetzung und Unterstützung

Vereine

Welche Vereine konkret an sie herangetreten sind, mit der Idee eine Migrantenliste zu gründen, verrät meine Gesprächspartnerin nicht. Unterstützung erfuhr die Idee seitens des türkischen Botschafters, sowie von mehreren „muslimischen, also mehr von türkischen Vereinen [und] Experten, die gesagt haben, sie kümmern sich um das Offizielle, sie machen mir die Pressearbeit.“ (S.E. Transkript: 3) Birol Kilic, Herausgeber der türkisch-deutschsprachigen Zeitung 'Yeni Vatan Gazetesi' und Obmann der 'Türkischen Kulturgemeinde Österreichs', sowie Cinar Söze, Vorstand des Vereins 'Absolventen der österreichischen Schule in Istanbul', in dem Ekici verankert ist, traten in der medialen Öffentlichkeit dezidiert als Fürsprecher dieser Initiative auf. Laut Birol Kilic konnte Ekici als Repräsentantin einer weltlicheren Türkei, und durch einen kritischen Zugang zur islamischen Glaubensgemeinschaft Sympathien unter türkischstämmigen WählerInnen für die ÖVP generieren. Laut einem Bericht in der Presse würde er Ekici „nahelegen“ eine eigene Liste zu gründen.²⁸ Selbst hat meine Gesprächspartnerin den Verein 'Bildung ist Zukunft' (BIZ) gegründet, der als Mentoringprogramm darauf zielt, türkischen Jugendlichen der zweiten Generation berufliche Erfolgsmöglichkeiten und sozialen Aufstieg zu erschließen.

Medien und Partei

Weitere Unterstützung erfuhr Sirvan Ekici von der Bundesebene ihrer Partei, durch Vizekanzler und Parteiobmann Josef Pröll, der sich in einem türkischsprachigen Zielgruppenmedium vier Wochen vor der Wahl mit Ekici präsentierte:

„Ich hab ja dann im Wahlkampf auch ein Foto-Shooting mit dem Seppi Pröll gehabt, mit dem Obmann, um auch der Community zu präsentieren, dass jetzt die Marek-Position nicht von allen getragen wird.“
(S.E. Transkript: 6)

7.1.6 Fazit

Als Berufspolitikerin im Bereich der Integration ist Ekicis politische Arbeit durch die Zusammenarbeit mit MigrantInnengruppen verschiedener Herkunft geprägt, während ihre Zugehörigkeit zur türkischen Community in Zeiten von Wahlkämpfen generell in den Vordergrund gerät. Wenngleich für Ekici persönlich ihre Herkunft keine außerordentliche Rolle spielen mag, legt

²⁸ Vgl. Wien: Migrantenliste könnte zur Wien-Wahl antreten. ("Die Presse", Print-Ausgabe, 6. Juli 2010); abrufbar unter: http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/kulisse/579075/Wien_MigrantenListe-koennte-zur-Wahl-antreten (Zugriff: 7.12.2011)

der Kontext des Wahlkampfes entsprechend ihrem persönlichem Interesse, das sich vor allem auf ihren politischen Karriereweg bezieht, nahe, ihre Herkunft bzw. die sprachliche und kulturelle Kenntnis als Ressource einzusetzen, mit der Stimmen zu gewinnen sind. Die ethnische Differenzebene, die im Zusammenspiel mit Ekicis politischer Position hierfür dienlich ist, ist in erster Linie eine nationale, die mit einer Abgrenzung gegenüber religiösen Gruppen innerhalb der Eigengruppe einhergeht. Innerhalb der türkischen Eigengruppe vertritt Ekici eine säkular-liberale Position, an der ihr Repräsentationsanspruch orientiert ist und betont ihren Glauben nicht in den Vordergrund zu stellen. Die Forcierung politischer Loyalität entlang dieser nationalen Grenzlinien kulminiert in der Idee, eine eigen Liste zu gründen, die zwar als Migrantenliste gehandelt wurde, aber im Speziellen für die Ansprache eines bürgerlichen türkischen Wählerpotentials steht. Eine Migrantenliste wird von all meinen GesprächspartnerInnen durchwegs abgelehnt, da die Einbindung von MigrantInnen in die bestehende politisch-ideologische Parteienlandschaft als Notwendigkeit erachtet wird, während der Anspruch einer Parteigründung, welche lediglich die Interessen von MigrantInnen vertritt, aufgrund des Primats der Differenzierung nach Herkunft, gegenüber einer nach politischen Ideologien, als Segregation der Gesellschaft gedeutet wird.

7.2 Ethnisierung im Einzelfall Iscel

7.2.1 Situatives Selbstverständnis

Mustafa Iscel ist 1969 in einer türkischen Industriestadt an der Grenze Syriens geboren und kam als Kind von s.g. „Gastarbeitern“ 1974 nach Österreich. Seine Herkunft spielt für ihn nach eigener Angabe „eigentlich überhaupt keine [Rolle]. Ich bezeichne mich als Favoritner, weil ich hier aufgewachsen bin. Natürlich versuche ich als Politiker hier so eine Brückenfunktion zu – nicht zu übernehmen – sondern die Aufgabe,.. also diesen Übergang zu erleichtern; also dass sich die beiden Seiten in bestimmten Punkten einigen können.“ (M.I. Transkript: 2) Seine kategorialen Zurechnungen variieren je nach sprachlichem Kontext. Dass sich Iscel nichts desto trotz der türkischen Eigengruppe zurechnet, wird v.a. im Wahlkampf deutlich.

7.2.2 Parteibindung, Politische Ambition

Für seine politisches Engagement und seinen Karriereweg ist seine Zugehörigkeit zur türkischen Community in Wien zentral: Die ÖVP Funktionäre Alfred Hoch und Georg Fuchs sind 2004 auf Iscel als Vorstand des Dachverbands türkischer Vereine „aufmerksam geworden, weil ich in der

Türkischen Community gut vernetzt war“ (M.I. Transkript: 1).

„Ich war schon damals politisch aktiv, aber nicht bei einer Partei, sondern bei Vereinen. Habe die Interessen von Vereinen - und auch indirekt von Bevölkerung - aufmerksam gemacht. [...] „Der Dachverband hat damals 173 Vereine vertreten, das war eine Stimme für diese 173 Vereine, für sie eine sprechende Stimme nach außen, [...] wir waren immer die Ansprechpartner, wenn's um die Community gegangen ist.“ (M.I. Transkript: 1)

Seine Tätigkeit im Vorstand legte Iscel zurück, „weil es zu viel war“ (M.I. Transkript: 2), 2004 verlor der türkische Dachverband laut Iscel seine Bedeutung und im selben Jahr schloss er sich „auf Einladung der ÖVP Favoriten“ (M.I. Transkript: 1) der Partei an. 2005 folgte dem Parteieintritt die erfolgreiche Kandidatur bei den Wiener Gemeinderatswahlen auf Bezirksebene, sowie für den Wirtschaftsbund bei den Wirtschaftskammerwahlen. Seine Position als Bezirksrat verlor Iscel nach seiner Darstellung 2010 aufgrund der Wahlniederlage der ÖVP, hat aber „von der wirtschaftlichen Seite her, [...] eine gewählte Funktion. Ich vertrete die Unternehmer. Und da wird eigentlich viel gemacht.“ (M.I. Transkript: 10) Iscel, der selbst ein Unternehmen für Ethnomarketing²⁹ besitzt, ist nach eigenen Angaben im Vorstand der ÖVP Favoriten und seine politische Aktivität – wie auch unser Gespräch – richtet sich mehr auf sein Tätigkeitsfeld im Wirtschaftsbund, als gewählter Vertreter im Kleintransporteur-Ausschuss:

„Auf der anderen Seite ist ja auch der Wirtschaftsbund eine Teilorganisation der ÖVP. Da wird wohl sehr Wert darauf gelegt, dass dort Kandidaten – es gibt ja sehr viele die im Ausschuss sind -, dass man die kooptiert in den Vorständen in die Bezirke, dass man die unterstützt - das sind meist Unternehmer, die eigentlich wenig Zeit haben - dass man die gewinnt zusätzlich, als ein Faktor. Auf das geht's eben hinaus, eher von der wirtschaftlichen Seite her.“ (M.I. Transkript: 10)

Neben der eingangs genannten Ambition ein Bindeglied zwischen der türkischen Community und der politischen Klasse zu bilden, begründet er seinen Entschluss, die Einladung seitens der ÖVP Funktionäre anzunehmen, mit Parallelen zwischen der ÖVP und der Türkischen Community, mit denen er sich identifizieren konnte:

„Ich hab mir das angeschaut vom Inhalt her und ich hab mich dann mit dem Inhalt identifizieren können, wo eigentlich bei der ÖVP die Familie im Vordergrund war. Weil halt wir, also die Türkische Gemeinschaft, auf Familienprinzip beruht und die Rolle der Eltern zu den Kindern, eigentlich von der Geburt bis zum – sag ich mal – Tod sie begleiten. Und da hab ich die Ähnlichkeiten gefunden damals. Und das zweite war die Religiosität weil ÖVP ist eine Christlich-Soziale-Partei, da gibt's auch Parallelen mit der muslimischen Religion, also mit dem Islam, - Parallelitäten, - und das war auch ein bindender Faktor. Und das dritte war das Unternehmertum – wo eigentlich seit 15 Jahren migrantische Unternehmen sehr im Wachsen sind, und die sie eigentlich sehr gut anspricht. Das waren drei ausschlaggebende Gründe warum ich zur ÖVP gekommen bin.“ (M.I. Transkript: 1)

²⁹ Vgl. http://www.mustafa-iscel.at/de/story.asp?story_id=26 (Zugriff: 01.12.2011)

7.2.3 Wahlkampf

Bei der Listenerstellung 2010 konnte mein Gesprächspartner auf die Fürsprache seitens der Parteispitze rechnen: Er kam, nach eigenen Angaben, auf Vorschlag Christine Mareks durch die Empfehlung Alfred Hochs auf den 26. Platz am Stadtwahlvorschlag. Neben der Einbindung in den Wahlkampf der VP auf Ebene der Parteiführung durch gemeinsame Auftritte in Vereinen, führte er einen Persönlichkeitswahlkampf mit Hilfe eines Unterstützungskomitees, das sehr selbstständig agierte, Iscels Wahlkampf koordinierte und mitfinanzierte und mit der Bezirksgruppe kooperierte.

Wählersegment: türkische Community

Neben der Adressierung „aller“ durch deutschsprachige Folder im Rahmen seiner Partei, war Iscels vorrangig adressiertes Wählersegment die türkischsprachige Bevölkerung, für die personenbezogenes Wahlmaterial von seinem Unterstützungskomitee finanziert und verteilt wurde. Desweiteren wurden mehrere migrantische Communities anhand mehrsprachiger Folder, auf denen lediglich Wahlinformationen gedruckt waren, angesprochen:

„Also wir hatten da so Material im Format von Visitenkarten und die waren auf Türkisch und das hat ja keinen Sinn, die an Österreicher zu verteilen. (..) und dann hatte ich noch Folder in Fremdsprachen. In Bosnisch, Serbokroatisch, Türkisch, - ja, in fünf Sprachen, wo erklärt wird, wie man wählt, wie eine Vorzugsstimme abgegeben werden kann.“ (M.I. Transkript: 5)

Die Muttersprache spielt im Wahlkampf nicht nur bei Wahlmaterial eine Rolle, sondern v.a. in den Vereinen in denen er sich präsentiert: Ansprachen hält er dort auf Türkisch; „außer in den arabischen, da verstehe ich nichts. Ich kann kein arabisch, aber ich bin auch Moslem.“ (M.I. Transkript: 5) Geteilte Herkunft im Sinne seiner Religionszugehörigkeit bzw. seines Geburtslandes sieht Iscel als Basis für einen Vertrauensvorschuss, den er bei Wählerinnen hat, der zum Wahlmotiv werden kann:

„Ja, weil ich ihre Sprache spreche, zb. Oder weil ich auch Moslem bin, das spricht nicht nur türkische, sondern alle die Moslems sind [an]. Aber das ich Moslem bin, ist meine Sache, ich kann genauso gut einen Christ ansprechen oder einen Buddhist, das soll nicht so im Vordergrund sein! (..) Es geht um persönliche Anerkennung! Religiosität kann eine Rolle spielen, muss aber nicht sein. Dass ich ein Türke bin, das kann ich mir nicht aussuchen. Aber wenn ich mit Themen gehe im Bildungsbereich, das spricht jeden an!“ (M.I. Transkript: 9)

Themen

Iscels Wahlkampf-Themen 2010 sind – entsprechend seiner These „es fängt alles mit der Bildung an“ (M.I. Transkript: 2) – laut seinem Folder die Felder Bildung, Integration und Wirtschaft, z.B. die Förderung der Muttersprache an Schulen, durch eine Matura in BKS sowie Türkisch als

Wahlfach. Während der Nationalratswahlen 2006 machte Mustafa Iscel mit einem weiteren Wahlkampfthemen auf sich aufmerksam: Der Leugnung des armenischen Völkermords in der Türkei. Auf türkischsprachigen Plakaten und im Internet versprach er seinen WählerInnen, dass sich die ÖVP im Nationalrat gegen die Anerkennung des Völkermords an den Armeniern einsetzen werde.³⁰ Auf den in Favoriten lancierten Plakaten heißt es „Falls Sie nicht wollen, dass der Völkermord an den Armeniern anerkannt wird,wählen sie ÖVP!!!“³¹ Nach einem offenen Brief, seitens der 'Gesellschaft für die Dokumentation von Völkermorden' (unter Beteiligung mehrerer Vereine) an den damaligen Wiener VP-Obmann Johannes Hahn, distanzierte sich Landesgeschäftsführer Norbert Walter von den Aussagen Iscels, und letzterer trat nach Darstellung der 'Gesellschaft für die Dokumentation von Völkermorden' als Bezirksrat zurück. Laut Sirvan Ekici hat die Partei aus jenem Vorfall gelernt und habe im Gegensatz zur SPÖ eine stärkere Kontrolle über die vertretenen politischen Inhalte ihrer Mitglieder und Kandidierenden: „Das hat [die ÖVP] natürlich auch sehr sensibilisiert um zu schauen welche Themen nach außen gehen, und was gesagt wird und wer, und etc.“ (S.E. Transkript: 12)

7.2.4 Vernetzung und Unterstützung

Medien

2010 inserierte Iscel während des Wahlkampfes mit finanzieller Unterstützung seines Komitees in einigen türkischsprachigen Printmedien – zb. 'Medyatik', 'Yeni Hareket' 'Pusulam', 'Dewa' oder 'Zaman' – die über seine Kandidatur sowohl bei den Gemeinderatswahlen, als auch bei den Wirtschaftskammerwahlen in Reportagen und Interviews berichteten, und war in türkischen TV-Kanälen (Kanal 7, Kanal D, Star TV Int.) des öfteren präsent. Kommunalthemen aus Favoriten, die etwa bei den TV-Interviews angesprochen wurden beziehen sich z.B. auf Graffities mit denen Jugendliche ihre Unterstützung türkischer Fußballvereine zum Ausdruck bringen, auf das Wildplakatieren im Bezirk oder auf einen Favoritner Weinbauern, in dessen Namen Iscel appellierte: „Ich habe gesagt, sie dürfen das nicht unerlaubt sammeln. Der Bauer sagt, wenn sie mich fragen, in bestimmten Mengen dürfen sie nehmen, aber nicht jeder und nicht zu viel, sonst kriegt die Weintraube nicht die nötige Geschmack und Energie.“ (M.I. Transkript: 12)

Vereine

Laut Iscel ist die VP-Wien gut vernetzt mit den Vereinen der türkischen und der arabischen

³⁰ Vgl. <http://voelkermord.at/index-Dateien/Publikationen.htm> (Zugriff: 01.12.2011)

³¹ Vgl. http://voelkermord.at/index-Dateien/VP_Wahlplakat.htm (Zugriff: 01.12.2011)

Community. Gemeinsam mit Spitzenkandidatin Christine Marek, und anderen Bezirkspolitikerinnen wie Isabella Leeb oder Hermine Moospointner, sowie im Beisein von SPÖ-Kollegen und Medien folgte Iscel während des Wahlkampfes vieler Einladungen seitens großer Vereine:

„Z.B. Anatolische Hilfsorganisation, ATIB, wo z.B. vor der Wahl auch Ramadan war. Viele Vereine! Man ist immer nicht nachgekommen, da wo jeden Tag gleich zwei bis drei Veranstaltungen waren, da hat man sich teilen müssen. (..) Da hat man nicht so richtig Zeit gehabt, richtig Themen anzusprechen, weil wir waren nicht die einzigen dort. Die Zeit war befristet und es ist ja auch ein religiöser Anlass.“ (M.I. Transkript: 6)

Im Gegenzug lud die VP als „Geste der Anerkennung“ etwa 400 Vereinsobmänner und Vertreter der Islamischen Glaubensgemeinschaft zu einer Veranstaltung in die politische Akademie der VP Wien, die Iscel als „Iftar-Abendmahl“³² bezeichnet. (M.I. Transkript: 6f) Christine Marek und Anas Schakfeh, damaliger Präsident der IGGiÖ thematisierten den religiösen Hintergrund wie die kommenden Wahlen. „Das war so eine Art Entgegenkommen, weil wir so oft eingeladen waren. (..) Natürlich jeder hat seinen Bereich dann natürlich politisch instrumentalisiert.“ (M.I. Transkript: 8) In Eigeninitiative war er Wien-weit in einer großen Anzahl³³ islamischer und türkischer Vereinen präsent. Iscel ist selbst in mehreren Vereinen aktiv und Obmann eines Sport- und Kulturvereins, (Fußballverband), von dem er auch explizit Unterstützung im Wahlkampf erfuhr:

„Es hat Vereine gegeben, die mich richtig unterstützt haben, die das auch öffentlich gesagt haben via Veranstaltungen, andere die auch mehrere Leute eingeladen haben, die haben sich natürlich neutral gehalten.“ (M.I. Transkript: 7)

Weitere Vereine die ihn offen unterstützten waren u.a. die 'Anatolische Hilfsorganisation' und das 'Atatürk Kulturzentrum'³⁴ auf die er sein Honorar als Bezirksrat aufteilt:

„Durch meine Tätigkeit als Bezirksrat ich habe ja ein Honorar bekommen jedes Monat und die hab ich dann den Vereinen als Mitgliedsbeitrag weitergegeben. Das waren so ca. 300 Euro. 50 Euro hat die Partei abgezogen. (..) Manche Vereine kriegen 10 Euro, manche 20. (..) Wie die arabischen Vereine heißen, weiß ich eigentlich nicht, aber die unterstütze ich auch.“ (M.I. Transkript: 11)

Bei den arabischen Vereinen war mein Gesprächspartner im Wahlkampf zwar präsent, aber für die Ansprache jenes Wählersegments hat die ÖVP „auch eine Kandidatin, [Sarah Rahman]“ (M.I. Transkript: 5), die sich speziell um die Adressierung jener Wählerschaft kümmert.

³² Der Begriff Iftar bezeichnet das Fastenbrechen nach dem islamischen Fastenmonat Ramadan.

³³ Er nennt etwa: Union Islamischer Kulturzentren (UIKZ), Türkisch Islamischer Kultur- und Erziehungsverein, Verein Muslimische Arbeiter Union in Wien, MÜSIAD Verband unabhängiger Industrieller und Unternehmer, Kulturell-Caritative Union der Muslime, Islamisches Zentrum Hilfe für die Bevölkerung von Bosnien und Herzegowina, ATIB, ATF Verein Dachorganisation Türkische Kultur und Sportgemeinschaft in Österreich (Merkez Camii), Islamischer Kulturverein der Türkischen Arbeiter in Österreich, AKM Kulturzentrum für interkulturelle Aktivitäten (Anadolu Kültür Merkezi)

³⁴ Verein zur Förderung des Gedankengutes Atatürks in Österreich

7.2.5 Fazit

Während er die Ansprache eines türkischen Wählersegments und die Verwendung türkischen Wahlmaterials zunächst zu verbergen sucht, und auch andere migrantische Gruppen durch Wahlmaterial adressiert hat, spielt die kategoriale Zugehörigkeit meines Gesprächspartners als Türke und Moslem (Vgl. Zitate im Kapitel Wahlkampf) im Wahlkampf Mustafa Iscels eine gewichtige Rolle. Er bezeichnet sich selbst als Favoritner und nimmt hinsichtlich bestimmter Bezirksthemen zwar eine vermittelnde Funktion zwischen der Eigengruppe und der Mehrheitsgesellschaft ein, kann aber mit dem Begriff der Integration hinsichtlich seiner Tätigkeit nicht viel anfangen.

„Wenn ich sage ich bin zuständig für Integration, dann wird man in eine Ecke gestellt, und nur wenn's dann irgendwo kracht, dann kommt man zur Meldung. Also das habe ich nie gemacht. Gibt's auch, Politiker die in diesem Bereich sitzen und nichts anderes machen. Also ich hab diesen Bereich nie angesprochen. Vor allem seit vier, fünf Jahren wird eher viel mehr in Richtung Unternehmer angesprochen, weil das ein aufstrebender Markt ist. Und unsere Leute diese Einstellung haben, bevor ich irgendwo arbeite, meine 1000 Euro oder was immer bekomme, mach ich mich selbständig, obwohl sie das dreifache arbeiten, und ein bisschen was mehr verdienen, aber sie können dann sagen ich bin selbständig(..) Ich habe auch bei der letzte Wirtschaftskammerwahl für die Liste, für die ethnischen Unternehmen die Kandidaten halt ausgesucht oder nominiert (..), die sich aktiver einsetzen wollen, für ihre Anliegen oder für ihre Gemeinschaft.“ (M.I. Transkript: 2f)

Adressaten seiner politischen Arbeit sind vielmehr türkische Wirtschaftstreibende. Die eindeutige Interessensvertretung einer vorrangig national definierte Eigengruppe wird in seiner Tätigkeit bei der VP-Teilorganisation Wirtschaftsbund deutlich, in die Vertreter der Eigengruppe kooptiert werden sollen, wie auch auf seiner persönlichen Homepage nach geschlagener Wirtschaftskammerwahl (27.2.-2.3. 2010) zum Ausdruck kam:

„Ich als Kandidat des Wirtschaftsbundes kann sagen, dass es für uns einen ganz erfolgreiche Wahl war. 10 unserer 23 türkischstämmigen Kandidaten wurden gewählt. Es werden durch Koptierung weitere Kollegen ins Team kommen.“³⁵

Neben der Forcierung politischer Loyalität seitens Unternehmern entlang einer nationalen Grenzlinie im Wirtschaftsbund, wird im Gemeinderatswahlkampf 2010 durch die Auftritte in muslimischen (auch arabischen und bosnischen) Vereinen, teils in Einbindung in die Partei zusätzlich auch die religiöse Implikation seiner Zugehörigkeit emphasized. Innerhalb der Kategorie der Muslime, wird wiederum nach nationalen Zugehörigkeiten differenziert. Die Verleugnung des Genozids der Türkei an ihrer armenischen Bevölkerung, der bis dato seitens der offiziellen Geschichtsschreibung negiert wird und als Gründungsmythos der Entstehung der türkischen Republik nach dem Ersten Weltkrieg dient, verdeutlicht eine Mobilisierung Iscels, die zumindest

³⁵ Vgl. www.mustafa-iscel.at/de/story.asp?story_id=52 (Zugriff: 2.11.2011)

2006 deutlich nationalistischer Ausrichtung war und auf der Abgrenzung gegenüber einer armenischen Fremdgruppe beruht.

7.3 Relevanz ethnischer Kategorien in der ÖVP

Der Hinweis des VP-Wahlkampfverantwortlichen, dass die Ansprache einer christlichen Wählerschaft für die ÖVP prinzipiell einfacher wäre, wenngleich verschiedene nationale Gruppen adressiert werden, verweist auf die Revitalisierung eines historischen Faktors der Wähler-Parteibindung, der hinsichtlich der Ansprache ethnischer Wählersegmente im Kontext der Wiener Wahlen 2010 zum tragen kommt. Die Relevanz des *religious cleavage* gilt zwar, durch den historischen Prozess des soziokulturellen Strukturwandels und der damit einhergehenden Auflösung des traditionell katholisch geprägten Wählermilieus der ÖVP - insbesondere in städtischen Räumen - als schwindend. Nichts desto trotz sind 45 % der ÖVP-WählerInnen der klassischen katholischen Kernwählerschaft zuzurechnen. (Vgl. Plasser/Ulram 2000) Während die Konfliktlinie historisch zwischen den Polen säkular/religiös innerhalb eines römisch-katholischen Milieus bestand, wurde sie im Kontext der Wiener Wahlen zu einer binären Grenzlinie zwischen verschiedenen Religionszugehörigkeiten um gedeutet (Vgl. Kapitel 9.1.).

Entgegen Ekicis Interpretation genießt jedoch eine türkisch-muslimische Zielgruppe schon alleine aufgrund der Anzahl Stimmberechtigter sehr wohl Relevanz innerhalb der Partei, wenn auch die Ansprache einer (mehrheitlich christlich geprägten) ex-jugoslawischen Community durch Dinko Jukic im Vordergrund stand.³⁶ Vielmehr begünstigt der Mangel an politischem Profil (häufiger Führungswechsel, geringe personelle Kontinuität, etc.) die konfliktreiche Instrumentalisierung religiöser Zugehörigkeit im Einzelfall: Während Johannes Hahn bei den Gemeinderatswahlen 2005 durch die Unterstützung Sirvan Ekicis auf eine moderate türkische Wählerschaft setzte, ist 2010 durch den Führungswechsel zu Christine Marek die nachvollziehbare Stoßrichtung in der Adressierung einer muslimischen Wählerschaft deutlicher an dem religiösen Bekenntnis orientiert. Sichtbar wird das an der eingangs dargestellten Präsentation der arabischstämmigen Gemeinderatskandidatin Sara Rahman, die nach Angabe Sirvan Ekicis in der Muslimischen Jugend Österreichs (MJÖ) verankert ist und für die Inversion und Aufwertung des Kopftuchs im öffentlichen Diskurs steht. Die MJÖ kritisierte in einer Presseaussendung Hahns Äußerungen zu einem Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst und betonte im Gegensatz die Initiativen Christine

³⁶ Für die explizite Thematisierung christlicher Werte und deren Mangel in der Gesellschaft stehen auch KandidatInnen wie die Angehörige einer christlichen Minderheit in der Türkei, Linda Gabriel, oder der koptische Fotojournalist Tadros Raggaie, welche die Bedeutung religiöser Zugehörigkeit migrantischer Kandidierender im Wahlkampf 2010 unterstreichen.

Mareks zur Förderung der öffentlichen Akzeptanz der religiösen Symbolik (im Zusammenhang mit dem von Marek initiierten 'MiA Anerkennungspreis für engagierte MigrantInnen').³⁷

Die Ansprache eines muslimischen Wählersegments durch die VP fand etwa auch durch Mustafa Iscel statt, der in gemeinsame Veranstaltungen der Partei in Kooperation mit muslimischen Vereinen eingebunden war, während die moderate Sirvan Ekici zur Adressierung religiös motivierter Wählerloyalitäten weniger geeignet scheint. Anhand des analysierten Einzelfalls Mustafa Iscel wird weiters exemplarisch die Mobilisierung nationaler Zugehörigkeiten und die Bedeutung des Wirtschaftsbundes in diesem Zusammenhang als Rekrutierungsfeld neuer Parteimitglieder verdeutlicht.

³⁷ Ablesbar ist anhand der Äußerungen Ekicis außerdem die Strategie des Vereins, dessen Interessen in der Kooperation mit den politischen Parteien gestärkt werden sollen: Seitens der MJÖ wurde nach Angabe Ekicis auch der Vorzugsstimmenwahlkampf der mit Rahman verschwägerten muslimischen SPÖ-Kandidatin Gülsüm Namaldi finanziert. Der Wahlkampf, der Namaldi nach Aussage Ekicis „auferlegt“ war, stellte ausschließlich auf ihre religiöse Zugehörigkeit ab: „Das Signal war, auf biegen und brechen zu sagen: Ich habe ein Kopftuch, ja? Und das ist mein Wahlkampf-Motto.“ (S.E. Transkript: 7)

8. Die Wahlkampfstrategie der FPÖ

Die FPÖ wird in der Literatur dem Typus rechtspopulistischer Parteien zugeordnet, die durch Ausrichtung an der Parteiführung (*leadership parties*) und intensive Kampagnenorientierung (*permanent mobilizing*) charakterisiert sind. (Vgl. Mair/Müller/Plasser 1999b) Die Zentralisierung in der Organisationsform findet konsequenten Ausdruck in der Fokussierung des Wahlkampfes auf den Spitzenkandidaten und Parteiobmann Heinz-Christian Strache. Die lokalen Parteiebenen (Bezirksgruppen) führen keine autarken Wahlkämpfe, im Gegensatz zu den anderen hier analysierten Parteien, sondern setzen zentral geplante Wahlkampfformate (zb. 'Speakers-Corner', 'Stammtisch') mit zeitlichen Vorgaben um. (Vgl. Graf et.al 2010) Individuelle Handlungsspielräume von Einzelpersonen sind in der Regel äußerst gering und die Kontrolle der Parteizentrale wird durch Konzentration der Informationsflüsse, Ressourcen und Entscheidungen aufrecht erhalten. (Vgl. Mair/Müller/Plasser 1999b) Dementsprechend sind weder einzelne Persönlichkeitswahlkämpfe noch die Möglichkeit eigenes Wahlmaterial zu drucken, in der Parteistrategie vorgesehen. (Vgl. Graf et.al 2010; Vgl. H.J. Transkript: 5) Die Wiener FP war bei der Gemeinderats- und Landtagswahl 2010 die einzige Partei, die zu ihren bestehenden 13 Mandaten 14 dazu gewann, gegenüber 2005 einen enormen Stimmenzuwachs von über zehn Prozent verzeichnete und 25,77 % der Stimmen auf sich vereinte. Der Wahlkampf der Partei war gezeichnet von einer starken Stimmungsmache gegen Zuwanderung, durch die Warnung vor einer drohenden „Überfremdung“ und „Islamisierung“ der Gesellschaft. Laut einer seitens des wissenschaftlichen Forschungsinstituts 'SORA' ('Institute for Social Research and Consulting') durchgeführten Wahltagsbefragung wird das Auftreten der Partei gegen Zuwanderung von 68 % ihrer WählerInnenenschaft als ausschlaggebendes Wahlmotiv (nach der Verhinderung einer absoluten Mehrheit der SPÖ) genannt. (Vgl. Meyer/Rosenberger 2010: 7)

Adressierung von MigrantInnen im Wahlkampf

Der Wahlkampf 2010 war laut Landespartei sekretär Hans-Jörg Jenewein - zuständig für die Organisation nach innen (Koordination der Bezirksgruppen) und die inhaltliche Ausrichtung (Programmgestaltung) sowie Teil des Werbeausschusses für die Landtags- und Gemeinderatswahl - auf ein junges Bevölkerungssegment (16-36jährige) ausgerichtet. Die Partei adressiere Menschen mit Migrationshintergrund weder im Sinne ethnisch definierter Wählergruppen noch durch fremdsprachiges Wahlmaterial, da dies die „eigene Politik unterminieren“ würde, so Jenewein. (H.J.

Transkript: 15) Es gibt „kein spezielles Programm [...] für Migranten oder für Menschen mit Migrationshintergrund. [...] Wir haben ein Programm, das ist unsere Politik, die in eine gewissen Richtung ausgerichtet ist, und jeder der sich damit identifizieren kann, ist eingeladen dem Weg zu folgen.“ (H.J. Transkript: 9)

Relevanz ethnischer Gruppen als Wählersegmente

Um welche Bevölkerungsgruppe die FP bei der Gemeinderatswahl 2010 dennoch bemüht war, findet laut Jenewein Ausdruck in der 'Christlich-Freiheitlichen Plattform für ein vereintes Europa freier Völker', die seitens der FPÖ im Vorfeld der Wahl gegründet wurde. (siehe unten)

„Ja, na schauen Sie: Wir haben ja diese Christlich-Freiheitliche Plattform gegründet, die der Konstantin Dobrilovic als Präsident, der er vorsteht und damit ist auch schon gesagt, um welche Bevölkerungsgruppe wir uns bemühen. Das sind all jene, die einen europäischen, christlichen Hintergrund haben. Um die bemühen wir uns besonders.“ (H.J. Transkript: 9)

Desweiteren räumt Jenewein ein, dass es sein mag, „dass die Freiheitlichen grad bei der serbischen Community einen sehr guten Zugang [haben] und durchaus wohl gelitten ist. [...] Sie finden aber auf der Landtagsliste keinen einzigen Serben an wählbarer Stelle. Es gibt aber trotzdem Serben in den Bezirkslisten, die in den Bezirksrat einziehen werden, das ja.“ (H.J. Transkript: 10)

KandidatInnen mit Migrationshintergrund auf dem Stadtwahlvorschlag

Die Listenerstellung wird laut Auskunft Jeneweins „seit Jahren nach dem selben Modus abgewickelt“, hinsichtlich Quereinsteigern wäre man in der Partei „seit Haider geheilt.“ (H.J. Transkript: 10) und mittlerweile wäre „ein Punkt erreicht [...], wo Sie gar nicht mehr umhin kommen, Kandidaten zu finden, wo nicht auch ein Migrationshintergrund da ist.“ (H.J. Transkript: 9) Am Stadtwahlvorschlag der FP Wien waren – großteils weit entfernt von wählbaren Listenplätzen - sechs Personen mit Migrationshintergrund, deren Vorzugsstimmen deutlich hinter den KandidatInnen anderer Parteien zurück blieben, was zum Teil auf den zentralisierten, personalisierten Wahlkampf mit klarem Fokus auf den Spitzenkandidaten zurückzuführen ist. Einzelne KandidatInnen werden neben Heinz-Christian Strache seitens der Partei in der Regel nicht öffentlich inszeniert³⁸ und haben geringen Handlungsspielraum in der Ausgestaltung persönlicher Wahlkampagnen. (Vgl. Pichler 2005: 27) Eine Recherche nach einzelnen Kandidierenden im Internet brachte dementsprechend kaum bzw. oft gar keine Ergebnisse und seitens des FP-Klubs im

³⁸ Abgesehen von wenigen prominenten Ausnahmen, etwa dem Listenzweiten Johann Gudenus und Generalsekretär Harald Vilimsky (Platz 3)

Rathaus wurden der Autorin gegenüber zunächst keine Angaben zu Kandidierenden bzw. Parteimitgliedern gemacht. Aufgrund dieser Umstände wurden jene zwei Kandidaten ausgewählt, welche die Eigenrecherche hervorbrachte, bevor im Nachhinein und mit deren Hilfe doch ein Pool migrantischer KandidatInnen für die Gemeinderatswahlen 2010 erstellt werden konnte. Auf Platz 7 kandidierte Johann Herzog, geboren im tschechischen Znaim nahe der österreichischen Grenze. Zweiter Kandidat mit Migrationshintergrund ist der in Griechenland geborene Gabrielidis Iraklis auf Platz 92, die weiteren vier finden sich im letzten Drittel der Liste.

Tab. 5: KandidatInnen mit Migrationshintergrund der FPÖ nach Vorzugsstimmenergebnissen (Stadtwahlvorschlag 2010)

	Vorzugsstimmen	Listenplatz	Geburtsort
Herzog, Johann	77	7	Tschechien (Znaim)
Markovic, Luka	30	122	Bosnien, (Republika Srpska)
Stojadinovic, Milutin	15	254	Serbien
Gabrielidis, Iraklis	12	92	Griechenland
Mijak Mira	7	286	<i>konnte nicht eruieret werden</i>
Behrendt Ilka	3	204	Deutschland

Quelle: Eigendarstellung (aufgrund von Eigenrecherche, Telefonat mit Ulrike Götschober, FP-Parlamentsklub und Angaben meiner Gesprächspartner)

Ausgewählte Interviewpartner

Die interviewten FPÖ-Kandidaten sind seit 2007 passive Parteimitglieder und für beide war die Gemeinderatswahl 2010 der erste Wahlkampf, der einerseits positiv als Herausforderung, andererseits eher negativ als sehr schwierig empfunden wurde. Zur Kandidatur kam es in beiden Fällen auf persönliche Anfrage des Bundesparteiobermanns und ihre Listenplätze erhielten sie auf Entscheid der Parteispitze. Die Interview-Termine kamen erst nach Rücksprache der Kandidaten mit der Parteiführung zu Stande. Konstantin Dobvilovic wurde als Interviewpartner ausgewählt, obwohl er am Stadtwahlvorschlag nicht vertreten war, sondern - in Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft - auf der Bezirksliste kandidierte und im Vorfeld der Wahl (Ende Mai) zum Präsidenten der 'Christlich-Freiheitlichen Plattform für ein vereintes Europa freier Völker (CFP)' ernannt wurde. Als solcher steht er als Repräsentant der Vorfeldorganisation der Partei.

Christlich-Freiheitliche Plattform

Aufgrund der Wahrnehmung einer wachsenden Bedrohung durch „Weltwirtschaftskrise,

internationale[n] islamistische[n] Terrorismus und Massenzuwanderung [...], die Europa in seinen Grundfesten erschüttern werde und damit eine Gefahr für das christlich-abendländische Wertesystem“ bedeute, gründete die FPÖ Ende Mai 2010 eine Vorfeldorganisation die dem „Erhalt und [der] Förderung [europäischer] Grundwerte [dient], die in der christlich-abendländischen Kultur und Identität verwurzelt sind.“³⁹ Die 'Christlich-freiheitliche Plattform für ein vereintes Europa freier Völker' soll zu einem europäischen Netzwerk gerieren, „in dem sich freie und stolze Europäer und freiheitlich gesinnte europäische Gruppierungen organisieren, austauschen und gegenseitig unterstützen.“ Beste innen- und außenpolitische Kontakte bestünden mit der Orthodoxen Kirche, so Heinz-Christian Strache laut Presseaussendung, die mit der hervorragenden Integration von zugewanderten Bevölkerungsteilen aus dem Osten und Südosten Europas begründet werden: „Sie haben Deutsch gelernt und erfüllen ihre Pflichten als österreichische Staatsbürger. Sie haben das gleiche Wertesystem und fühlen sich als Österreicher, ohne dabei ihre Heimat zu verleugnen oder zu vergessen. Sie bekennen sich in ihrer neuen Heimat Österreich zu einem christlichen Europa.“ In Österreich, insbesondere „in Wien lebende christliche Europäer“ seien bis dato von der SPÖ und der ÖVP „politisch vereinnahmt worden“. Die FP-Vorfeldorganisation ist laut Strache „ein sichtbares Zeichen für den Einsatz für das Selbstbestimmungsrecht der Völker“ einerseits, sowie für den „Respekt vor integrierten Zuwanderern und deren Nachkommen [...], die neben ihrer Liebe zu Österreich als ihrer neuen Heimat auch ein Bekenntnis zu ihrer angestammten Heimat abgeben“ andererseits. Für jene Mitbürger, welche die gemeinsamen christlich-freiheitlichen Werte teilen soll die CFP als Interessenvertretung und Anlaufstelle dienen.

8.1 Ethnisierung im Einzelfall Dobrilovic

8.1.1 Situatives Selbstverständnis

Konstantin Dobrilovic wurde 1984 in Münster, Deutschland geboren, absolvierte in Serbien ein Priesterseminar in seiner Jugend, kam 2005 von Deutschland nach Österreich, und begann für das serbisch-orthodoxe Bischofsvikariat zu arbeiten. Die Herkunft seiner Eltern spielt für meinen Gesprächspartner „natürlich (..) schon eine Rolle“ (K.D. Transkript: 1) insofern er sie nicht verleugnen möchte, wie er nachdrücklich mehrmals wiederholt: „Ich stehe zu meinen serbischen

³⁹ Alle Zitate sind der Presseaussendung des Freiheitlichen Parlamentsklubs entnommen, die über die Präsentation der CFP im Rahmen einer Pressekonferenz informiert. Abrufbar unter:
http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20100527_OTS0199/fpoe-strache-praesentiert-christlich-freiheitliche-plattform-fuer-ein-freies-europa-souveraener-voelker (Zugriff: 11.12.2011)

Wurzeln, bin halt Deutscher, aber ohne meine, meine serbischen Wurzeln zu verleugnen, ja? Ich steh' auch dazu und ich stehe zu meiner neuen Heimat Österreich.“ (K.D. Transkript: 1) Die Bedeutung der Herkunft seiner Eltern ist durch die Pflege des Glaubens und der damit in Verbindung stehenden Traditionen (etwa der Einhaltung orthodoxer Feiertage) näher bestimmt. Sein persönliches Zugehörigkeitsempfinden richtet sich auf eine christliche Glaubensgemeinschaft, in deren Zentrum die orthodoxe Gemeinschaft steht:

„Ich bin orthodoxer Gläubiger und ich fühl' mich überall hin bezogen wo es orthodoxe Kirchen natürlich gibt, egal ob es russisch, griechisch, bulgarisch, - also wir sind eine Glaubensrichtung und das ist dann mein engerer Kreis. Und genauso gut fühl' ich mich aber auch wohl in den anderen christlichen Konfessionen: Katholisch, evangelisch, das ist für mich..ich kann genauso in katholische Messen gehen, da hab ich überhaupt kein Problem damit.“ (K.D. Transkript: 2)

Ein Zugehörigkeitsempfinden zu einer serbischen Eigengruppe aufgrund der nationalen Herkunft seiner Eltern lehnt Dobrilovic persönlich ab, denn er „möchte da Glaube und die Nation da nicht verwechseln. Also für mich ist wichtig, dass ich orthodox bin, von meiner Glaubensrichtung her und sie heißt halt serbisch-orthodoxe Kirche“ (K.D. Transkript: 2)

8.1.2 Parteibindung

Dobrilovic lernte Parteiobmann Heinz-Christian Strache zunächst persönlich bei einer Benefiz-Gala kennen⁴⁰ auf die private Treffen und Telefonate folgten. 2007 wurde Dobrilovic passives Parteimitglied und ist nach eigenen Angaben seit 2010 aktiv für die Partei tätig. Im Vorfeld der Gemeinderatswahlen wurde er zum Präsidenten der 'Christlich-Freiheitlichen Plattform' ernannt und kandidierte in mehreren Bezirken mit der Ambition, „verschiedene Migranten, (..) weil ich bin ja selber ein Migrant, die für die Politik zu interessieren.“ (K.D. Transkript: 2) Der FPÖ hat er sich angeschlossen, weil es „die einzige Partei [ist], die die Interessen der eigenen Bevölkerung vertritt und schützt“ (K.D. Transkript: 3) und weil die FPÖ seiner Ansicht nach „Migranten schon eine politische Landschaft geschenkt hat, zu sagen, aha, ihr könnt euch hier bei uns wohlfühlen, ihr könnt auch hier bei uns mitarbeiten und mithelfen.“ (K.D. Transkript: 2) Sein Eintritt in die Partei und seine Tätigkeit sind nicht zuletzt motiviert durch den Versuch einer Inversion des Images der FPÖ als „ausländerfeindliche Partei“:

„Und mir war es wichtig wirklich, die FPÖ auch etwas anders kennenzulernen und den Leuten auch klar zu machen, dass die FPÖ nicht das ist, was sehr oft in den Medien über die berichtet wird! Ausländerfeindlich – das da der Ausländerhass geschürt wird und so – das ist ja alles irgendwie in den Raum gestellt. Wenn das so wäre, dann würde ich nicht heute im Wiener Rathaus sitzen im Freiheitlichen

⁴⁰ Laut Medienberichterstattung lässt sich jene als „Wiener Benefizveranstaltung für Serben im Kosovo“ näher spezifizieren. Vgl. <http://www.falter.at/web/print/detail.php?id=1230> (Zugriff am: 11.12.2011)

Klub und meiner Arbeit nachgehen.“ (K.D. Transkript: 2)

8.1.3 Politische Ambition

Als Präsident der Christlich-Freiheitlichen Plattform vertritt Dobrilovic „die christlichen Interessen des Abendlandes“ (K.D. Transkript: 4) mit der Ambition „die einzelnen christlichen Konfessionen etwas näher zu bringen. Bei uns, bei der CFP gibt es keine Orthodoxen oder Katholiken, Protestanten. Wir sind alle Christen, und wir müssen alle zusammen an einem Strang ziehen und machen da unsere gemeinsame Sache.“ (K.D. Transkript: 4)

Die „Werte und Traditionen des christlichen Glaubens“ (K.D. Transkript: 6), als deren Repräsentant Dobrilovic sich selbst und seine Partei versteht, und die man den WählerInnen „auch näher bringen“ möchte, werden spezifiziert als „die Tradition der Heimatliebe, der Menschen sich mit seinem Volk, mit seinem Staat und mit seiner Kirche wieder identifizieren zu können.“ (K.D. Transkript: 4) Zentrales politisches Anliegen der CFP ist die Identifikation aller europäischen StaatsbürgerInnen mit der jeweils eigenen Nationalität, denn

„die einzelnen Völker Europas müssen ihren nationalen Stolz beibehalten und müssen sich und dürfen sich und brauchen sich auch nicht schämen dafür, zu sagen, dass sie stolz sind, entweder Deutscher, Österreicher, Franzose zu sein. Aber es wird leider Gottes immer oft - in Deutschland wie in Österreich - immer irgendwie falsch verstanden. Wenn man sagt man ist stolz Österreicher zu sein, man ist stolz Deutscher zu sein, wird das sofort in so eine rechte Schublade gesteckt und das versteh ich nicht.“ (K.D. Transkript: 2)

Die Forcierung politischer Loyalität entlang nationaler Zugehörigkeit zu einer Volksgruppe und Religionsgemeinschaft geht mit der Abgrenzung gegenüber dem Islam und der Ausgrenzung von Zuwanderern muslimischen Glaubens einher, die zwar „auch das legitime Recht dazu [haben], sich zu [ihren] Wurzeln und [...] Traditionen [zu bekennen]“ (K.D. Transkript: 4), deren Wertesystem mit einem christlichen jedoch nicht vereinbar wäre: „Aber Sie müssen schon sehen, dass es manche Sachen [gibt], die sie vielleicht in deren Community haben, mit uns nicht vereinbar sind, z.B. das Frauenbild, die Unterdrückung der verschiedenen Gruppierungen anderer Bevölkerungsgruppen.“ (K.D. Transkript: 11) Innerhalb der Gruppe von MigrantInnen richtet sich sein Vertretungsanspruch auf „[die]jenigen schon, die sich hier in Österreich integriert haben und die sich auch hier mit Österreich auch identifizieren ohne ihre Wurzeln zu verleugnen.“ (K.D. Transkript: 10) Integration und Identifikation mit Österreich, ist nach Ansicht Dobrilovics für „christliche Europäer“ (Zitat Heinz-Christian Strache, siehe oben), deren Interessen von der CFP vertreten werden sollen, einfacher zu bewerkstelligen, als für muslimische Zugewanderte:

„Ich nehm' jetzt einmal einen christlichen Migrant und einen muslimischen Migrant. Und der christliche

Migrant wenn er jetzt, sagen wir mal, aus Norwegen kommt und herkommt nach Österreich, ist es für ihn eigentlich nur die Erlernung der Sprache notwendig um sich in die Gesellschaft zu integrieren. Der muslimische Migrant hat halt durch das Weltbild der Religion, oder das Frauenbild das der Islam über die Frau hat, schon mehrere Probleme sich zu integrieren. Er möchte, oder er versucht dann in seiner Welt dort auch zu leben. Und das sehen wir ja auch sehr oft von Tag zu Tag, dass die muslimischen Mitbürger öfters in ihren eigenen Parallelgesellschaften auch leben und sich überhaupt nicht in anderen Sphären, - entweder nicht trauen, oder nicht den Zugang haben. (K.D. Transkript: 5)

8.1.4 Wahlkampf

Dobrilovic kandidierte auf dem Bezirkswahlvorschlag für Favoriten auf Platz 4 und erhielt ein Mandat für den 10. Bezirk. Er war in den Wien-weiten Wahlkampf der Landespartei insbesondere bei Großveranstaltungen eingebunden und „als Verteiler“ (K.D. Transkript: 7) von Wahlmaterial „überall da wo's Stände gab und wo der Bundesparteioobmann oder unser Klubobmann Gudenus dort waren.“ (K.D. Transkript: 7) Seitens der Partei erfuhr er Unterstützung durch Coaching und Rhetorik-Kurse, wenngleich er der Auffassung ist, es sei seine Aufgabe die Partei zu unterstützen, nicht umgekehrt. Wie bereits erwähnt, wurde mein Gesprächspartner seitens des Spitzenkandidaten Heinz-Christian Strache im Rahmen einer Pressekonferenz als Präsident der 'Christlich-freiheitlichen Plattform für ein freies Europa souveräner Völker' (CFP) einer medialen Öffentlichkeit präsentiert und agierte als solcher in Eigeninitiative.

Wählersegment

Bei der Ansprache der WählerInnen im Direktkontakt ist Dobrilovic „quer durch die Landschaft“ gegangen, aber „als Migrant natürlich auch [auf] Leute mit Migrationshintergrund zugegangen“. (K.D. Transkript: 10) Seiner Einschätzung zufolge, ist es „bestimmt schon so, dass sich manche Serben wohler fühlen, wenn sie mich in der FPÖ sehen, ja und sich vielleicht da auch eine Brücke bauen zur FPÖ.“ (K.D. Transkript: 10) Aspekte geteilter Herkunft, wie ein ähnlicher Nachname können nach Ansicht Dobrilovics helfen „Berührungsängste“ zwischen seiner Partei und der serbischstämmigen Bevölkerung zu überbrücken:

„[E]s kann natürlich schon sein, dass sich manche Wähler, die auch jetzt einen serbischen Migrationshintergrund haben, sehen, aha, da ist einer der auch so einen ähnlichen Nachnamen hat wie wir, vielleicht kann er uns irgendwie helfen, vielleicht vertritt er uns ja dort, oder unsere Interessen, oder oder, es ist vielleicht für sie einfacher keine Berührungsängste zu haben, wenn man doch schon jemanden sieht der gehört da vielleicht doch noch irgendwie dazu und er möchte da vielleicht in Zukunft irgendwie mithelfen. Und die Leute kommen dann auf mich zu.“ (K.D. Transkript: 9)

Seine Kenntnis der serbischen Sprache setzte mein Gesprächspartner, dessen Erstsprache Deutsch ist, im Direktkontakt, sowie bei der Präsentation seiner Person als Vertreter der CFP in der serbisch-

orthodoxen Kirche ein: „Ich habe mit den Leuten die Deutsch sprechen, wie ich, hab ich mich auf Deutsch unterhalten. Natürlich gab's dann auch Leute die nicht so gut Deutsch sprechen, dann hab ich dann natürlich schon meine serbische Sprache genutzt.“ (K.D. Transkript: 9)

Themen

Im Wahlkampf hat Dobrilovic keine eigenen Themen besetzt, sondern „musste schon die Themen der Partei ansprechen und vertreten. (..) Meine Inhalte waren halt die Inhalte der Partei. (..) Das was mir vorgegeben wurde, da konnte ich jetzt nicht mich selber so weit aus dem Fenster lehnen und sagen, aha, ich will jetzt was ganz anderes ansprechen, was die Partei gar nicht vertritt.“ (K.D. Transkript: 9)

Als Repräsentant der CFP vertritt mein Gesprächspartner „christliche[..] Themen“, die er als die „Verfolgung [von] Christen, [und] Diskriminierung“ von Christen außerhalb, wie auch innerhalb Europas und „sogar in Österreich“ konkretisiert. (Alle Zitate K.D. Transkript: 4) Darunter versteht Dobrilovic, neben der Verfolgung der koptischen Minderheit in Ägypten, etwa die Kontroverse um das Kreuz als religiöses Symbol in Klassenzimmern österreichischer Schulen. Eine Debatte durch „die Eltern sich langsam fragen, ob wir noch immer in einem christlichen Land leben“ (K.D. Transkript: 4) und in der er erwartet, dass „die Politik da schon ein klares Zeichen setzt und sagt, 'die Kreuze müssen halt im Klassenzimmer bleiben.'“ (K.D. Transkript: 6)

Die Debatte um Kreuze im Klassenzimmer, die medial⁴¹ insbesondere hinsichtlich der Vereinbarkeit mit der Europäischen Menschenrechtskonvention als Kontroverse um die Interpretation des Kreuzes als religiöses oder traditionelles Symbol mit identitätsstiftender Bedeutung für den Nationalstaat geführt wurde, setzt der Gesprächspartner vergleichend in Zusammenhang mit dem Islam:

„Dass da jetzt die Schüler das Kreuz stört, das ist ja lächerlich. Dann müsste man ja, wenn man's anders rum sieht, in den islamischen Ländern wo es kein Recht auf Kreuz gibt, wo es kein Recht gibt auf Glocken läuten, wo die Priester nicht in ihrem Gewändern 'rumlaufen sondern in zivil damit sie nicht angegriffen werden.. Da ist dann schon die Frage: Okay, wir haben ja nur unser Kreuz an der Wand, das ja nur unser christliches Symbol ist und damit provozieren wir ja gar keinen, das ist ja gar keine Provokation. [...] Das heißt dann genauso, dass wir dann vielleicht in Zukunft, bald auch von den Glockentürmen unsere Kreuze wegnehmen müssen, weil es vielleicht ein Symbol der Provokation ist.“ (K.D: Transkript: 6)

Durch die Gegenüberstellung mit islamischen Ländern wird eine Kontroverse um Laizismus,

⁴¹ Vgl. etwa die Medienberichterstattung zur 2011 aufgehobenen Verurteilung der italienischen Regierung in erster Instanz durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (2009) aufgrund der Klage einer Mutter auf die Grundrechte der Religions- und Bildungsfreiheit. Z.B. hier: <http://derstandard.at/1297820817099/EGMR-gibt-Italien-im-Kruzifix-Streit-Recht> (Zugriff 12.12.2011) Vgl. für die Debatte in Österreich etwa: <http://www.nachrichten.at/oberoesterreich/steyr/art68,289284> (Zugriff: 12.12.2011)

Religions- und Bildungsfreiheit als Konflikt zwischen Islam und Christentum gedeutet. Seiner Auffassung nach ist es dabei die Aufgabe der Politik, die christlichen Werte zu schützen, denn:

„Es ist Fakt, dass Europa christliche Werte hat. (..) Goethe hat einmal gesagt, Europa ist auf einer Pilgerfahrt geboren und das Christentum ist seine Muttersprache und das ist einfach so. Wir können unsere christlichen Wurzeln nicht verleugnen und wir sollten sie auch nicht verleugnen. Und da muss die Politik dann schon im Hinterkopf haben, dass das ein christliches Territorium ist, was nicht heißt das nur Christen hier erwünscht sind – um Gottes Willen – aber das man schon die Werte und Traditionen des christlichen Glaubens dann schon vertreten muss.“ (K.D. Transkript: 6)

8.1.5 Vernetzung und Unterstützung

Vereine

Die Vorfeldorganisation 'Christlich-Freiheitliche Plattform' – die zum Zeitpunkt des Gesprächs vier Mitglieder umfasste und während des Wahlkampfes von Dobrilovic „im Großen und Ganzen“ (K.D. Transkript: 8) alleine repräsentiert wurde – kann nach Darstellung des Gesprächspartners als eigenes Tätigkeitsfeld relativer Autonomie innerhalb der Partei bezeichnet werden⁴², in dem er für die Vernetzung der FPÖ mit „verschiedenen christlichen Organisationen, Vereinen und Kirchen“ (K.D. Transkript: 4) zuständig ist. Realisiert wird dies durch den Besuch von Empfängen (etwa in der Botschaft vom Vatikan) oder das Auftreten als Vertreter der CFP in verschiedenen Glaubensgemeinschaften (etwa in der koptischen Kirche oder der griechisch-orthodoxen Glaubensgemeinschaft) und bei „Folklore-Klubs von verschiedenen Migrantengruppen“. (K.D. Transkript: 8) Seitens der FPÖ werden laut Auskunft Dobrilovics „verschiedene serbische über kroatische, polnische Vereine“ organisatorisch und finanziell unterstützt. (K.D. Transkript: 3)

Durch die Veranstaltung von Podiumsdiskussionen soll mit der CFP ein Raum geschaffen werden, „wo wir die Leute einladen (..), über die Geschichte, natürlich die gemeinsame, die wir haben und die gemeinsame Zukunft, und die christlichen Themen die die Leute halt dann auch ansprechen wollen“ (K.D. Transkript: 4) zu diskutieren. Die erste Podiumsdiskussion fand am 29.6. 2011 unter dem Titel 'Die ignorierte Christenverfolgung - Mentekel des 21. Jahrhunderts' im Wiener Palais Palffy statt.⁴³ Neue Mitarbeiter für die Plattform versucht Dobrilovic durch die Organisation von privaten Treffen in seinem persönlichen weitläufigen Netzwerk zu generieren:

„[Ich] organisier' Sonntags Fußballmatches, und dann ruf ich 16, 17, 18 Freunde an, dann spielen wir erst Mal Fußball und dann gehen wir mal grillen, was trinken, und dann erklär' ich ihnen mal ein bisschen was über die Plattform und frag dann die jeweiligen Burschen ob die da Lust haben.“ (K.D.

⁴² Vgl. „Wir haben [mit Heinz-Christian Strache, Anm. G.G.] da schon abgesprochen dass ich da schon auch meine Freiheit habe, was die Plattform angeht, und dass ich da schon meine Entscheidungen treffen kann, wer bei mir bei der Plattform dabei ist und wer nicht.“ (K.D. Transkript: 15)

⁴³ Vgl. Homepage der FPÖ:
<http://www.fpoe-wien.at/index.php?id=1199&newsID=11771&cHash=996222d5133d93219ad681ba60d41221>
(Zugriff: 12.12.2011)

Transkript: 14)

Prinzipiell ist hinsichtlich der Mitgliedschaft in und Kooperation mit der CFP „keine Konfession, keine Religion“ ausgeschlossen, „nur unser Ziel ist halt, dass wir die christlichen Werte vertreten möchten“ (K.D. Transkript: 4) und „als Obmann der CFP“ könne Dobrilovic „nicht viel anfangen“ mit jemanden, „der die Sprache nicht beherrscht.“ (K.D. Transkript: 12)

Der Fokus in der Ansprache „christlicher Europäer“ (Zitat Strache, Vgl. oben) wird mitunter ausgedehnt, indem Dobrilovic in der Vorfeldorganisation insbesondere auch aus Ägypten stammende Mitglieder der koptischen Kirche zu integrieren versucht, die zwar Christen sind, „aber nicht aus dem europäischen Kulturraum [kommen].“ (K.D. Transkript: 11) Auch Kurden seien in der Plattform sehr willkommen, und Dobrilovic bemerkt, „dass unsere FPÖ-Politiker sehr oft in Kurdistan auch zu Besuch sind.“ (K.D. Transkript: 11) Der Wahlkampf der FP 2010 wurde seitens „Kurden“, die an die Partei herangetreten sind, laut Angabe meines Gesprächspartners „in manchen Teilen sogar unterstützt“:

„Wir wissen ja, welche Probleme die Kurden mit der Türkei haben, oder welche Probleme die Kurden in der Türkei haben. (..) und deswegen haben die Kurden dort gesehen, sich vielleicht in der FPÖ wohl zu fühlen und vielleicht eine Unterstützung für ihre Mitbürger unten in Kurdistan, .. dass die FPÖ vielleicht die Stimme erhebt für diese Bevölkerungsgruppe, die hier ist, ja, die bis dato keiner erwähnt hat, oder für die sich keiner eingesetzt hat.“ (K.D. Transkript: 10)

Die Ausweitung des deutlichen Fokus auf ein christlich-europäisch definiertes Kollektiv auf Gruppen außerhalb des Europäischen Raums, findet wiederum in Abgrenzung gegenüber dem Islam (bzw. der Türkei) statt. Zwar könne „jeder Muslim, der sich mit unseren Werten in diesem Land identifizieren kann und sich auch als Teil dieser Gesellschaft sieht, [...] natürlich der Plattform beitreten.“ (K.D. Transkript: 4) Doch ein Bekenntnis gläubiger Muslime zu christlichen Werten schließt mein Gesprächspartner als „paradox“ aus: „weil wenn sie Kopftuch trägt, dann kann sie sich ja nicht zur christlichen Tradition bekennen, das geht nicht. (..) Das geht ja von ihrem Glauben her nicht. Das kann sie ja nicht machen.“ (K.D. Transkript: 15)

8.1.6 Fazit

Wenngleich Dobrilovic sich selbst nicht der serbischen Community zurechnet, sondern vielmehr aufgrund seiner Staatsbürgerschaft meint, „halt Deutscher“ (K.D. Transkript: 1) zu sein und betont die österreichische Staatsbürgerschaft beantragen zu wollen, ist die Herkunft seiner Eltern im Wahlkampf, und seine Zugehörigkeit zu einer christlichen Glaubensgemeinschaft für seine politische Arbeit im institutionellen Kontext der FPÖ zentral. Im Wahlkampf adressierte Dobrilovic

zwar kein eigens definiertes Wählersegment, aber „als Migrant“ innerhalb der FPÖ speziell Menschen mit Migrationshintergrund. Die sichtbare nationale Grenzlinie innerhalb der Gruppe von Menschen mit Migrationshintergrund, zieht sich entlang der Sprachbeherrschung und der Identifikation mit einer christlich definierten österreichischen Nation, durch die erfolgreiche Integration im Sinne des Gesprächspartners möglich ist. Die Zugehörigkeit zur nationalen Kategorie der „Österreicher“ ist gleichzeitig durch einen abstrakt gehaltenen Nationalismus bzw. „Nationalstolz“ weiter ausgestaltet, der sich sowohl auf die Herkunftsnation als auch auf die Aufnahmenation beziehen kann. Jene im Jargon der FPÖ als „Heimatliebe“ titulierte Anschauung – die geforderte Identifikation der Menschen mit ihrer Nationalität – soll in Abgrenzung gegenüber türkischem Nationalismus bzw. Rechtsextremismus und durch den Vergleich mit anderen europäischen Nationen gerechtfertigt werden:

„Wir haben hier das Beispiel Schweden, Finnland, wo die Leute ganz klar dazu stehen, zur neuen Heimat, dass man auch die Nationalhymne vor der Schule [singt, G.G.] Ich weiß nicht warum das so schlimm ist, oder was daran so tragisch sein kann. Weil die Türken, die machen das ja auch untereinander, die stellen sich hin und singen stolz die türkische Nationalhymne, zeigen das Bozkurt-Zeichen, das ist die nationalistische Partei in der Türkei, die den Adolf Hitler verherrlicht und sagt es gab keinen Holocaust⁴⁴. Und das versteh ich nicht. Und da kann man schon nationalistische Ängste schüren, und die machen das in unserem Land, aber der Österreicher darf nicht zu seiner Heimat stehen und darf nicht stolz auf seine rot-weiß-rote Fahne sein. Das versteh ich nicht, das muss mir jemand erklären. und da sag ich, [...] mein vollstes Verständnis für diejenigen Österreicher, die das auch vertreten wollen, ja? Und auch für die Migranten die sich mit ihrer neuen Heimat identifizieren.“ (K.D. Transkript: 12)

Um die nationale Differenzierung aufrecht zu erhalten und dennoch verschiedene nationale Kategorien zu verbinden, wird durch die Betonung religiöser Zugehörigkeit (zum Christentum) eine übergeordnete Kategorie geschaffen. Die Christlich-Freiheitlich Plattform folgt einem transeuropäischen und konfessionsübergreifenden Anspruch, der mitunter ausgedehnt wird, indem strategische Allianzen mit Gruppen gesucht werden, deren beanspruchte Nähe zur FPÖ nicht aufgrund geteiltem kulturellem oder religiösem Hintergrund besteht, sondern aufgrund der Abgrenzung gegenüber dem Islam bzw. der Ausgrenzung einer muslimischen Fremdgruppe, die als Bedrohung insbesondere christlicher (sowie ethnischer) Minderheiten gedeutet wird. Konkret handelt es sich um die religiöse Minderheit der Kopten in Ägypten, sowie die ethnische Minderheit der Kurden in der Türkei.

⁴⁴ Gemeint sind Anhänger der Türkischen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP), die seitens des Verfassungsschutz in Deutschland als rechtsextrem eingestuft wird. Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Graue_W%C3%B6lfe (Zugriff: 12.12.2011)

8.2 Ethnisierung im Einzelfall Markovic

8.2.1 Situatives Selbstverständnis

Luka Markovic ist in Bosnien, nahe der Grenze zur Kroatien und Serbien geboren und kam als Kind von sogenannten „Gastarbeitern“ 1992 nach Wien. „Ich bin ein gebürtiger Serbe, ich komme aus Republika Srpska, so heißt jetzt zur Zeit dieser Teil von Bosnien. Ich bin ein Österreicher mit serbischen Wurzeln, so heißt es bei uns in Partei, offizielle Stellung.“ (L.M. Transkript: 2) Seine Herkunft spielt für meinen Gesprächspartner eine „sehr sehr, ja, sehr große Rolle! Das ist die Nummer eins! Österreich ist meine Heimat, aber meine Wurzel.. das vergess' ich nie. Da stehe ich stolz, auf meine Wurzel. Auch auf meine Heimat stehe ich stolz, aber Wurzel darf man nie vergessen, sonst ist man eine verlorene Seele.“ (L.M. Transkript: 2)

Sein Zugehörigkeitsempfinden zu einer serbischen Herkunftsgemeinschaft, ist als kategoriale Identifikation von starker Loyalität gekennzeichnet und findet auch Ausdruck in der Verwendung von Personalpronomen (wir, uns) die sich großteils auf die serbische Community, in manchen Kontexten auch auf die Freiheitliche Partei beziehen. Während folkloristische Aspekte als nebensächlich für den Erhalt der Eigengruppe erachtet werden, gründet das Zugehörigkeitsgefühl, neben einem nationalen Aspekt, auch auf seinem Glauben, durch den - in Verbindung mit einer gemeinsamen Geschichte - eine Brücke zur Mehrheitsgesellschaft geschlagen wird:

„Unsere serbische Kirche hat letztes Jahr 150 Jahre gefeiert. Erste Abkommen (..) besteht schon seit 230 Jahren: (..) Damals, der Kaiser hat uns Autonomie gegeben in Österreich, (..) also hat uns anerkannt vor 230 Jahren in Österreich.“ (L.M. Transkript: 1)

Der historischen Anerkennung der Eigengruppe steht die alltägliche Fremdzuschreibung „als Ausländer“ gegenüber:

„Es ist bisschen kompliziert in Österreich: Schau meine Kinder gehen in's Lycee und sprechen perfekt Französisch. Und wenn ich mit den Kindern irgendwo unterwegs bin und wir sprechen Französisch, drehen sich die Leute um und sagen: 'Ah, schau die Franzosen an!' Wenn wir jetzt in andere Geschäft gehen und wir sprechen serbisch, sagen sie: 'Schau die Ausländer an!'“ (L.M. Transkript: 9)

Auf die prekäre Anerkennung seitens der Mehrheitsgesellschaft reagiert mein Gesprächspartner durch den Versuch einer individuellen Repositionierung, indem er – unter Verweis auf die Bedeutung der inhaltlichen Ausrichtung seiner Partei – die vom Mehrheitsdiskurs zugeschriebene Andersartigkeit zurückweist:

„Ich möchte mich nicht als Migrant vorzugeben, als Minderheit in Österreich sein. Ich möchte so wie die alle anderen Österreicher leben. So soll's sein. (..) Das kann man nur durch diese Richtlinie, was wir [die FPÖ] machen. Das wir sagen: Ich bin Österreicher mit serbische Wurzel.“ (L.M. Transkript: 12)

Neben dem Versuch einer kontextabhängigen Repositionierung ist anhand der Sprachanalyse gleichzeitig eine starke emotionale Affinität zur Eigengruppe ablesbar, die sich etwa in der Affirmation der Bildung ethnischer Wählersegmente ausdrückt:

„Ja, für uns Serben war das gut. Weil wir die ersten dann sind - weil von uns Serben gibt's mehr als die Türken. Also die erste größte Migrations- sind die Deutschen, dann die Serben, dann die Türken. Also wir werden automatisch dann direkt vertreten. Also für unsere Community war das sicher gut, aber das ist wieder bissl parallel.“ (L.M. Transkript: 12)

8.2.2 Parteibindung

Mein Gesprächspartner trat der FPÖ 2007 in Eigeninitiative aus Dankbarkeit für deren politische Haltung bezüglich der Unabhängigkeit des Kosovo bei. Bei einem Meeting mehrerer serbischer Vereine in Wien, wurde Heinz-Christian Strache zwar als Redner seitens des 'Serbischen Dachverbands' abgelehnt, jedoch ein von ihm gezeichneter Brief verlesen, der meinen Gesprächspartner dazu bewog, den Obmann privat zu kontaktieren, um sich persönlich zu bedanken.

„Ich bin einfach beigetreten zu dem Dankbarkeit für den Heinz-Christian Strache, dass der damals unterstützt gegen die Unabhängigkeit von die Kosovo. Das war – ist noch immer – die einzige parlamentarische Partei, was steht für die Ablehnung des unabhängigen Kosovo. Für diese.. für das.. das was das HC [Anm. Heinz-Christian Strache] damals für uns gemacht, in dieser schlimme Zeit, das war ein großes Schmerz für die serbische Community, die Unabhängigkeit von Kosovo. Aus meiner Dankbarkeit bin ich Mitglied geworden in der Partei.“ (L.M. Transkript: 3)

Während seine politische Aktivität nach seiner Auffassung erst mit der Kandidatur zur Wiener Gemeinderatswahl 2010 ihren Anfang nahm, folgte dem Parteieintritt zunächst der Ausbau der Beziehung zum Parteiobmann: „Wir haben ihn [Heinz-Christian Strache, Anm. G.G.] gleich nach unsere Kirche gebracht, auf Wunsch von ihm, auch von uns. Haben wir ihn nach Belgrad gebracht. (..) Er hat sich gefreut, wir auch.“ (L.M. Transkript: 5) Ausschlaggebend für die starke Bindung an die Partei ist neben der persönlichen Beziehung zu deren Obmann der soziale Aufstieg, den die Eigengruppe im Verständnis des Gesprächspartners durch die Ansprache der FPÖ erfährt:

„[D]urch die persönliche Freundschaft mit dem Heinz-Christian Strache sind wir sehr aktiv geworden und auf das Ganze, dass wir selbst keine Freunde gehabt, in irgendwelche Partei, keine einzige großen Politiker als Freunde gehabt. Und er hat uns die Hand offen gestreckt und wir haben das angenommen. (..) Also wenn sie jetzt Vorgeschichte bissl, als ich damals als Kind gekommen bin nach Österreich und später als ich selbständig geworden bin auch, was kannte ein Serbe, wen kannte ein Serben damals? Er kannte höchstens einen Polizeibeamten. Und jetzt auf ein Mal kommt ein Nationalratsabgeordnete, jetzt vielleicht zweite oder dritte Mann in Österreich und gibt uns Hand und sagt: 'Ja, ihr seid's okay. Ich möchte Freund zu euch sein. Ich möchte Freundschaft pflegen mit euch.'“ (L.M. Transkript: 4)

8.2.3 Politische Ambition

Ausgehend von dem Bestreben, der Eigengruppe zu sozialem Aufstieg zu verhelfen, ist sein politisches Engagement ambitioniert durch eine Vorbildfunktion die er einnehmen möchte. Entsprechend seiner „Ideologie [..]: Serben sollen in jeder Partei sein.“ (L.M. Transkript: 8) versucht er „[der] serbischen Community Politik beizubringen. (..) Weil bis jetzt waren sie überhaupt nicht vertreten. Nicht weil die anderen nicht wollen, sondern weil die Serben waren sehr wenig aktiv. Also fast eigene Schuld oder?“ (L.M. Transkript: 1)

8.2.4 Wahlkampf

Seinen Listenplatz 122 als erster serbischstämmiger Kandidat auf dem Stadtwahlvorschlag der FPÖ erhielt Markovic unvorhergesehen - aufgrund des plötzlichen Ausscheidens eines anderen Kandidaten – auf Wunsch des Obmanns:

„Da haben wir einmal Gespräche gehabt mit dem H.C. Strache und er hat gesagt: „Ja, es ist alles gut, dass wir haben, so viele Freunde von die Serben, dass wir auch in der Partei sehr viele Serben usw. Aber das hilft uns nicht das Ganze, wenn nicht Serben noch aktiver werden, einfach auf die Liste kommen und einfach in irgendwelche Ebenen sich selbst vertreten.““ (L.M. Transkript: 3)

Für einen Einzug in den Gemeinderat fühlte sich mein Gesprächspartner (abgesehen von einem nicht-wählbaren Listenplatz) nicht bereit:

„Ich war der einzige auf der Liste, der einzige Serbe. (..) Aber von Anfang an war ausgemacht mit Heinz-Christian Strache, dass ich nicht in Gemeinderat komme. Obwohl war ja Wunsch von ihm: Er wollte unbedingt einen serbischen Gemeinderatskandidaten haben, wollte einen Serben im Gemeinderat, aber ich war überhaupt nicht bereit für das.“ (L.M. Transkript: 12)

Zusätzlich kandidierte er auf den Bezirkslisten in Meidling (auf Platz 15), Rudolsfheim-Fünfhaus (14) und Ottakring (20) und wurde Bezirksrat in Meidling, tätig in den Bereichen Umwelt und Verkehr. Im Wahlkampf war er in die freiheitliche Bezirksgruppe seines Wohnbezirks eingebunden, agierte kaum in Eigeninitiative, reagierte aber auf ein reges mediales Interesse und erhielt viel Unterstützung seitens der Parteiführung, z.B. durch gemeinsame Auftritte mit dem Spitzenkandidaten Heinz-Christian Strache – teils mit medialer Präsenz - in verschiedenen kroatischen und serbischen Nachtlokalen.

Wählersegment: Serbische Community

Markovic hat gezielt die serbische Community adressiert und es wurden von der Partei eigenes personenbezogenes Wahlmaterial (deutsch-sprachige Flyer und Folder) herausgegeben. In einem

auf dem Internetportal 'youtube' veröffentlichtem Video wird Markovic vor der österreichischen Nationalfahne mit dem Slogan „Ich bin stolz auf meine neue Heimat“⁴⁵ von Parteiobmann Heinz-Christian Strache als Vorzugsstimmen-Kandidat präsentiert. Seine Erstsprache wollte Markovic im Wahlkampf nicht einsetzen, denn es gibt eine „Richtlinie“ seitens der Partei, „dass wir sprechen und bei uns gibt’s alles nur auf Deutsch“ (L.M. Transkript: 11), die seiner persönlichen Haltung entspricht: „Wenn jemand nicht mich versteht, kann ich sicher in andere Sprache auch Information geben, aber war auch mein Ziel, sie sollen sich ein bissl aufwachen und sagen: Ja, wir sind in Österreich, reden wir jetzt ein bissl mehr Deutsch! Strengen wir uns ein bissl an.“ (L.M. Transkript: 9) Geteilte Herkunft ist nach Ansicht meines Gesprächspartners kein Faktor für den Wahlentscheid, vielmehr wollte er „nicht nur die serbische Kandidat sein oder serbische Wähler sein. Ich wollte so wie die alle anderen. Es gibt ja sehr viele Österreicher mit anderen Wurzeln, warum sollten nur die Serben anders sein in dieser Stadt? Kein Grund.“ (L.M. Transkript: 9)

Innerhalb seiner Eigengruppe ist Markovic jedoch mit einem Glaubwürdigkeitsproblem seiner Partei konfrontiert: Heinz-Christian Straches Engagement um die serbische Community wird auf das strategische Eigeninteressen der Stimmenmaximierung zurückgeführt und Markovics Parteizugehörigkeit bzw. Kandidatur wird mit Argwohn begegnet: „Die (..) haben gesagt: ja, das ist schön, aber wir glauben nicht, dass das wahr ist, (..) wir glauben noch immer nicht dem Heinz-Christian Strache. Warum macht der das so? Warum steht der für uns? Für welche Grund?“ (L.M. Transkript: 4) Markovic hält der Skepsis Straches jahrelanges Bemühen um die serbische Community entgegen (etwa die Unterstützung des Ansuchen um eine serbisch-orthodoxe Diözese in Österreich) durch das sich „die Freundschaft (..) jetzt schon bewiesen“ (L.M. Transkript: 5) habe. Darüber hinaus stehe der Obmann der FPÖ nicht nur für die Eigengruppe, sondern auch für andere christliche Gruppen:

„Und ich glaube, der steht nicht nur für die Serben. Sondern, (..) der HC steht zu den Christen. Das sind seine Richtlinien (..) der steht nicht nur für die Serben, der steht auch für Kroaten und auch für die, die anderen, Polen, Tschechen, usw. Kopten - ganzes christliches Community!“ (L.M. Transkript: 4)

Den Grund für den Beginn der Bemühung der FPÖ um die Eigengruppe sieht Markovic in den „christlichen Richtlinien“ der Parteiführung, welche die Adressierung einer serbisch-orthodoxen Wählergruppe – etwa im Gegensatz zu einer kroatisch-stämmigen Wählergruppe, die in ihrer Mehrheit katholisch ist – nahelegt. Als „die FPÖ entschieden [hat], nicht gegen alle Ausländer“ zu sein, sondern nur gegen jene, welche Österreich nicht als „neue Heimat“ akzeptieren und begann

⁴⁵ Abrufbar auf dem Internetportal 'youtube' unter: „Luka Markovic FPÖ (Deutsch)“ <http://www.youtube.com/watch?v=cDn7fnhxZ6s> (Zugriff: 11.12.2011)

sich „für ein christliches Land“ stark zu machen, wäre nach Ansicht Markovics ein Bemühen um eine nicht-katholische christliche Wählergruppe glaubwürdiger. (Alle Zitate L.M. Transkript: 5)

„Das sind keine christlichen Richtlinien, wenn'st nur die Kroaten nimmst. Es sind beide Katholiken. Und die Österreicher und die Kroaten auch. Es ist nicht christlich, wenn nur [...] zwei Katholiken oder drei Katholiken zusammen sind. Christlich ist, wenn [...] alle Christen dabei sind.“ (L.M. Transkript: 5)

Insofern ergibt sich aus Blickwinkel Markovics' weiters die Adressierung einer orthodoxen in Wien ansässigen WählerInnenschaft seitens seiner Partei, „das sind die Russen, Serben, Rumänen, Griechen, Bulgarer und Kopten“ (L.M. Transkript: 5)

Themen

Markovic hat im Wahlkampf keine eigenen Themen besetzt, vielmehr vertritt er die Linie der Partei und sein Repräsentationsanspruch bzw. die Mobilisierung seiner Eigengruppe, „dass die Serben sich selbst vertreten“ (L.M. Transkript: 3) stehen als Inhalte für sich.

8.2.5 Vernetzung und Unterstützung

Vereine

Mein Gesprächspartner steht den Aktivitäten serbischer Vereine in Österreich sehr kritisch gegenüber. Zum einen aufgrund beständiger Spaltungen (alter Vereinsmitglieder) und Neugründungen die eine „unglaubliche“ Vielzahl serbischer Vereine ergibt, zum anderen weil sich ihre Tätigkeit auf den Erhalt der Folklore beschränke, während sich mein Gesprächspartner wünscht, sie wären politisch aktiver.

„Da hat's mir nicht gefallen. Nie. Und der zweite Grund ist auch, dass diese Vereine sind meistens in die Hände von nicht-österreichische Staatsbürger. Und was kann die dann reden, was kann die dann sagen, die Leute, was sie nicht entscheiden, dass Österreich ihre neue Heimat ist? Ich brauch einen Verein, wo sind die eingebürgerten Serben hier in Österreich. Ein Verein wo die Österreicher mit serbische Wurzel, so was! Aber das gibt's nicht.“ (L.M. Transkript: 2)

Er ist nichts desto trotz in „sehr gutem Kontakt“ mit vielen Obmännern von Vereinen, erhielt aber keine Unterstützung im Wahlkampf, weil die „Vereine (..) politisch unabhängig bleiben [müssen]“. (L.M. Transkript: 9) Von seiner Kritik ausgenommen ist lediglich die 'Österreichisch Serbische Gesellschaft', bei der er auf Einladung des serbischen Botschafters in Österreich, Milovan Božinović gemeinsam mit Heinz-Christian Strache (neben Vertretern anderer politischer Parteien) Mitglied wurde. „Jetzt haben wir eine Bitte von den serbischen Botschafter, dass wir diesen Verein ein bissl aktiv machen.“ (L.M. Transkript: 2)

In die Vorfeldorganisation der FPÖ, die 'Christlich-Freiheitliche Plattform' ist Markovic absichtlich nicht involviert, denn, „wenn wir als Obmann einen Serben haben, dann braucht man andere, auch Orthodoxen oder andere Christen dabei, nicht nur Serben. Das wäre dann nicht christlich-freiheitliches Plattform, sondern serbisch-freiheitliches Plattform.“ (L.M. Transkript: 6) Gemeinsam mit Konstantin Dobrilovic, dem Präsidenten der CFP organisiert er jedoch in Kooperation mit dem freiheitlichen Bildungsinstitut Veranstaltungen, etwa einen „serbischen Kongress“, der die internationale Ausrichtung oppositioneller Parteien aus dem ex-jugoslawischen Raum thematisierte:

„Haben wir so eine Anfrage gestellt zu den Serben: Wo möchte denn serbische Volk – größtes Volk am Balkan – wo wollen sie denn hingehen? (..) Wollen sie zur EU? Oder zu Russen? Zu den Chinesen? (..) Was die Regierung macht, das wissen wir eh alle, jetzt haben wir noch die Opposition gefragt. Was sagt die serbische Opposition in Serbien, in Montenegro und in Republika Srpska, alle pro-serbischen Parteien.“ (L.M. Transkript: 6)

Medien

Seitens der österreichischen Massenmedien bestand ein starkes Interesse an Markovics Kandidatur, das als „unangenehm“ empfunden wurde. In dieser schwierigen Situation erfuhr er viel persönliche Unterstützung seitens seiner Partei: „Sie haben jedes Mal gesagt: 'Egal wie das ausgeht Interview - gut oder schlecht - mach einfach, sag einfach immer das was du meinst. (..) Das ist unser Wunsch, dass du dabei bist. Und wir freuen uns, dass ORF dich gefunden hat, dass du Interview machen kannst!' Aber für mich persönlich war das schwierig.“ (L.M. Transkript: 7)

Österreichische TV-Stationen begleiteten Markovic mehrmals im Wahlkampf und filmten gezielte Besuche gemeinsam mit Spitzenkandidat Heinz-Christian Strache in serbischen und kroatischen Nachtlokalen auf der Ottakringerstrasse. „Es waren 200 oder 300 Kandidaten auf der Liste. ORF wollte niemanden, die wollten unbedingt immer nur den Luka haben. ORF 1, ORF 2 und Puls 4 usw. die waren so irgendwie überrascht.“ (L.M. Transkript: 11)

Die österreichischen Medien konfrontierten meinen Gesprächspartner mit „dem schwierigsten Problem“ (L.M. Transkript: 4) im Wahlkampf, indem er sich häufig der Frage gegenüber sah, warum er in einer „ausländerfeindliche[n] Partei“ kandidiere.

„Obwohl es nicht stimmt! Das ist alles Kritik von den anderen Parteien, dass freiheitliche Partei ist ausländerfeindliche Partei.“ (L.M. Transkript: 11) „Das war ein Vorurteil. Ich selbst bin ein Ausländer, oder Kind von Gastarbeiter. (..) Haben sie uns nicht geglaubt, dass ich überhaupt dabei bin.“ (L.M. Transkript: 4)

Medial wurde neben dem Glaubwürdigkeitsproblem, gegen das Markovic als serbisch-stämmiger FPÖ-Kandidat zu kämpfen hatte, in Interviews insbesondere die feindliche Haltung der FPÖ gegenüber dem Islam thematisiert, etwa im von Puls 4 ausgestrahltem Format 'Stadtreport', bei dem

er von einer türkisch-stämmigen Moderatorin⁴⁶ interviewt wurde:

„In diesem Moment war ich sehr skeptisch, weil die Frau I. ursprünglich kommt aus Istanbul war mir voll unangenehm. (...) Naja, die fragen: du kandidierst in eine ausländerfeindliche Partei. Ich bin ein Serbe, sie kommt aus Türkei und war mir so ein bissl unangenehm, dass sie glaubt, ich steh gegen türkische Migration oder gegen türkische Bevölkerung. Und hat das angesprochen, dass wir so von parteimäßig, dass wir haben ein bissl Problem mit den türkischen Migranten. Die leben ein bissl parallel in dieser Stadt. (...) Zweites Interview (...) war Mehmet Akbal, schon wieder das gleiche. Dann hab ich gesagt, ich weiß nicht, war mir unangenehm und bissl überrascht: Bin in Österreich, und so viele Reporter gibt's in ORF und warum ersten zwei Reporter, mit den türkische Wurzeln kommen zu mir?“ (L.M. Transkript: 7)

Serbisch-sprachige Medien wie die 'Vesti' oder der 'Kurir' berichteten ebenfalls „sehr viel“ über seine Kandidatur. Die 'Vesti' thematisierte nach Auskunft Markovics fast wöchentlich die Gemeinderatswahlen in Form einer Gegenüberstellung zwischen sozialdemokratischen Positionen und jenen der Freiheitlichen Partei:

„Die haben auch so ein bissl zwischen andere Kandidaten und mich haben sie so ein bissl eine Streit gemacht. (...) Der war Kandidat bei den Sozialdemokraten und hat seine Kandidatur angefangen in der Zeitung mit dem Titel: Strache lügt den Serben. Da hab ich verstanden, dass ich auch die Serben belüge, weil ich mit dem Strache bin.“ (L.M. Transkript: 8f)

8.2.6 Fazit

Die persönlich empfundene Zugehörigkeit meines Gesprächspartners zu einer national definierten Eigengruppe der Serben wird durch die sprachliche Figur seiner Selbstverortung, („ich bin ein Österreicher mit serbischen Wurzeln“) die er als „offizielle Stellung“ in seiner Partei ausweist, mit der Zugehörigkeit zur österreichischen Nation verbunden. Sein Wahlkampf zielt auf die serbische Eigengruppe und ist von der Intention getragen, dieses Kollektiv zu der von ihm persönlich verfolgten Repositionierung zu animieren, indem die Verwendung der deutschen Sprache, Einbürgerung (Vgl. Vereine) und affektive Zuwendung zur „neuen Heimat“ gefordert werden. Insofern wird eine Grenzlinie innerhalb der Eigengruppe sichtbar, die orientiert an der politischen Ideologie der FPÖ, entlang der Staatsbürgerschaft und Zugehörigkeit zur österreichischen Nation verläuft. (Vgl. Vereine) Als serbisch-stämmiger Kandidat der FPÖ ist er selbst mit einer starken Abgrenzung seiner Partei gegenüber türkischen Migranten konfrontiert, die ihm zwar gegenüber Vertretern der Fremdgruppe „unangenehm“ ist, die aber affirmiert wird. Seitens seiner Partei werde zwar nicht pauschal, sondern jener Teil der zugewanderten Menschen, die Österreich nicht als neue Heimat akzeptieren, kritisiert, doch:

„Das größte Problem gibt's zur Zeit bei den Türken, gibt's auch bei den Serben, sicher, auch viel bei den andern. Also direkt haben wir angeschaut nur die zwei größten Bevölkerung. Das sind ja türkische

⁴⁶ Deren Name nicht ermittelt werden konnte und somit in Folge auf die Initialen reduziert bleibt.

Migration und serbische. Bei den serbischen haben wir viel, viel besseres Migrationshintergrund, Migrationsaktivitäten usw. gefunden, als bei den türkisch-stämmigen Leuten.“ (L.M. Transkript: 7)

Die Partei legt als institutioneller Kontext die Betonung der Zugehörigkeit zur österreichischen Nation nahe, durch die das Interesse des sozialen Aufstiegs der Eigengruppe, aus Perspektive meines Gesprächspartners realisierbar scheint. In Verbindung damit steht sowohl das Ablegen eines Minderheitenstatus als Migrant, sowie die Abgrenzung gegenüber einer türkischen Fremdgruppe.

8.3 Relevanz ethnischer Kategorien in der FPÖ

Heinz-Christian Strache, der erst knapp vor den Gemeinderatswahlen 2005 – nach der Abspaltung des BZÖ – zum neuen Obmann der FPÖ ernannt wurde sah sich bereits bei den letzten Wiener Gemeinderatswahlen der Herausforderung gegenüber, sich selbst sowie die FPÖ in Abgrenzung gegenüber dem ehemaligen Parteichef Jörg Haider zu positionieren. (Vgl. Pichler 2005: 27) Während in den 1990ern im ideologischen Profil der Partei die Ausgrenzung von „Ausländern“ zu den inhaltlichen Kernthemen der FPÖ zählte, die nicht zuletzt ausschlaggebend für Wahlerfolge und Wählerbindung waren (Vgl. Mair/Müller/Plasser 1999), ist in der strategischen Ausrichtung der Partei im Wahlkampf 2010 in der gezielten und durch eine Vorfeldorganisation organisierten Ansprache „hervorragend integrierter“⁴⁷ Zuwanderer aus Süd- und Osteuropa ein Novum zu erkennen. Der Versuch der Inversion des Images als „ausländerfeindliche Partei“ ist inhaltlich von der Beibehaltung und fortschreitenden Zuspitzung der Opposition gegen Zuwanderung auf ein Bedrohungsszenario der zunehmenden „Überfremdung“ insbesondere durch eine „Islamisierung“ der Gesellschaft⁴⁸ getragen. Die Christlich-Freiheitliche Plattform stellt den Versuch dar, die gezielte Ansprache eines serbisch-stämmigen Wählersegments über jenes hinweg auf ein christlich definiertes Kollektiv auszudehnen, das sich insbesondere aus den „Völkern“ des Südens und Ostens Europas generiert. Die Identifikation mit der Nation bzw. Nationalismus, im freiheitlichen Jargon „Heimatverbundenheit“, bleibt nach wie vor die Konfliktlinie, die FPÖ-WählerInnen verschiedener Herkunftsländer an die Partei binden soll. Durch Abstraktion von der österreichischen Nation, kann diese „Heimatverbundenheit“ flexibel auf die Herkunfts- und/oder die Aufnahme-Nation gemünzt werden. Der bereits in vorangegangenen Wahlen bemerkbare, deutliche Fokus der Partei auf ein serbisch-stämmiges Wählersegment wurde 2010 durch die erstmalige Einbeziehung und - für die

⁴⁷ Zitat Strache Vgl. http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20100527_OT0199/fpoe-strache-praesentiert-christlich-freiheitliche-plattform-fuer-ein-freies-europa-souveraener-voelker (Zugriff: 12.12.2011)

⁴⁸ Die im Wahlkampf der FPÖ etwa auf Wahlplakaten stark zum Ausdruck kam. (Vgl. Rosenberger/Meyer 2011)

FPÖ ungewöhnliche - Förderung serbisch-stämmiger (Bezirksrats-)Kandidaten forciert.⁴⁹ Eine Strategie die offensichtlich als Reaktion auf ein von beiden Gesprächspartnern thematisiertes Glaubwürdigkeitsproblem der Partei innerhalb der WählerInnenschaft zu deuten ist.

Die FPÖ zieht und konturiert stark nationale Grenzlinien, die einerseits auf Ebene von Individuen (Einzelfall Markovic) Abgrenzungen und Ausschlüsse anregen, andererseits auf einer übergeordneten kategorialen Ebene wieder als „Völker Europas“ mit einem als gemeinsam vorgestellten christlichen Wertekanon assoziiert werden (sollen). (Vgl. CFP) Die Adressierung eines christlich-europäischen Wählersegments kann mit Wimmer als Ausweitung bestehender Grenzlinien gedeutet werden, die sich maßgeblich aus einer stark polarisierenden Ausgrenzung von muslimischen Einwanderern ergibt. Auf Ebene religiöser Grenzziehungen wird eine binäre Kategorisierung Christentum/Islam vorgenommen, die auf Seiten der christlichen Religionszugehörigkeit in einzelne Konfessionen ausdifferenziert wird (orthodox, katholisch, koptisch), hinsichtlich der muslimischen Religion jedoch keine Entsprechung findet. Vielmehr ermöglicht die Ausdifferenzierung christlicher Konfessionen wiederum die Zuordnung nationaler Kategorien zu den Religiösen (Vgl. Einzelfall Markovic), wodurch das Ansinnen der polarisierenden Abgrenzung einer europäischen(-christlichen) Völkergemeinschaft (bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung nationaler Grenzlinien) gegenüber dem Islam und der Türkei unterstrichen wird. Die Argumentation eines islamisch-türkischen Feindbildes als Bedrohung einer christlich-europäischen Wertegemeinschaft seitens der FPÖ macht eine weitere Überschreitung so gezogener Grenzlinien „plausibel“, verdeutlicht in der Aufforderung an Kurden (als Angehörige einer ethnischen Minderheit in der Türkei), sowie Kopten (als Angehörige einer religiösen Minderheit in Ägypten) zur bedrohten Eigengruppe dazu zu gehören.

⁴⁹ Beide Gesprächspartner betonten die erstmalige Kandidatur sowie den Einzug aller kandidierender serbisch-stämmiger Bezirksräte durch die Wahlen 2010.

9. Resümee

Menschen mit Migrationshintergrund galt insgesamt im Wahlkampf zur Wiener Gemeinderats-Wahl 2010 als WählerInnenpotential in unterschiedlicher Ausprägung die zunehmende Aufmerksamkeit der Parteien, was sich in der wachsenden Zahl von migrantischen KandidatInnen auf den Stadtwahlvorschlägen spiegelt. Das Prinzip der Zurechnung von Individuen nach dem Aspekt ihrer Herkunft durch die Bildung ethnischer Wählersegmente, bekommt – im Gegensatz zur Jahrzehnte vorherrschenden gesellschaftlichen und politischen Exklusion von zugewanderten Menschen durch die österreichische „Gastarbeiterpolitik“, die MigrantInnen lediglich unter dem Aspekt ihres wirtschaftlichen Nutzens betrachtete – zunächst eine inkludierende Gestalt. Insbesondere eingebürgerte MigrantInnen aus der Türkei und dem ex-jugoslawischen Raum, sowie deren Nachkommen können in Zeiten des Wahlkampfes allein aufgrund ihrer Anzahl, unter der wettbewerbsstrategischen Prämisse der Stimmenmaximierung nicht länger vom politischen Geschehen ausgeschlossen bleiben. Kandidierende jener Herkunft sind auch am häufigsten auf den Wahlvorschlägen der Parteien repräsentiert. (Vgl. Meyer/Rosenberger 2010: 11) Die Vernetzung von Personen in ethnischen oder religiösen Organisationen kann – wie in den Einzelfällen Hüseyin Kilic oder Mustafa Iscel – eine Einladung zur Mitgliedschaft seitens politischer Parteien anregen.

Gleichzeitig befördert die Mobilisierung ethnischer (und religiöser) Zugehörigkeit im Kontext des Wahlkampfes sowohl auf Ebene einzelner Kandidierender, als auch durch die Wahlkampfstrategien der Parteien Dynamiken ethnischer Identifikation und Grenzziehungen, die gleichsam als Ausdruck wie als Reaktion auf einen fortschreitenden Prozess der Ethnisierung gesellschaftlicher und politischer Strukturen interpretiert werden können. Das Wahlkampfgeschehen, ein zentrales gesellschaftspolitisches Interaktionsmuster, bestärkt durch die Politisierung ethnischer Gruppen die Relevanz ethnischer Zurechnung als Prinzip gesellschaftlicher Ordnungsvorstellungen. Die Parteien bieten in unterschiedlicher Art und Ausprägung Kandidierenden Anreize ethnische Zugehörigkeit im Wahlkampf zur Geltung zu bringen. Der Zugang zu ethnisch definierten Wählersegmenten geht insbesondere bei der SPÖ mit einer Institutionalisierung ethnischer Kategorisierungspraxen durch statistische Erhebungen, welche die Herkunft von Kandidierenden mit Migrationshintergrund erfassen, einher. Allerdings folgt diese Handhabung dem expliziten Anspruch der politischen Inklusion derart erfasster Individuen und Gruppen. Der zunehmenden Politisierung von Ethnien entspricht die Mobilisierung von Aspekten geteilter Herkunft in Wahlkampagnen der Kandidierenden. Die

Forcierung politischer Loyalität passiert entlang unterschiedlicher Ebenen ethnischer Zugehörigkeit (nationaler, ethnischer, religiöser, etc.) in Abhängigkeit von persönlichen Interessen und in Verbindung mit der ideologischen Ausrichtung der Parteien, in denen Kandidierende verankert sind.

Ethnische Zugehörigkeit als Ressource

Ethnische Zugehörigkeit stellt in den hier analysierten Wahlkämpfen - in unterschiedlichen Ausprägungen und unter jeweils anderer Auffassung – eine Ressource der Kandidierenden dar, die zur Mobilisierung ethnischer Gruppen verwendet wird und die mehrheitlich in Verbindung mit politischer Orientierung als Motiv für den Wahlentscheid der eigenen WählerInnenschaft angesehen wird. Ausschlaggebend dafür ist in vielen Fällen eine Vertrauensbasis, die häufig durch gemeinsame Sprache, sowie andere (z.B. religiöse oder kulturelle) Aspekte von Gemeinsamkeit und Identifikation gegeben ist. Vorteile, die insbesondere im Direktkontakt mit der WählerInnenschaft von zentraler Bedeutung sind und Bedingungen eines emotionalen Zugangs schaffen.

Der von allen geteilte Anspruch, die Vertretung kaum oder nicht repräsentierter Gruppen zu gewährleisten, wird zwar zur Mobilisation an der Wahl zu partizipieren verwendet, jedoch nicht in Verbindung mit spezifischen zu realisierenden Interessen für ein ethnisches Kollektiv gebracht. Während sich Wahlkampagnen zwar oft auf eine (od. mehrere) spezifische Eigengruppe(n) in Zusammenhang mit ethnischen Organisationen richten, lässt sich ein singulärer Vertretungsanspruch spezifischer politischer Anliegen einer ethnischen Gruppe, in den seltensten Fällen (Vgl. Iscels Wahlkampagne 2005, Vgl. Dobrilovic) ablesen. Vertretene Inhalte sind in vielen Fällen ähnliche Themen die sich auf die Integration und Partizipation von MigrantInnen generell abstrahieren lassen, und mitunter speziell für eine enger definierte Eigengruppe vertreten werden. Eine Ethnisierung politischer Inhalte ist hingegen einzig anhand der Wahlkampfstrategie der FPÖ nachzuvollziehen.

Ethnische Grenzziehungen in den Strategien der Parteien

Während sich die Mobilisierung ethnischer Zugehörigkeit bzw. die Bildung ethnischer Wählersegmente seitens der hier analysierten Parteien in unterschiedlicher Ausprägung auf in Wien ansässige ethnische Minderheitengruppen richtet, adressiert die FPÖ gleichzeitig explizit die österreichische Mehrheitsgesellschaft als Angehörige eines ethnisch-religiös definierten Kollektivs

christlicher EuropäerInnen. Die Mobilisierung ethnischer Grenzlinien ist somit einzig seitens der FPÖ dezidiert auch von der Intention getragen, ein nationales Kollektiv durch kategoriale Zuschreibung identitätsstiftender (religiöser) Werte und Interessen, durch die Betonung einer gemeinsamen Geschichte und Zukunft sowie durch das Setzen „christlicher Themen“ zu konstruieren. Die religiösen Grenzlinien die im Wahlkampf der FPÖ mobilisiert werden, dienen dabei der Überlagerung und Ausweitung nationaler Kategorien und basieren auf der Abgrenzung gegenüber dem Islam sowie der Ausgrenzung einer muslimisch-türkischen Fremdgruppe.

Während der Wahlkampf der Grünen hinsichtlich der Ansprache eingebürgerter Menschen von der Intention einer Überwindung ethnischer Grenzen getragen ist und die SPÖ den Anspruch der Inklusion von migrantischen Gruppen generell verfolgt (dabei jedoch nationalen Kategorien ein Primat erteilt) wendet sich die FPÖ mit ihrem politischem Programm speziell an WählerInnen eines „christlich-europäischen Wertesystems“. Die ÖVP nimmt hier eine Zwischenposition ein, indem sie zwar alle „Gruppen in Wien, die aufgrund der Anzahl auch eine bestimmte Rolle spielen“ (P.M. Transkript: 2) anzusprechen versucht, aber gleichzeitig ihr traditionelles „christliches Wertefundament“ (ebd.) betont und gezielt um die Stimmen jener Communities wirbt, die dieses Wertefundament teilen. Die Betonung des Christentums und des damit verbundenen, vorgestellten Wertekanons geht mit einer impliziten symbolischen Grenzziehung gegenüber jenen Gruppen einher, die aufgrund dieser Definition automatisch zur *outgroup* werden, namentlich der muslimischen Bevölkerungsteile. Während die ÖVP noch den Spagat versucht, sich sowohl explizit auf eine christliche Wertegemeinschaft zu beziehen, als auch türkische und arabische Wählersegmente anzusprechen (wofür der Konflikt um die Kandidatur Sirvan Ekicis als Ausdruck gesehen werden kann), geht die FPÖ in der Mobilisierung religiöser Zugehörigkeit weit kompromissloser vor.

Insgesamt ist anhand der Wahlkampfstrategien beider Parteien eine Revitalisierung der politischen Relevanz von Religion bzw. religiöser Zugehörigkeit festzuhalten, die religiösen Grenzlinien stärkeres Gewicht und schärfere Kontur verleiht. In der binären Grenzziehung zwischen Islam und Christentum nähern sich die traditionell anti-klerikale FPÖ und die historisch in einem katholischen Milieu verankerte ÖVP einander an. Wenngleich sich die mobilisierten Grenzlinien hinsichtlich der FPÖ als Ausdruck der expliziten *Ausgrenzung* eines konstruierten muslimischen Kollektivs zeigen, und hinsichtlich der ÖVP neben einer *Abgrenzung* der Versuch der Inklusion muslimischer Gruppen

sowie der Inversion in Zusammenhang stehender Merkmale (Kopftuch) zu konstatieren ist. (Vgl. das Werben der ÖVP in islamischen Vereinen und die Präsentation Sara Rahmans)

Die Kooperation der ÖVP und insbesondere der SPÖ mit großen ethnischen und religiösen Organisationen, tendenziell unabhängig von der politisch-ideologischen Ausrichtung kann als Ausdruck der Operation mit einer bestehenden Grenzlandschaft interpretiert werden. Hingegen ist der Umgang mit ethnischen Grenzlinien seitens der FPÖ und den Grünen eher ideologisch motiviert und stärker vom Versuch der Transformation dieser bestehenden Grenzlandschaft gekennzeichnet. Die historischen Entstehungszusammenhänge, insbesondere der FPÖ als Vertreter des deutsch-nationalen Lagers, legen ersteres bereits nahe und in der Gründung eigener Vorfeldorganisationen, welche ethnische oder religiöse Vereine entlang politischer Vorzeichen assoziieren sollen, kommt zweiteres zum Ausdruck.

10. Bibliographie

Alemann, Ulrich von (1995) Hg: Politikwissenschaftliche Methoden. Grundriß für Studium und Forschung. Westdeutscher Verlag, Opladen

Alibali, Edona / Borenich, Martin / Gaubinger, Simone / Huber, Vinzenz / Macukanovic, Maja / Schneeweiß, Sophie: Migrant_innenorganisationen in Wien. Abschlußbericht Forschungsseminar Wahlen in Wien. Unveröffentlichter Forschungsbericht, Universität Wien 2010

Barth, Frederik (1969): Ethnic Groups and Boundaries. The Social Organization of Cultural Difference. Little Brown, Boston

Bergmann, Jörg (2010): Die kategoriale Herstellung von Ethnizität. Ethnomethodologische Überlegungen zur Ethnizitätsforschung. In: Müller, Marion [Hg] Ethnowissen: soziologische Beiträge zu ethnischer Differenzierung und Migration. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften.

Bozay, Kemal (2005): „...ich bin stolz, Türke zu sein!“ Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte im Zeichen der Globalisierung. Wochenschauverlag, Schwalbach

Brubaker, Rogers (2007): Ethnizität ohne Gruppen. Hamburger Edition HIS Verlagsgesellschaft, Hamburg

Dachs, Herbert (2006): Grünalternative Parteien. In: Dachs, Herbert et al. (2006) Hg: Politik in Österreich. Das Handbuch. Manz, Wien; 389-401.

Dahinden, Janine (2010): Religion und Ethnizität. Welche Praktiken, Identitäten und Grenzziehungen? Eine Untersuchung mit jungen Erwachsenen. (Abschlussbericht)
online: http://www.nfp58.ch/d_kommunikation_publikationen_projektpublikationen.cfm (Zugriff: 20.3.2011)

Drechsler, Hanno u.a. (2003) Hg: Gesellschaft und Staat. Lexikon der Politik. (10. Auflage) Verlag Franz Vahlen, München

Elwert, Georg (1989): Nationalismus und Ethnizität. Über die Bildung von Wir-Gruppen. [Ethnizität und Gesellschaft: Occasional papers; 22] Berlin

Esser, Hartmut (1988): Ethnische Differenzierung und moderne Gesellschaft. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 17, Heft 4, Juni 1988. 235-258

Graf, Gloria / Hintersteiner, Margit / Mehrwald, Anna / Schmoranz, Tina / Planasch, Alexander (2010): Wiener Märkte als umkämpfte Orte der Wahlwerbung. Untersucht im Zuge des Wahlkampfs zu den Wiener Landtags- und Gemeinderatswahlen 2010. Unveröffentlichter Forschungsbericht, Universität Wien 2010

Grasl, Alexandra (2002): MigrantInnen als Akteure der österreichischen Politik. Politische Partizipation der neuen Minderheiten: Teilhabemöglichkeiten und -barrieren, erste Erfahrungen ethnischer MandatsträgerInnen. DA, Wien.

Groenemayer, Axel (2003): Kulturelle Differenz, ethnische Identität und die Ethnisierung von Alltagskonflikten. Ein Überblick sozialwissenschaftlicher Thematisierungen. In: Ders. (2003) Hg: Die Ethnisierung von Alltagskonflikten. Leske + Budrich, Opladen.

Groll, Verena (2010): Die Wahrnehmung von Migration und WählerInnen mit Migrationshintergrund durch

die österreichischen Parteien. DA, Wien.

Jenkins, Richard (1997): Rethinking Ethnicity. Arguments and Explorations. Sage, London

Meyer, Thomas (2002): Identitätspolitik. Vom Missbrauch kultureller Unterschiede. Suhrkamp, Frankfurt a.M. FB-POWI: 29161

Meyer, Sarah /Rosenberger, Sieglinde (2011): „Guys, he is one of us“. Linkages and boundaries in campaigns for preference votes for immigrant-origin candidates in the 2010 municipal election in Vienna. (Paper presented at the 6th ECPR General Conference 25-27 August 2011 University of Iceland.)

Mair, Peter /Müller, Wolfgang C. / Plasser, Fritz (1999) Hg: Parteien auf komplexen Wählermärkten. Reaktionsstrategien politischer Parteien in Westeuropa. Signum Verlag, Wien

Mair, Peter /Müller, Wolfgang C. / Plasser, Fritz (1999b) Hg: Parteien auf komplexen Wählermärkten. Reaktionsstrategien politischer Parteien in Westeuropa. Signum Verlag, Wien. Band 20 der Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung) Online Ressource (Adaptierte Fassung), abrufbar unter: <http://members.chello.at/zap-forschung/201020.html> (Zugriff: 12.12.2011)

Nagel, Joane (1994): Constructing Ethnicity: Creating and Recreating Ethnic Identity and Culture. In: Social Problems, Vol. 41, No. 1, Special Issue on Immigration, Race, and Ethnicity in America (Feb. 1994), pp. 152-176

Nohlen (2007) Hg: Kleines Lexikon der Politik. 4. Auflage, Beck, München

Pichler, Kurt (2005): Der Wahlkampf der FPÖ. In: ÖGPP - Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (2005) Hg: Wahlkampf in Wien. Eine Dokumentation der Wahlkämpfe der wichtigsten Parteien bei den Kommunalwahlen in Wien im Oktober 2005. (Wien, November 2005) Online-Ressource: www.politikberatung.or.at (Zugriff: 10.12.2011)

Plasser, Fritz / Ulram, Peter A. (2000): Parteien ohne Stammwähler? Zerfall der Parteibindungen und Neuausrichtung des österreichischen Wahlverhaltens. In: Pelinka, Anton / Plasser, Fritz / Meixner, Wolfgang (2000) Hg: Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 22). Signum-Verlag, Wien: 169-202

Taibl, Agnes (2009): “Kikuyu problem” und “Luo agenda”. Zur Politisierung von Ethnizität in Kenia 2007. In: Sonderegger, Arno/Kraner, Albert (Hg): Stichproben. Wiener Zeitschrift für Kritische Afrikastudien. Perspectives on Ethnicity and 'Race'. Nr. 16/2009. 9. Jg., 143-163

Wieland, Carsten (2000): Nationalstaat wider Willen. Politisierung von Ethnien und Ethnisierung der Politik. Bosnien, Indien, Pakistan. Campus Forschung, Frankfurt a.M.

Wimmer, Andreas (2007): How (not) to think about ethnicity in immigrant societies: A boundary making perspective. COMPAS Working Paper No. 44, University of Oxford

Wimmer, Andreas (2008a): The Making and Unmaking of Ethnic Boundaries: A Multilevel Process Theory. In: American Journal of Sociology (AJS) Volume 113 Number 4 (January 2008): 970-1022

Wimmer, Andreas (2008b): Ethnische Grenzziehungen in der Immigrationsgesellschaft. Jenseits des Herder'schen Commonsense. In: Frank Kalter (ed.), Migration und Integration. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Special Issue No. 48: 57-80

Wimmer, Andreas (2010): Ethnische Grenzziehungen: Eine Prozessorientierte Mehrebenentheorie. In: Müller, Marion [Hg]: Ethnowissen: soziologische Beiträge zu ethnischer Differenzierung und Migration. VS Verl. Für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Internetquellen

http://de.wikipedia.org/wiki/Graue_W%C3%B6lfe (Zugriff: 12.12.2011)

http://de.wikipedia.org/wiki/Posta_%28Tageszeitung%29 (Zugriff: 7.12.2011)

<http://derstandard.at/1297820817099/EGMR-gibt-Italien-im-Kruzifix-Streit-Recht> (Zugriff 12.12.2011)

<http://derstandard.at/2110295?seite=1> (Zugriff: 11.09.2011)

http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/kulisse/579075/Wien_MigrantenListe-koennte-zur-Wahl-antreten (Zugriff: 7.12.2011)

<http://members.chello.at/zap-forschung/201020.html> (Zugriff: 12.12.2011)

<http://voelkermord.at/index-Dateien/Publikationen.htm> (Zugriff: 01.12.2011)

http://voelkermord.at/index-Dateien/VP_Wahlplakat.htm (Zugriff: 01.12.2011)

<http://www.dasbiber.at/content/ein-kopftuch-f%C3%BCr-frau-marek> (Zugriff: 10.09.2011)

<http://www.falter.at/web/print/detail.php?id=1230> (Zugriff: 11.12.2011)

<http://www.format.at/articles/1036/524/277389/kampf-auslaender-fast-haelfte-wiener-wurzeln-ausland> (Zugriff: 7.12.2011)

<http://www.fpoee-wien.at/index.php?id=1199&newsID=11771&cHash=996222d5133d93219ad681ba60d41221> (Zugriff: 12.12.2011)

http://www.kopten.at/kopten/index.php?option=com_content&view=article&id=314:die-landesparteiobfrau-frau-christina-marek-vertraut-einem-kopten-herrn-tadros&catid=77:wien-wahl-2010&Itemid=56 (Zugriff: 05.04.2011)

http://www.mustafa-iscel.at/de/story.asp?story_id=26 (Zugriff: 01.12.2011)

http://www.mustafa-iscel.at/de/story.asp?story_id=52 (Zugriff: 2.11.2011)

<http://www.nachrichten.at/oberoesterreich/steyr/art68,289284> (Zugriff: 12.12.2011)

http://www.nfp58.ch/d_kommunikation_publikationen_projektpublikationen.cfm (Zugriff: 20.3.2011)

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20100527_OTS0199/fpoe-strache-praesentiert-christlich-freiheitliche-plattform-fuer-ein-freies-europa-souveraener-voelker (Zugriff: 11.12.2011)

<http://www.wien.gv.at/wahl/NET/GR101/GR101-109.htm> (Zugriff: 7.12.2011)

<http://www.wienweb.at/content.aspx?menu=1&cid=88785> (Zugriff: 7.12.2011)

<http://www.youtube.com/watch?v=cDn7fnhxZ6s> (Zugriff: 11.12.2011)

http://www.youtube.com/watch?v=FaB-_7rH5OA (Zugriff: 14.10.2011)

Transkripte der geführten Interviews

Wahlkampfverantwortliche der Wiener Parteien (Experten-Interviews 2010)

Mag. Gerlinde Dobusch, SPÖ (G.M. Transkript)

Hans-Jörg Jenewein, FPÖ (H.J. Transkript)

Alexander Ostleitner, Grüne (A.O. Transkript)

Philipp Maderthaner, ÖVP (P.M. Transkript)

KandidatInnen der Wiener Gemeinderatswahl 2010 (Qualitative Leitfaden Interviews 2011)

Saliuka, Januz (SPÖ) 24.5.2011 (S.J. Transkript)

Kilic, Hüseyin (SPÖ) 26.5.2011 (H.K. Transkript)

IsceI, Mustafa (ÖVP) 20.5.2011 (M.I. Transkript)

Sirvan Ekici (ÖVP) 02.09.2011 (S.E. Transkript)

Dobrilovic, Konstantin (FPÖ) 23.5.2011 (K.D. Transkript)

Markovic, Luka (FPÖ) 30.5.2011 (L.M. Transkript)

Akkilic, Senol (Grüne) 25.5.2011 (S.A. Transkript)

Yatkin, Zerife (Grüne) 31.5.2011 (Z.Y. Transkript)

11. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Ethnische Gruppen nach Anzahl Stimmberechtigter bei den Wiener Gemeinderatswahlen 2010	S. 5
Tabelle 2: KandidatInnen mit Migrationshintergrund der SPÖ nach Vorzugsstimmenergebnissen (Stadtwahlvorschlag 2010)	S. 31
Tabelle 3: KandidatInnen mit Migrationshintergrund der Grünen nach Vorzugsstimmenergebnissen (Stadtwahlvorschlag 2010)	S. 49
Tabelle 4: KandidatInnen mit Migrationshintergrund der ÖVP nach Vorzugsstimmenergebnissen (Stadtwahlvorschlag 2010)	S. 68
Tabelle 5: KandidatInnen mit Migrationshintergrund der FPÖ nach Vorzugsstimmenergebnissen (Stadtwahlvorschlag 2010)	S. 84

12. Appendix

Abstract

Während Reformen eines Wahlrechts, das Staatsbürgerschaft zur Bedingung politischer Teilhabe macht und in einer modernen Einwanderungsgesellschaft zur Exklusion eines Teils der von politischen Entscheidungen betroffenen Bevölkerung führt, nicht absehbar sind, können eingebürgerte WählerInnen und deren Nachkommen in Zeiten Wahlkampfes angesichts der gewachsenen Anzahl jener Stimmberechtigter in Wien nicht länger ignoriert werden. Im letzten Jahrzehnt ist dementsprechend eine zunehmende Inklusion von Menschen mit so genanntem Migrationshintergrund in das politische Geschehen durch die Adressierung als WählerInnen, sowie durch die Integration in Parteien als KandidatInnen zu bemerken. Als „ethnische KandidatInnen“ avancieren sie zu wichtigen Schnittstellen ihrer Parteien, die im Wahlkampf zentrale Ressourcen der Ansprache ethnisch definierter Wählersegmente, wie die Verbindungen zu ethnischen Netzwerken (Vereinen) oder auch persönliche Fähigkeiten (etwa Sprachkenntnis) bereitstellen. Die Mobilisierung politischer Loyalität entlang ethnischer Zugehörigkeit und die Annahme, dass Aspekte geteilter Herkunft entscheidend für Interessen und Wahlentscheid sind, sollen in dieser Arbeit vor dem Hintergrund einer Kritik der Ethnisierung gesellschaftlicher und politischer Strukturen hinterfragt werden. Die Forschung greift theoretische Annahmen auf, und zeigt empirisch anhand der Analyse von acht Einzelfällen, wie Kandidierende und WählerInnen im Wahlkampf seitens der Parteien ethnisch, national, religiös definierten Kategorien zugeschrieben werden und wie sich Kandidierende selbst in einer bestehenden Landschaft ethnischer Grenzlinien positionieren, sowie Wählerinnen durch die Mobilisierung ethnischer Zugehörigkeit adressieren. Ziel ist einen Beitrag zum Verständnis der Topographie und Charakterisierung ethnischer Grenzziehungen im Zuge der Wien-Wahlen zu leisten und damit in Auseinandersetzung mit begrifflich-theoretischen Konzepten Aufschluss über das Phänomen der Ethnizität in diesem Kontext liefern.

Lebenslauf

Gloria Graf

geboren am 31. Jänner 1985, in Wien

Bildungsweg

seit 10/2005	Studium der Politikwissenschaft, Universität Wien Schwerpunkt: Politische Theorie, Migrationsforschung
08/2008 - 09/2009	Auslandsstudium in Griechenland (Kreta, Universität Rethymno) Erasmus-Programm der Politikwissenschaft
10/2006 - 01/2007	Teamleader der österreichischen Gruppe des internationalen Forschungsprojekts 'Migrants and Minorities in Media' initiiert von der Kurt Levin Foundation in Kooperation mit Universitäten & NGOs in Tschechien, Ungarn, Slowakei & Österreich
seit 10/2005	Studium der Philosophie, Universität Wien
03-06/2005	Praktikum in der Redaktion des Magazins ‚An.schläge‘
2004-2008	Studium der Publizistik und Kommunikationswissenschaften, Universität Wien; abgeschlossenes Bakkalaureat, Schwerpunkte: Hörfunk und Kommunikationsforschung
1999–2004	Handelsakademie, Schulzentrum Ungargasse 69, 1030 Wien, abgeschlossen mit der Diplom und Reifeprüfung 6/2004

Erwerbstätigkeit

seit 2007	Allianz Versicherungsgesellschaft (Team Assistance)
2005-2007	Eventservice Edgar Parkas
2006	Child Care Africa (Promotion)
2005	Mediashare (Promotion)
07/2003	Borealis GmbH Schwechat, Logistik (Gefahrgut-Transport)
07/2002	Borealis GmbH, Schwechat, (Buchhaltung)
08/2001	Borealis GmbH, Schwechat
08/2000	Flughafen Schwechat (Betriebsrat der Arbeiter)

Sprachkenntnisse

Englisch	(fließend in Wort und Schrift)
Neugriechisch	(Level B.2 nach CEFR)
Spanisch	(Level B.1 nach CEFR)
Französisch	(Maturaniveau)